

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Wierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgepaltenen Kolonellen
oder deren Raum 40 Pf., für
Bericht- und Versammlungs-Anzeigen,

Kontospescher: Amt 1, Nr. 1508.
Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Freitag, den 30. Januar 1898.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1897.

Die günstige Lage der deutschen Industrie, die nunmehr seit einigen Jahren anhält, verschaffte auch im verflossenen Jahre den deutschen Gewerkschaften kräftige Anregung und Förderung ihrer Bestrebungen.

Dabei hat der Kampf, der zwischen den widerstreitenden Interessen der Unternehmer und Arbeiter angefochten wird, an Schärfe gewonnen. Die Vereinigungen der Kapitalisten, ganz gleich, welchem Zwecke sie eigentlich dienen, ob Kartellbildungen, Unternehmer-Verbänden oder Handwerker-Zünften, haben unter der Gunst der Behörden und, gefördert von der Gesetzgebung, ihre Position stärken können, während die Arbeiter im fortgesetzten Kampfe um die Anerkennung ihrer Organisationskämpfe mühten.

Den Ernst dieser Situation haben die Gewerkschaften wohl erkannt. Zu eifriger Arbeit ist man bestrebt gewesen, den Ausbau der Organisationsarbeit zu fördern. Viele Berufsverbände haben ihre Beitragsleistungen erhöht und damit dem Unterstützungsfonds größere Mittel zugeführt. Die Errichtung von Arbeitersekretariaten findet in vielen größeren Städten Nachahmung, und soweit sich diese Institute unter geschickter Leitung befinden, dürfen wir sie mit zu den besten Einrichtungen zählen, die von den Gewerkschaften unterhalten werden.

Diesem Bestreben, die von unseren politischen Gegnern gemacht wurden, die Arbeiter von den Organisationen, die unter sozialdemokratischem Einfluß stehen, fernzuhalten, sind geachtet und da, wo man beabsichtigt, Organisationen unter der Leitung sozialpolitischer Angehöriger Kapläne und Pfarrer aufzubauen, um so die Arbeiter von einer kräftigen Ausübung des Koalitionsrechtes abzuhalten, sind die Erfolge ausgeblieben. Nur ein kleiner Haufen folgte den Lockungen von jener Seite und nachdem einmal sozialpolitische Fragen das Interesse der betreffenden Arbeiter erregt hatten, fanden sie für die Dauer keine Befriedigung in diesen Kreisen und wandten sich zu den klassenbewußten Arbeitern, in deren Bewußtsein die Gegensätze zwischen der Arbeiterklasse und der Unternehmungsklasse lebendig sind. Daher rührte aber auch der entschiedene Widerspruch, den all' diese fremden Gewerkschaftsgründungen seitens der reaktionären Unternehmerkreise erlitten, welche nichts mehr bedauert haben, als daß es die preussische Regierung nicht gelungen ist, die Fabrik-Novelle zum Vereinsgesetz durchzubringen. Wie sezt man bei jedem Streik nach der Hilfe der Polizei?

U' doch hätten die Unternehmer reichlich zufrieden sein. Polizei und Gerichte haben im vorigen Jahre redlich ihre „Schuldfreie“ gethan. Kein Jahr war so reich an Streifen gegen streikende Arbeiter wie das verfloßene. Nicht, daß die Arbeiter, besonders zu Gesetzesübertretungen geneigt hätten, o, nein! Wohl aber wurde den Gesetzen eine Anwendung gegeben, wie es bisher für unmöglich gehalten wurde. Insbesondere wurde auch die harmloseste Aeußerung von Streikenden gegen den sog. „Arbeitswilligen“ mit der härtesten Strafe angehender Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung oder wegen Ungehorsams fast bei jedem Streik zahlreiche Opfer, da Streikflüchtlinge, Ausprechen Arbeitsloser oder Zugerechter genügt um mit dieser neuesten Erregungsjuristischen Kriminalität Bekanntheit zu machen.

Zug alledem haben die Arbeiter nicht abgesehen, einen Antheil an den reichen Gewinnen zu fordern, den die Industriellen infolge der jüngsten Wirtschaftsentwicklung einheimen und vielfach gelang es ihnen, Erfolge zu erzielen. In den Lohnkämpfen herrschte, abgesehen von dem Ausstand der Hamburger Hafenarbeiter, mehr der Kleinkrieg vor. Vielfach versuchten die Arbeiter in den kleinen Provinzstädten durch Verkürzung der Arbeitszeit und Forderung höherer Löhne ihre Lebenshaltung zu verbessern. Leider ist der mächtige Ausstand der Hafenarbeiter, für den die Arbeiterschaft so reichliche Mittel aufbrachte, nicht zu gunsten der Streikenden beendet. Es würde uns zu weit führen, wollten wir heute nochmals prüfen, welche Lehren die Arbeiter aus dieser aröhen Streikbewegung zu ziehen haben. Das eine lag klar zu tage, daß solche Kämpfe nicht ohne umfassende Vorbereitungen und ohne Rücksicht auf die Geschäftslage geführt werden dürfen. Alle Achtung vor der Ausdauer der Streikenden, aber die Führung des Kampfes muß von den organisierten Arbeitern ernst erwogen werden und nicht spontan durch Versammlungsbeschluß die Aufforderung zum Kampf ertönen.

Die Aufopferungsfähigkeit der Arbeiter hat sich in diesem Kampfe in einer glänzenden Weise gezeigt. Der Streik erforderte die Summe von 1 618 600,82 Mk., die mit Ausnahme des Darlehens in Höhe von 262 611 Mk. durch freiwillige Sammlungen und Beiträge der Gewerkschaften aufgebracht wurden. Dennoch konnte die kapitalkräftige Großbourgeoisie in Hamburg, aufgestachelt und unterstützt von ihren Klassengenossen in ganz Deutschland, den Kampf zu den von ihr gestellten Bedingungen beenden. Mit großem Behagen werden aber auch die prokigen Großhändler an diese Zeit nicht zurückdenken, denn der Ausstand der 16 400 Arbeiter hat in den 11 Wochen auch ihren Geldbeutel arg mitgenommen. Ganz erfolglos ist der Kampf auch für die Arbeiter nicht gewesen, manche kleinen Verbesserungen in der Arbeitsvermittlung sind eingeführt worden; ferner ist die Auswanderung durch die Heuerbaase eingeschränkt und eine Inspektion für die Arbeitsverhältnisse im Hafen eingeführt worden.

Von den großen Verbänden konnten die Metallarbeiter trotz der guten Geschäftslage dieser Industrie in zahlreichen Werkstätten kleine Lohnaufbesserungen erst durch Anstände erzwingen und der Ausstand der Berliner Form er drohte sogar einen größeren Umfang anzunehmen, wenn es nicht gelungen wäre, vor dem Berliner Gewerbegericht eine Einigung herbeizuführen. Der Holzarbeiter-Verband berichtet über Streiks an 96 Orten, welche zumeist von vollem oder theilweisem Erfolg begleitet waren.

Die Bauarbeiter, welche die günstige Baukonjunktur ausnützten, haben gleichfalls in mehreren Orten einen wirkungsvollen Vorstoß gewagt. Doch sind auch hier, wie das in anderen Berufen gleichfalls zu verzeichnen ist, einige Anstände zu ungunsten der Arbeiter ausgefallen. Die Schuhmacher haben bei der fortwährenden Einführung neuer Maschinen in ihrem Fabrikationszweig den Kampf gegen allzu tiefe Herabsetzung der Akkordpreise zu führen; dazu hat sich in letzter Zeit eine sehr kampfbereite Unternehmer-Organisation in diesem Gewerbe gebildet.

Die Vortheile, welche die Arbeiter erlangen haben, stehen natürlich in keinem Verhältnis zu den günstigen Geschäftsabschlüssen der Kapitalisten. Und wo es den Arbeitern an guten Organisationen überhaupt mangelte, da haben sie sich mit den niederen Löhnen der vergangenen Jahre weiter begnügen müssen. Diesem liefert den deutlichen Beweis die Kohlenindustrie, die gegenwärtig glänzende Geschäfte macht, aber das Verlangen ihrer Arbeiter nach einer auch nur winzigen Lohnerhöhung schroff abweist.

Endlich ist noch des großen Ausstandes der englischen Maschinenbauer zu gedenken, der auch für die deutsche Gewerkschaftsbewegung eine große Bedeutung hat. Mit großer Aufmerksamkeit begleitete die deutsche Arbeiterschaft die Entwicklung dieses Niesenkampfes und sie unterstützte ihn mit bedeutenden materiellen Hilfsleistungen. Wie der Kampf auch ausgeht, die englischen Gewerkschaften, die Preisfechter der modernen Arbeiterklasse, gelangen zu der Ueberzeugung, daß auch ihre seit Jahrzehnten angewendeten Kampfmittel nicht die einzigen sind und nicht als die für alle Zeit besten gelten können. Sie gelangen stets mehr zu der Erkenntnis, daß sie durch politischen Kampf, durch Einflußnahme auf die Gesetzgebung eine Regelung der Arbeitsverhältnisse und Verbesserung der Lebenshaltung versuchen müssen.

Für die deutsche Arbeiterschaft sind gewerkschaftlicher und politischer Kampf schon längst Kampfmittel, die untrennbar zusammengehören. Gerade jetzt sehen sich die deutschen Arbeiter in der Gefahr, daß ihnen das Unternehmertum mit Hilfe der Regierung vermittelst der Gesetzgebung die Grundlagen ihrer gewerkschaftlichen Wirksamkeit zu entziehen trachtet. Der Wunsch einer hochmüthigen Unternehmerklasse, die Arbeiter zu entrechteten, sie in dem Verlangen nach besseren Lohn- und Arbeitsverhältnissen niederzuhalten, ist bei Herrn von Posadowsky auf günstigen Boden gefallen. Die Abwehr dieses schimmsten aller Attentate der Unternehmerschaft gegen die Arbeiterschaft wird die nächste und bedeutsamste Aufgabe der organisierten deutschen Arbeiter sein. Aber mit der Abwehr sei es nicht gethan. Es gilt anzugreifen und fortzuschreiten. Es gilt, dort wo die günstige Entwicklung des Handels und der Industrie noch anhält, dieselbe kräftig auszunutzen.

Wir hoffen, es wird den deutschen Gewerkschaften gelingen, auch in diesem Jahre große Fortschritte zu machen. Möge jeder klassenbewußte Arbeiter an diesem Werke mit-helfen!

Politische Ueberblick.

Berlin, 29. Januar.

Aus dem Reichstage. Der Statthalter: Reichs-Versicherungsamts, gab heute dem Abgeordneten Mollenbaur Anlaß, in eingehender Weise auf die Praktiken einzelner Berufsvereinigungen bei der Ausmessung von Renten an Verunglückte einzugehen. Der Redner wies besonders auf das Bestreben in einzelnen Berufsvereinigungen hin, die Vollrenten herabzudrücken, obwohl die Zahl der Unfälle im allgemeinen und besonders auch die Unfälle mit tödtlichem Ausgange steigen. Als charakteristisch für diese Erscheinung verweist Mollenbaur auf die Zahlenangaben bei der Südwestdeutschen Eisen-Berufsvereingung, wo die Vollrenten immer weniger werden, obwohl die Unfallsziffer und die Todesfälle erheblich gestiegen sind. Zu dieser

Berufsvereingung führt Herr v. Stumm das große Wort, während in der Brauerei-Genossenschaft, die unter dem Einfluß des Herrn Roscoe steht, das Verhältnis der Vollrenten zu der Gesamtzahl der Unglücksfälle viel günstiger steht. Unser Redner erklärte sich diese auffälligen Unterschiede in den einzelnen Genossenschaften aus dem Bestreben einzelner Unternehmer, ihren Profit selbst auf Kosten der Unfallschädigten zu vermehrten.

Diese Schlussfolgerung wollten nun die Herren v. Stumm, Dr. Hamacher, Fischel und der Vertreter des Bundesrates nicht gelten lassen. Nur schade, daß sie gegen die amtlichen Zahlen, auf die sich unser Genosse stützte, sachlich gar nichts vorzubringen wußten. Oder ist es etwa ein sachlicher Grund, wenn Dr. Hamacher sich zu der Uebertreibung verstieg, daß die Sozialdemokraten jeden Unternehmer als reif für das Zuchthaus erklären? —

In der Diskussion kam die Rede auch auf die Empfehlung der bekannten Hülle'schen Heftschriften durch das Reichs-Versicherungsamts und den Staatssekretär an die Berufsvereinigungen, welche Empfehlung, wie heute unviersprochen festgestellt wurde, auf einen Wunsch des Kaisers zurückzuführen ist. Dieses Hineintragen der politischen Agitation in die nichtpolitischen Berufsvereinigungen und sogar in die Krankenhäuser wurde von den Abgeordneten Mollenbaur, Bebel und Singer auf das entschiedenste getadelt und es fanden nur die Herren v. Stumm und der Ostelbier v. Salisch den Muth, auch diesen Mißbrauch zu vertheidigen.

Ein Antrag der Herren Pachnik und Schmidt-Eberfeld, dem Reichstage wegen Herstellung geeigneter Einrichtungen für das Material-Prüfungswesen durch das Reich eine Vorlage zugehen zu lassen, fand allgemeine Billigung, nur darüber gingen die Meinungen auseinander, ob es Aufgabe des Reiches oder der Einzelstaaten sei, hier vorzugehen. Das Zentrum, das gegen die physikalisch-technische Reichsanstalt seinerzeit entschieden Stellung nahm, schied sich heute aus. Sollte auch der Partikularismus des Zentrums unter der Führung des Herrn Dr. Lieber abgebläst sein, oder erklärt sich die Schwermüdigkeit nur aus der Abwesenheit des Herrn v. Hertling, der seinerzeit Rufer im Streit war.

Montag 1 Uhr: Fortsetzung der Staatsberatung. Auswärtiges Amt und einige kleine Vorlagen. —

Das preussische Abgeordnetenhaus fehte heute die Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung fort. Wie vorausgesehen war, drehte sich die Debatte größtentheils um die gestrige Erklärung des Landwirtschaftsministers in bezug auf die neuen Handelsverträge, zu welcher sich beide konservative Parteien und die Nationalliberalen zustimmend äußerten. Die meisten Redner ließen offen durchblicken und einige betonten es ausdrücklich, daß sie bestrebt sind, die Interessengegensätze zwischen Industrie und Landwirtschaft in den Hintergrund treten zu lassen. Natürlich nur für die nächsten Wahlen. Wenn ihnen der Stimmengang, den sie mit dieser Politik treiben wollen, gelungen ist, dann werden sie, wie bisher, jeder für sich etwas zu ergattern suchen, dann kann der Streit von neuem beginnen.

Auch heute wieder bereitete der Minister den Agrariern eine große Freude durch die Mittheilung, daß die preussische Regierung beim Bundesrath Anträge auf strengere Handhabung der veterinärpolizeilichen Vorschriften und auf eine weitere Einschränkung der Vieheinfuhr gestellt habe. Die Debatte selbst verlief sich in Einzelheiten, fast alle agrarischen Wortführer verwandten einen großen Theil ihrer Ausführungen auf die Widerlegung der gestrigen Rede des Abg. Gothein. Der verhältnismäßig ausdauernde Ton, dessen sie sich zu befleißigen suchten, ist wohl auf die Vorlesung zurückzuführen, die ihnen zu Beginn der Sitzung der Abg. Schler (fr. Vg.) über Ausstand im Parlament hielt. Ob diese Besserung anhalten wird oder ob die Herren nicht doch über kurz oder lang in ihre natürlichen Gewohnheiten zurückfallen werden, bleibt abzuwarten. Erwähnenswerth ist aus der Diskussion die Rede des Abg. Szynula (Z.), der noch energischer als sein Fraktionskollege Febr. v. Synatten die Herabsetzung der Schulspflicht auf das 18. Lebensjahr verlangte und im übrigen vorläufige Aufschüppungen über Arbeitslose der ländlichen Arbeiter zum besten gab; er behauptete u. a., daß die „armen Nichtleidenden“ es in der Ausübung menschlicher Arbeitskraft noch nicht so weit gebracht hätten, wie die reichen Aebder, die schon Chinesen und Schwarze in ihren Dienst genommen hätten.

Ganz spät kam auch noch Vater Plösch zu Wort, der der jetzigen Regierung sein Vertrauen ausdrückte und sich über die „Verhöhnung“ der Knechte beklagte, die, je mehr Lohn sie erhalten, desto weniger arbeiten wollen. Von der Aussichtslosigkeit des Antrags Kanth scheint sich selbst dieser Rufer im Streite endlich überzeugt zu haben, denn er betonte ausdrücklich, daß er auf den Vorlaut des Antrags keinen Werth lege, sondern daß es nur darauf ankomme, Preise zu erzielen, die annähernd den Produktionskosten entsprechen. Wie das gemacht werden könne, sei Sache der Regierung. Im übrigen erklärte er, daß der Antrag auch in dieser Session nicht wieder eingebracht werden würde, da von diesem Reichstage doch nichts zu erwarten sei.

Die Beratung wird am Montag fortgesetzt.

Die Erhöhung der Getreidezölle hat nunmehr der preussische Landwirtschaftsminister offiziell als einen Bestandtheil des heutigen Regierungsprogramms verkündet. Wir sind, im Gegensatz zu einigen harmlosen Optimisten, niemals in Zweifel gewesen, wo hinaus die Reihe der Sammelpolitiker von Anfang an gehen sollte und mußte, sowohl nach den Absichten derer um Miquel und derer um Vued und Limburg-Sturum. Wir freuen uns jedoch, daß am Freitag „namentlich der Staatsregierung“ in aller Form die Erklärung abgegeben worden ist:

„Die Staatsregierung ist gewiß, bei der Entscheidung der Frage, ob und wie dem Ausland gegenüber unsere Handels- und

wirtschaftlichen Beziehungen zu ordnen sein mögen, die Frage in sorgfältiger Erwägung zu nehmen, wie die Interessen der Landwirtschaft bei den künftigen Verhandlungen besser gewahrt werden können und müssen, als es bisher der Fall gewesen ist."

Da wir, mit einigen Einschränkungen lediglich gegenüber Oesterreich-Ungarn, in der Behandlung der Vieheinfuhr vollkommen freie Hand auch nach den Handelsverträgen behalten haben, so können bei künftigen Verhandlungen für die bessere Wahrung der landwirtschaftlichen Interessen nur die Protokolle anerkennen sein. Offen liegt die Regierung die Frage, ob sie sogar auf die spätere vertragsmäßige Wiederherabsetzung und Bindung der Protokolle zu verzichten bereit ist. Die Grafen Limburg-Stirum und Rauh, die Blöb und Gahr steuern entschlossen im Fahrwasser eines solchen agrarischen Radikalismus und Herr v. Hammerstein's Lob der französischen Agrarpolitik deutet wahrhaftig nicht auf energischen Widerstand. Inzwischen werden die Sammelgenossen von der Industrie hier noch ein kräftiges Wortchen mitzureden haben, denn wesentliche Tarifverhältnisse des Auslandes an unseren Industrie-Export sind unendlich ohne relative Erleichterungen unsererseits für die Getreide-Einfuhr. Die "National-Zeitung", aus der in diesen Fragen manchmal der ihr persönlich sehr nahestehende Herr Bued spricht — also durchaus kein Gegner der Brotvermehrung — findet zwar in dem heutigen 5 Mark- und 3.50 Mark-Poll nichts Schiefliches, aber sie schreibt doch voller Beunruhigung:

Die entscheidende Frage ist, welche Bedeutung die Erhöhung des vertragsgemäßen Getreidezolls in den Plänen für den Abschluß neuer Handelsverträge hat, ob man mit den Agrariern gefonnen ist, an dieser Frage eintretenden Falles Vereinbarungen scheitern zu lassen, welche für die Industrie notwendig sind."

Für die Arbeiterklasse kann es vor den Wahlen gar keine erfreulichere Klärung der Lage geben, als sie jetzt nach der offiziellen Kniebeuge vor den Brotvermehrern eingetreten ist.

Von anderer Seite wird uns zu dieser wichtigen Erklärung des Landwirtschaftsministers geschrieben:

Man kann dem Minister nur dankbar sein, daß das Bestehen einer solchen Absicht offen und ehrlich zugegeben wird. Graf Posadowsky, der ja die Vorarbeiten zur Bildung eines autonomen Zolltarifs leitet, hat es bis jetzt verstanden, die innersten Absichten der Regierung zu verschleiern. Als er — es war gerade vor einem Jahre — die Aufstellung eines neuen autonomen Zolltarifs ankündigte, da wurde sofort von nichtagrarischer Seite seine Eröffnung als eine Kriegserklärung gegen die Caprivische Handelsvertrags-Politik aufgefaßt. Aber Graf Posadowsky war so vorsichtig, die wahren Absichten der Regierung hinter formellen zolltarifischen Bedürfnissen zu verbergen. Alle Angriffe gegen die von der Regierung eingeleiteten Vorbereitungen zum Abschluß neuer Handelsverträge, die mehr als eigenartige Zusammenfassung des wirtschaftlichen Ausschusses geben für die Opposition einer Hochschanz-Politik nicht ohne sichere Anhaltspunkte für die Beurteilung der handelspolitischen Stellung der gegenwärtigen Regierung. Unnötig sind alle Zweifel geschwunden, alle Verwicklungen fortgeschwunden: Herr v. Hammerstein hat uns eröffnet, welche Absichten die Politik der Sammlung verfolgt: Erhöhung der Getreidezölle und damit Wabruch der Handelsvertrags-Politik, Zollfreiheit und Bedrohung unserer Export-Industrie, mangelnde Arbeitsbeschäftigung, Vertheuerung des wichtigsten Lebensmittels, des täglichen Brotes. Denn darüber wird wohl kein Bedenken bestehen, daß alle jene Länder, die ein Interesse daran haben müssen, ihren Getreideüberschuß nach Deutschland zu lenken, unter keinen Umständen unsererseits hohe Zölle auf Getreide in Kauf nehmen und uns dagegen Erleichterungen für die Einfuhr unserer Industrie-Erzeugnisse bieten werden. Sie werden vielmehr nur dann auf neue Handelsverträge sich einlassen, wenn wir ihre Getreide-Einfuhr nach Deutschland zum mindesten nicht erschweren. Das geschieht aber unweigerlich durch höhere als die bestehenden Getreidezölle. Es ist ja nicht zu verwundern, daß der Landwirtschafts-Minister v. Hammerstein die Pläne der Regierung über die Bahnen der künftigen Handelspolitik so offen ausplaudert. Ist es doch für ihn ein persönlicher Triumph, die Handelsvertrags-Politik Caprivis richtig zu dürfen. Denn schon als er seine Stellung übernahm, erklärte er sich in seiner Programmrede offen und frei als prinzipiellen Gegner aller Handelsverträge. "Ich bin ein entschiedener Gegner des österreichischen Handelsvertrages gemessen." Hammerstein war es, der im Landesökonomie-Kollegium die Politik Caprivis in einem sehr eingehenden Antrag bekämpfte, der freilich unter Caprivis-Marschall-Verhinderung keine Berücksichtigung fand. Das war 1895. Heute steht Herr v. Hammerstein als Triumphtor vor dem preussischen Parlament der Junker und Landräthe. Dagegen wundert uns, daß man seitens der Regierung ganz vergessen zu haben scheint, welche Stellung der deutsche Kaiser zu den Handelsverträgen und zu höheren Getreidezöllen einnimmt. Der Kaiser war es, der die Handelsvertrags-Politik Caprivis unterstützte, der den damaligen im Jentz der kaiserlichen Gunst stehenden, erfolgreichen Kanzler in den Grafenstand erhobte, der Kaiser war es, der das Wort vom Brotwucher fallen ließ. Unmöglich können sich nach so wenigen Jahren die kaiserlichen Absichten, die doch sonst für den Minister maßgebend sind, derart geändert haben, daß die Regierung ihr früheres Wort, die Handelsverträge, einfach zu zertrümmern wagen darf. Doch wichtiger als die Lösung dieser Frage scheint die ererbte Klarheit zu sein, wo hinaus die Regierung mit ihrer Handelspolitik will. Es ist wohlvoll, daß Herr v. Hammerstein dem Volke noch vor den entscheidenden Wahlen dieses Jahres seinen Mein eingeschickt hat: Erhöhung der Getreidezölle — lautet die Parole, mit der die Junker und das mit ihnen verbündete Unternehmertum unter Führung der Regierung in den Wahlkampf ziehen. Vortrefflich für uns, daß sie nunmehr offiziell von der Regierung aufgegeben worden ist!

Als abgekartete, wohl vorbereitete Aktion wird allerseits das Frage- und Antwortspiel betrachtet, das am Freitag zwischen dem Grafen Limburg-Stirum und dem Landwirtschaftsminister im preussischen Abgeordnetenhaus stattfand. Die "Deutsche Tageszeitung" schreibt:

Graf Limburg-Stirum forderte eine Erklärung der Staatsregierung darüber, in welcher Weise sie künftighin bei Handelsverträgen die Interessen der Landwirtschaft zu behandeln gedenke und stelle als ersten Grundfah unserer künftigen Handelsvertragspolitik die Forderung auf, daß man die politischen Interessen ferner nicht mit den wirtschaftlichen verquide, daß man nicht mehr für politische Zugeständnisse wirtschaftliche Konzessionen an das Ausland ertheile. Dem Herrn Landwirtschaftsminister schien die Forderung des konservativen Fraktionsführers nicht ganz überraschend zu kommen, denn Herr v. Hammerstein erhob sich alsbald, um knapp und bestimmt zu erklären:

Das Zentralorgan des Bundes der Landwirthe nennt die Versicherung "eine ziemlich erfreuliche, die wir mit Dank aufnehmen, obwohl wir sie für keine zureichende Antwort ansehen können". Die "National-Zeitung" bemerkt:

Im Abgeordnetenhaus begann die zweite Berathung des Staats mit dem der landwirtschaftlichen Verwaltung. Das wichtigste kam dabei am Schluß der Sitzung. Graf Limburg-Stirum kam auf die künftige Erneuerung der Handelsverträge und sprach, dem Anschein nach auf Grund einer vorausgegangenen Verständigung mit der Regierung, den Wunsch nach einer der Landwirtschaft beruhigenden Erklärung aus, daß man beim künftigen Abschluß von Handelsverträgen entschlossen sei, für die Landwirtschaft mehr zu thun, als bisher geschehen sei. Darauf erwiderte der Landwirtschaftsminister: Die Erklärung

wirkte sensationeller, als man nach dem seit etwa einem Jahre stattfindenden Erweiterungen hätte erwarten sollen; ähnliche Andeutungen sind ja schon mehrfach erfolgt, aber allerdings noch nicht ganz so vom Ministerische aus. Die nächste Rede, die des Zentrumsabgeordneten Caprivis, ging in der allgemeinen Privatunterhaltung völlig verloren."

Für nächste Woche haben, wie wir schon meldeten, die Agrarier im preussischen Landtage eine große Viehsperre-Debatte angekündigt. Vielleicht thut dann das preussische Gesamtministerium der "Deutschen Tageszeitung" den Gefallen, weitere Erklärungen gegen die staatsmännisch unersisse Methode der bestehenden Handelsverträge abzugeben. — Nur ein Zufall und jeder persönlichen Spitze entbehrend ist es wohl, wenn das Bänderblatt die ungenügende Viehsperre gegen Rußland aus der letzten Anwesenheit Hohenlohe's in Petersburg herleitet, die bekanntlich eine Dankworte für die gute Behandlung der Hohenlohe'schen Güter in Rußland war.

Die Verhandlungen der Reichstags-Kommission für die Militär-Strafprozess-Ordnung zeigen die bürgerlichen Mittelparteien, insbesondere das auch hier ausschlaggebende Centrum, erfüllt von dem Wunsche, der Regierung möglichst entgegen zu kommen. Bei unwichtigen Bestimmungen sucht zwar das Centrum unter Führung des Herrn Gröber einige Verbesserungen durchzuführen, aber bei den für eine Ausgestaltung des Verfahrens im modernen Geiste bedeutsamen Theilen des Gesetzentwurfes ist das Centrum weit entfernt von einer energischen Wahrung der Interessen des Volkes, von einem gerechten Militärstrafverfahren.

Das tritt besonders deutlich jetzt bei der Behandlung der Oeffentlichkeit des Verfahrens hervor. Der Kriegsminister gab ganz interessante Auskunft über die Entstehung der jetzt von der Regierung vorgeschlagenen Bestimmungen. Die Generalkommandos hätten widerrathen, die Oeffentlichkeit einzuführen, aber der Kaiser habe dieselbe trotzdem gewährt, und so solle man gegen die geringen Rechte, die der Kaiser sich noch wahren wolle, nichts einwenden. Thatsächlich aber handelt es sich nicht um geringe Rechte, die dem Kaiser noch belassen werden sollen, sondern um die prinzipielle Frage, ob die Oeffentlichkeit des Militär-Gerichtsverfahrens Wirklichkeit werden soll oder ob nur der Schein einer solchen Oeffentlichkeit geschaffen werden soll. Denn wenn es kaiserlicher Verordnung überlassen bleibt, besondere Bestimmungen über die Fälle, wo die Oeffentlichkeit herrschen soll und wo sie ausgeschlossen werden soll, zu geben, so fallen alle wirklichen Rechtsgarantien hinweg. Wenn auch der Kaiser gegenwärtig keinerlei Absichten auf Einschränkungen der Oeffentlichkeit haben sollte, so können leicht andere politische Verhältnisse andere Bestimmungen erzeugen und die neue Stimmung könnte das kaiserliche Recht zur Durchbrechung des geordneten Rechtsverfahrens benutzen.

Das Centrum ist aber vor den sentimentalen Erklärungen des Kriegsministers feig zusammengeknickt und sucht nach einer Form, in der eine Einigung mit der Regierung auch bei dieser für Vertreter einer modernen Rechtsordnung völlig unannehmbaren Regierungserforderung zu erzielen ist.

Ja noch mehr. Das Centrum hat sogar ausgegeben, in Bayern längst eingeführte, bewährte Bestimmungen zur Milderung des Geheimverfahrens zu vertreten. Nach dem Regierungsentwurf ist — abgesehen von dem kaiserlichen Reservatrecht — auch der Abschluß der Oeffentlichkeit durch Beschluß des Gerichts vorgesehen, wenn sie eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung, insbesondere der Staatssicherheit, oder eine Gefährdung militärdienstlicher Interessen oder eine Gefährdung der Sittlichkeit besorgen läßt. Daß mit dieser Kautschubbestimmung das Prinzip der Oeffentlichkeit vollends durchlöcherst und gerade in solchen Fällen, wo die Oeffentlichkeit am nötigsten wäre, die bisherige Geheimjustiz fortzuwahren darf, ist klar. Der Fraktionsvertreter der Sozialdemokratie hat deshalb die bayerische Bestimmung in den Entwurf aufzunehmen beantragt, daß beim Abschluß der Oeffentlichkeit wenigstens Verwandte, Verschwägerete oder Freunde des Angeklagten der Verhandlung beizuhören dürfen. Aber der Centrumsdredner erklärte sich gegen diesen Antrag und mit Hilfe des Zentrums wurde derselbe niedergestimmt.

Das Volk in Bayern wird es dem Centrum zu danken haben, wenn sein bisheriges Militär-Strafverfahren noch verschlechtert werden wird. Denn es ist offenbar, daß es dem Centrum nur noch darum zu thun ist, daß etwas zu stande kommt. Anstatt durch mannhafte Haltung die Regierung wenigstens einigermaßen zum Nachgeben gegenüber den einhelligen Wünschen des deutschen Volkes zu nöthigen, weicht das Centrum auch in dieser Frage muthig zurück. Der Lohn wird nicht ausbleiben, der Regierungslohn, oder auch der Volkslohn; jener wird dem Centrum vielleicht süß schmecken, dieser nur so bitterer.

England und Rußland. Der "Röln. Jtg." wird aus London telegraphirt: Zwei einander folgende Kabinettsräthe haben gutem Vernehmen nach die schwebende Frage der chinesischen Anleihe, insbesondere die von russischer Seite angebotene Erklärung wegen Taitien-wan nicht zur Entscheidung gebracht. Noch immer scheint es ungewiß, ob die entscheidende Richtung im Kabinet die Oberhand gewinnen werde über die Meinung des auswärtigen Amtes, die einem Ausgleich zustreben nicht abgeneigt sein soll, Taitien-wan auch zu der russischen Sphäre gelten zu lassen, falls Rußland entgegenkäme und aus eigenem Antrieb bezüglich Taitien-wan für den allgemeinen Handel gleiche Zugeständnisse machte wie Deutschland hinsichtlich Kiaotschan.

Ferner wird berichtet, China suche sich aus der unangenehmen Situation zu ziehen, indem es Rußland und England die Hälfte der Anleihe zu ihren eigenen finanziellen Bedingungen zu beschaffen überlasse. Letzteres bedeutet eine erhebliche Schlappe Englands.

Sehr bemerkenswerth ist ferner die Mittheilung, daß Kriegsschiffe der russischen Schwarze-Meer-Flotte mit Erlaubniß der osmanischen Regierung durch die Dardanellen segeln und nach Ostasien bestimmt sind. Bewahrheitet sich diese Nachricht, so zeigt sich, daß Rußland eine Verstärkung seines asiatischen ostasiatischen Geschwaders für nöthig hält, daß es sich bemüht hat, die außerordentliche Erlaubniß der Passage der Dardanellen zu erwirken.

Die Meldung, daß in Kiaotschan nicht nur ein, sondern drei Patrosen im Kampf mit Chinesen den Tod gefunden hätten, bestätigt sich nicht.

Deutsches Reich.

Die Geldanhäufungen der preussischen Eisenbahn-Verwaltung. Nach dem dem Abgeordnetenhaus zugegangenen Bericht über die Bauausführungen und Beschaffungen der Eisenbahn-Verwaltung während des Zeitraumes vom 1. Oktober 1896 bis dahin 1897 belief sich die Summe der für Eisenbahnbauten und Beschaffungen auf Grund von Gesetzen und extraordinären Geldbewilligungen noch zur Verfügung stehenden Mittel Ende September 1897 auf

405,1 Millionen Mark, wovon 404,9 Millionen auf Bauten und Beschaffungen für Rechnung von Staatsfonds, mit Ausschluß des Staatsfonds in das Eigentum des Staates übergegangenen früheren Privat-Eisenbahnen entfielen. Von der letzteren Summe fielen 348,2 Millionen Bewilligungen durch das Extra-Ordinarium des Etats der Eisenbahnverwaltung dar. — Durch Anleihegesetz sind von April 1894 bis Juni 1897 210 Millionen Mark bewilligt worden. Davon waren aber Ende September 1897 erst 18 Millionen Mark verbraucht.

In keinem konstitutionellen Staats werden derartige hohe Summen auf Vorrath bewilligt, wie in Preußen.

Die Schuld an den Eisenbahn-Unfällen und die berühmte Sparfameit ist schon wieder einmal in ein etwas hellere Beleuchtung getreten durch eine Gerichtsverhandlung. Vor der Strafkammer in Paderborn standen nämlich, wie wir der "Märk. Volksztg." entnehmen, am Dienstag ein Geiger und ein "Reserve-Hilfs-Weichensteller", beide wegen "Gefährdung eines Eisenbahntransports", und zwar weil im September v. J. ein von dem Geiger geführter Zug über das Ziel hinausgefahren war, wobei der "Reserve-Hilfs-Weichensteller" die Bremse bediente. Beide wurden dem Antrage des Verteidigers, Rechtsanwalt de Weidige, entsprechend kostenlos freigesprochen. Für das "Sparfameit-System" bei der Wahr ist bezweifelnd, daß der Geiger bereits vor 11 Jahren seine Prüfung bestanden hat, noch gerichtlich unbestraft und dennoch noch immer Geiger ist. Der "Reserve-Hilfs-Weichensteller", welche klassische Bezeichnung uns zum ersten Male vorkam, ist eigentlich ein Notennarbeiter, der gelegentlich als Weichensteller verwendet wird und zu dem Zwecke ein sog. "formloses Examen" gemacht hat. Als Geiger fungierte auf dem betr. Zuge ein noch nicht geprüfter Hilfsgeiger. — Die Eisenbahn-Verwaltung hat schließlich allen Grund, nichts so sehr zu fürchten, wie eine Gerichtsverhandlung, denn so häufig kommt sie dort schlecht weg.

Zum Erlaß des Grafen Posadowsky äußert sich der Professor der Nationalökonomie an der Wiener Universität, Freiherr von Philippovich, in einem Vortrage Freiheit und Zwang in der Volkswirtschaft. Er äußerte aus:

Wie die jüngsten Ausrufungen des deutschen Staatssekretärs für das Reichsamt des Zinnes beweisen, möchte man in Deutschland bereits milderen Formen der Beeinflussung nicht-organisierter Arbeiter (als die in England üblichen und durch die Gerichte als berechtigt anerkannten) mit dem Strafrecht begegnen. Bei objektiver Beurteilung müssen wir sagen, daß die Arbeiter hier nur thun, was die Unternehmer auch thun, wenn sie in Kartellen die Oulidiers (sprich Aushalter, außerhalb der Organisation stehende) um jeden Preis niederzuerstücken. In beiden Fällen werden sich die korporativen Interessenten gegen den durch die Aushalter drohenden Zwang der äusseren Umstände, dem zu entgehen sie sich eben zur Bewegung ihrer Freiheit in der Korporation entschlossen haben. Darum werden hier staatliche Verbote immer machtlos bleiben.

Den nationalliberalen Abgeordneten wird nicht unbekannt sein, daß Professor v. Philippovich früher in Freiburg in Baden Professor war und dort mit großem Eifer für die nationalliberale Partei gewirkt hat.

Zur Lex Kronz. Während eine ganze Reihe angesehener Männer der verschiedensten Parteirichtungen — so Professor Delbrück in den "Preuß. Jahrb." — sich mit aller Entschiedenheit gegen den Gesetzentwurf betrefend der Privatdozenten wenden, hat Herr Prof. Dieke seinen ebenfalls kritischen Ausführungen eine Wendung zu geben gewillt, die etwa darans hinausläuft: "Gehängt sollen die Privatdozenten nicht werden, dagegen ließe sich über Köpfe wohl reden." Er schlägt nämlich vor, an Stelle des Staatsministeriums das Ober-Verwaltungsgericht zur zweiten Instanz zu machen. Daß unsere Anklage zutreffend ist, beweist folgende Ausführung der "Post" zu dem Dieke'schen Vorschlag:

Dieser Vorschlag ist nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Das Ober-Verwaltungsgericht fungirt schon heute als oberstes Disziplinargericht für die Kommunalbeamten und es liegt daher nahe, seine Zuständigkeit auf die Privatdozenten denen die Eigenschaft unmittelbarer Staatsbeamten gleichfalls nicht beizubehalten, auszuweiten. Im übrigen mag daran erinnert werden, daß gerade durch die Beschaffung der Ober-Verwaltungsgericht die Unhaltbarkeit der jetzigen Disziplinarrufe der Privatdozenten klargestellt worden ist. Das Ober-Verwaltungsgericht hat bekanntlich einen Amtsvorsteher seines Amtes entsetzt, weil er durch Vergabe eines ihm gebührenden Grundstücks für eine sozial-politische Versammlung die Bestrebungen der Sozialdemokratie gefördert und dadurch die Pflichten seines Amtes verletzt und sich in Achtung, das Ansehen und das Vertrauen unwürdig gemacht hat, welche das Amt des Amtsvorstehers erfordert. Dieses Urteil steht in flagrantem Widerspruch mit der Thatsache, daß ein dem Lehrkörper der königlichen Universität angehöriger Privatdozent sich fortwährend an sozialdemokratischen Agitationen betheiligen und als Redner, sowohl in sozialdemokratischen Versammlungen, als auf sozialdemokratischen Parteitagungen auftreten darf, ohne daß gegen ihn disziplinarisch eingeschritten wird. Dieser Zustand ist im Landtage mit Recht als unvereinbar mit der Einheit und dem Ansehen der Staatsgewalt bezeichnet worden, und Erwägungen dieser Art haben in erster Linie zu der jetzt vorliegenden Gesetzesvorlage geführt. Solchen Bedenken würde offenbar am ehesten entgegen getreten werden, wenn nach dem jetzt gemachten Vorschlag an Stelle des Staatsministeriums das Ober-Verwaltungsgericht als oberster Disziplinarrhof für Privatdozenten eingesetzt würde."

Zu demselben Artikel schreibt die "Post": "Bekanntlich nimmt der Kultusminister für sich reichlich die Berechtigung in Anspruch, im Disziplinargebe die Entfernung eines Privatdozenten herbeizuführen, und er hat jedenfalls die Thatsachen für sich, denn in früherer Zeit ist wiederholt von der Unterrichtsverwaltung die Entziehung der venia legendi (des Rechtes, Vorlesungen zu halten) veranlaßt worden."

In zarter Schonung für den Herrn Kultusminister, der ihr jetzt endlich zu Willen ist, scheint die "Post" völlig zu vergessen, daß Herr Boffe durch "auere Thatsachen" längst eines besseren belehrt ist. Als er im Jahre 1895 von dem angestammten Recht Gebrauch zu machen verfuhr, wurde er schon beim ersten Antritt so glatt auf den Sand gesetzt, daß ihm die Lust zu weiteren Gängen mit dieser Waffe völlig verging.

Das Centrum beabsichtigt, wie die Münchener "Allgem. Jtg." mittheilt, eine Reihe Abänderungsanträge zur Militär-Strafprozess-Vorlage einzubringen, durch welche das Verhältnis des Reichs-Militärgerichtshofes und eines obersten bayerischen Militärgerichtshofes geregelt werden soll.

Generalauditeur Jttenbach hat bei Bereinigung des Entwurfes der Militär-Strafprozess-Ordnung im Reichstage am 17. Dezember 1897 gegenüber den Sozialdemokraten darauf hinzuweisen wollen, daß das deutsche Militärrecht sehr milde sei, und zum Beweise führte er einige Urtheile gegen amerikanische Deserteur an, die allerdings von schweblicher Partei waren. Die "Nation" theilt mit, diese Mittheilungen des Generalauditeurs hätten in den Vereinigten Staaten unliebsames Aufsehen erweckt; man habe sich bei dem Generalauditeur der Armee, Judge-Procureur, General Lieber erkundigt, und es habe sich herausgestellt, daß die Urtheile des preussischen Generalauditeurs gänzlich irrthümlich sind. Dieser wird mithin Veranlassung nehmen müssen, seinen Irrthum im Reichstage zu berichtigen.

Zu Königberg sind dem "Berliner Tageblatt" zufolge Gerüchte im Umlauf, die wir von hier nicht kontrolliren können und daher unter aller Reserve wiedergeben. — Gerüchte, die sich auf ein Duell beziehen, welches zwischen dem Oberpräsidenten Grafen Wilhelm von Bismarck und dem Oberpräsidialrath Dr. Raubach stattgefunden habe. Das Duell, bei welchem der Oberpräsidialrath Dr. Raubach verwundet worden sei, soll seine Ursache in persönlichen Zwistigkeiten gehabt haben, welche auch die Veranlassung zu der Verlegung des Oberpräsidialraths nach Berlin gewesen seien.

Tredden, 29. Januar. (Sig. Ver.) Ein schönes Stück Geld...
wird die sächsischen Finanzminister aus der „Königlich
Sächsischen Landeslotterie“ heraus. Unter diesem Titel sind diesmal
im Kapitel 17 des Etats für 1898/99 5 208 250 M. als Einnahme,
und 922 100 M. als Ausgabe eingestellt. Das ergibt den erlösch-
lichen Uberschuss von 4 286 150 M. Ueber die „beste“ oder Staats-
lotterien scheint unter den einzelnen Parlamenten und Staaten
ein förmlicher Wettstreit stattzufinden. So wehren sich zum Beispiel
unsere sächsischen Finanzminister der betreffenden Deputation der
Zweiten Kammer des Landtags in ihrem gedruckten Bericht aus-
drücklich dagegen, daß die Thüringisch-Nachhaltige Staatslotterie der
sächsischen — wie das behauptet werde — in bezug auf die
Chancen des Gewinnens „über“ sei. In vergleichenden
Tabellen sucht man das noch extra zu beweisen. Etwas
Bedenklicheres scheinen die Leute nicht zu thun zu haben.
Die „gehimeu“ Sitzungen scheinen beim sächsischen Parla-
ment jetzt recht in Flor zu kommen. Was dort angeheht wird,
davon erfährt natürlich das Volk nichts. Erst vorige Woche war
eine solche „gehimeu“ und für Montag ist nach der öffentlichen
wieder eine solche angesetzt. Die Zeitungen sprechen allerlei Ver-
mutungen aus, was da denn eigentlich vorgehen möge.
Soviel scheint sicher zu sein, daß es sich um Bewilligung
von Geldern zu einer ganzen Reihe von großen Festlichkeiten, die in
nächster Zeit in Aussicht stehen — so z. B. Regierungsjubiläum des
Königs etc. — handelt. Außerdem wird noch behauptet, daß das
Geld zu den Umbauten des königlichen Schlosses schon wieder auf-
gebraucht sei und daß einige weitere Millionen in Form eines
Jubiläumsgeschenkes dazu bewilligt werden sollen.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.
In Rottbus wurde am 25. d. M. der Kellner Paul Sch. wegen einer
auf der Verpflegungstation zu Reib begangenen Majestätsbeleidigung
zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Einen bezeichnenden Beitrag zu dem Kapitel der Entfesselung von
Majestätsbeleidigungs-Prozessen liefert eine Verhandlung,
welche heute vor der 2. Strafkammer am Landgericht II unter
Anschluß der Öffentlichkeit stattfand. Bei der Frau Hedwig
Martha Emma Goschel in Pawlow erschien eines Tages ein Ge-
richtsvollzieher, um eine Zwangsverhaftung vorzunehmen. Frau
Goschel hielt die Pfändung aus irgend einem Grunde für unberechtigt
und schimpfte, als dieser seines Amtes gewaltet hatte — hinter
dem Gerichtsvollzieher her. Einige freundliche Nachbarinnen er-
mahnten sie, das zu unterlassen, weil der Gerichtsvollzieher ein
königlicher Beamter sei, aber gerade dieser letztere Hinweis
reizte die ohnehin hochgradig erregte Frau zu einer Wädhäufung,
die ebenso wohl eine schwere Beleidigung des Kaisers wie auch des
Gerichtsvollziehers enthielt. Nach dem öffentlich verkündeten Urteil
soll die Angeklagte vier Monate Zeit erhalten, um im Gefängnis
drüber nachzudenken, das man auch in der höchsten Erregung
seine Zünge im Zaume halten muß, wenn der Kaiser in den Streit
der Meinungen hineingezogen wird.

Deisterreich.

Prag, 29. Januar. Einer Meldung der „Politik“ zufolge soll
Böhmen in 120 rein tschechische und 70 rein deutsche, sowie in
21 gemischttschechische Bezirke eingeteilt werden.

Italien.

Rom, 29. Januar. Deputiertenkammer. Der neu er-
wählte Präsident Biancheri nimmt unter lebhaften und lang an-
haltenden Beifallsstürmen den Präsidentensitz ein, spricht den
herzlichen Dank für seine Wahl aus und hebt weiter hervor, das
Parlament und die Regierung müßten in Uebereinstimmung an das
Gleichgewicht in der finanziellen Verwaltung, sowie an die Ver-
minderung der Lasten der ärmeren Klassen denken, damit die gefährlichen Lehren keinen Eingang
bei ihnen fänden. (Beifall auf der Rechten und im Zentrum.)
Die Sozialisten Morgani und Bissolati rufen: Es lebe der Sozial-
ismus! (Bärm.)

Spanien.

Die gerichtlichen Untersuchungen über die
Forderungen der spanischen Anarchisten in den
Gefängnissen von Montjuich und Barcelona.
Der spanische Justizminister hat, wie der „Int. Corr.“ aus Madrid
geschrieben wird, eine Untersuchung über die Forderungen der
verhafteten Anarchisten angeordnet; indessen läßt der bisherige
Gang dieser Untersuchung befürchten, daß bei der Sache nicht allzuviel
herauskommen wird. Im ganzen haben acht der Verhafteten in
ziemlich glaubwürdiger Weise die Anklage erhoben, von der
Gefängnisverwaltung durch Nahrungsentziehung, durch gewaltsame
Untersuchung unter Wasser und durch Dämmen- und Fußschrauben
zu sogenannten Gefängnisgeißeln gequält worden zu sein. Aber von
diesen acht Personen sind zwei schon vor neun Monaten hingerichtet
worden, einer befindet sich in England und zwei in Südamerika,
während sich in den spanischen Gefängnissen von den acht nur
noch die drei Anarchisten Galis, Olier und Sanje befinden.
Die Untersuchungen erstrecken sich also nur auf die drei Leb-
gebliebenen; gegenwärtig ist eine aus drei Gerichtspersonen, drei Ärzten
und zwei Zeitungs-Correspondenten bestehende Kommission thätig, um
festzustellen, ob die an dem Körper der genannten Anarchisten vor-
handenen Narben von Verwundungen herrühren, die ihnen vor acht
bis zehn Monaten durch Folterwerkzeuge beigebracht sein können.
Dabei ist natürlich der Vermutung und patriotischen Auffassung
der weiteste Spielraum gelassen, so daß die bei der Folterung be-
teiligten Gefängnis- und Justizbeamten wohl schwerlich der
strengen Bestrafung theilhaftig werden, die ihnen der Justizminister
im Falle ihrer Ueberschuldung in Aussicht gestellt hat.

Rußland.

Peterburg, 29. Januar. Das Ministerium des Innern hat,
wie die Blätter melden, einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, nach
welchem die Gouvernements-Komros, Wilna und Grodno allgemein
russische Semstwo-Organen erhalten sollen.

Die Semstwo sind aus Wahlen hervorgegangene Kreis- und
Gouvernementsvertretungen, die sich mit einem Theile der ökonomi-
schen Interessen und Bedürfnisse ihres Bezirkes zu befassen haben.
Da aber seit der neuen Landkaufordnung vom 12. Juni 1890 die
Semstwo in fast völlige Abhängigkeit von der Bureaucratie gekommen
sind, bedeutet diese Reform nicht viel.

Afien.

Bombay, 29. Januar. In Sinar bei Rast in der Präsidentschaft
Bombay lehnte sich die Bevölkerung gegen die Maharegen auf,
welche zur Bekämpfung der Pest getroffen waren. Die Menge
tödete die Gehilfen im Hospital, brannte das Lager nieder, in dem
die Kranken absondelt lagen, zertrümmerte das Postamt und durch-
schnitt die Telegraphendrähte. Die Schutzmannschaften gaben Feuer
und verwundeten einige Personen.

Amerika.

Washington, 28. Januar. Der Senat nahm mit 47 gegen 32
Stimmen die vom Senator Teller eingebrachte Resolution an, in
welcher erklärt wird, daß die Bonds der Vereinigten Staaten sowohl
in Gold wie in Silber zahlbar sind.

Dieser Beschluß ist, wie die gestern von uns wiedergegebene
Erklärung Mac Kinley's für die Goldwährung beweist, ohne
praktische Bedeutung.

Reichstag.

28. Sitzung. Sonnabend, den 29. Januar 1898.

Am Bundespräsidenten: Graf Posadowsky.
Präsident v. Baal eröffnet die Sitzung um 1/4 Uhr.
Die zweite Staatsberatung wird beim Reichsamt der
Jungen fortgesetzt. Beim Kapitel „Patentamt“ bemerkt
Abg. Dr. Hammacher (nat.): Die Einnahmen des Patent-
amts, besonders an Gebühren, nehmen beständig zu. Infolge dessen
sind auch die an demselben beschäftigten Kräfte vermehrt worden;
aber dies ist nicht in genügender Weise geschehen. Es werden
mannigfache Klagen laut über die zu langsame Geschäftsführung,
im Durchschnitt sind 312 Tage vom Tage der Anmeldung eines
Patents bis zur Entscheidung verlaufen. Es sollte daher im

nächsten Etat eine weitere Vermehrung der Kräfte vorgesehen
werden. Weitere Klagen werden über die Patentanwälte
laut. Neben tüchtigen, ehrenwerthen Männern sind auch
solche vorhanden, die eine feindselige, störende Vergangenheit
hinter sich haben. Im Interesse derer, die sich um ein Patent be-
werben, sowie der Beamten des Patentamts, die jetzt mit solchen
Personen verkehren müssen, empfehle ich den Kongresszweck ein-
zuführen, durch den solche Elemente ferngehalten werden können.
Ich bedauere ferner, daß Deutschland der „Union“ für Patentsachen
noch nicht beigetreten ist, die alle Kulturstaaten mit Ausnahme von
Deutschland und Rußland umfaßt und die den beteiligten Staaten
größere Vortheile bietet.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Schon beim vorigen Etat
haben wir in Erwägung gezogen, ob nicht eine Vermehrung der
Beamten des Patentamts eintreten müsse. Aber die Zahl dieser
Beamten hat bisher schon so rapide zugenommen, daß wir im
Interesse der Finanzen sehr vorsichtig sein müssen mit weiterer Ver-
mehrung. Es ist richtig, daß unter den Patentanwälten solche Per-
sonen sind, die ein sehr verdächtiges Dossier hinter sich haben. Nach
näherer Erwägung glaube ich aber nicht dahin aussprechen zu können,
daß diese Frage nicht auf administrativem, sondern nur auf gesetz-
lichem Wege zu lösen ist und daß ich dem Reichstage eine Vorlage
darüber zugeben lassen werde. (Bravo!) Ich gebe mich nach Lage
der Verhältnisse der Hoffnung hin, daß unsere Forderungen in betref-
fer der Patentsachen von der Internationalen Union zum Schutze der
gewerblichen Interessen bewilligt werden, so daß dann Deutschlands
Beitritt erfolgen könnte. (Beifall.)

Die Diskussion wird geschlossen, das Kapitel „Patentamt“
bewilligt. — Zum Kapitel „Reichs-Versicherungsam“
nimmt das Wort

Abg. Mollenbuh (Soz.): Von unserer Seite ist zu diesem
Titel immer wieder die Frage an die Regierung gestellt worden, wie
es mit den versprochenen Reformen steht, die doch durch die kaiser-
lichen Erlasse vom Jahre 1890 und durch den Herrn v. Böttcher,
als nahe bevorstehend bezeichnet wurden. In der letzten Zeit hat
man allerdings auf dem Gebiet der Krankenversicherung eine posi-
tische Thätigkeit entfaltet, allerdings eine, mit der wir uns unter
keinen Umständen einverstanden erklären können; man hat den Kranken
z. B. empfohlen, die Hülle'schen Schriften zu lesen. Daß der Herr Staats-
sekretär diese Sachen nicht selbst gelesen hat, glauben wir schon; aber er
scheint nicht nach dem Grundsatz zu handeln: Was Du nicht willst,
das man Dir thut, das sag auch keinem anderen zu! Wir halten es
auch für eine Gefährlichkeit, wenn man einem kranken Katholiken
Luther's Schriften (Sehr richtig! im Zentrum) oder einem frommen
Patrioten die Schriften eines Karl Heinzen zu lesen giebt; aber ist
es nicht ebenso eine Gefährlichkeit, wenn man einem Sozialdemo-
kraten Schriften giebt, in denen die Sozialdemokratie als schwere
Beleidigung und verleumdung wird? Ich weiß nicht, ob man glaubt,
daß dadurch der Heilung Vorbehalt geleistet wird. Kann man es
verantworten, daß es vielleicht, wenn anders gesunde Kräfte in dem-
selben Zimmer liegen, zu fortwährenden Diskussionen und Streitig-
keiten unter ihnen kommt? Das derartige von Seiten der Regierung
gefördert wird und daß man glaubt, dadurch sein Wohlwollen für
die Arbeiter zum Ausdruck zu bringen, ist bezeichnend für den Geist,
der sie befeuert.

Es ist einmal eine Novelle ausgearbeitet worden, die aber
wieder zurückgezogen wurde. Daß der Entwurf nicht wieder ein-
gebracht worden ist, hat mein vorheriger Parteigenosse Grillen-
berger bereits im vorigen Jahre vorausgesagt, als jener Paragraph
geändert wurde, wodurch die Karenzzeit von 13 auf 4 Wochen herab-
gesetzt wurde. Wegen dieser Aenderung hat sich speziell das Kom-
missionsmitglied Freiherr v. Stumm sehr scharf und wiederholt ge-
äußert. Demals sagte Grillenberger schon: Was auf, wenn es ihm
nicht gelingt, in der Kommission diesen Beschluß zu Fall zu bringen,
dann wird er sich an die Regierung heranzumachen und seinen
Willen durchsetzen. Und er hat Recht behalten; Freiherr v. Stumm
hat seinen Willen durchgesetzt, und dies war einer der wesent-
lichen Punkte, durch die die Vorlage zu Fall kam.

Der Herr Staatssekretär sagte nun zur Verteidigung der Re-
gierungsstellung, daß es vor allem darauf ankomme, den Wünschen
der Beteiligten Rechnung zu tragen; er wundere sich, daß sich die
Unternehmer so wenig über die Belastung beklagen, deren Willen er
so weit nachkomme, daß ihre Arbeitsfreudigkeit nicht gestört wird.
Die Arbeitsfreudigkeit der Unternehmer wird am meisten dadurch
gestört, daß ihnen hohe Profite in Aussicht gestellt werden, und
das ist wieder nur dadurch möglich, wenn man die armen
Belehnten, die armen Krüppel um ihre Rente bringt.
Die Unternehmer halten bisher recht nette Entlohnung ihrer Wünsche
auszuweisen, es wäre an der Zeit, wenn nun einmal diese Art „Arbeitsfreudigkeit“ nicht in dem Maße
weiter gefördert wird, wie es bisher der Fall war. Ich will nur
auf einen Umstand hinweisen: die Volkrente wird in immer
weniger Fällen bewilligt als früher. Während die Zahl der Unfälle
steigt und desgleichen die Zahl der schweren Unfälle, die einen
tödlichen Ausgang haben, sehen wir, daß die Zahl derjenigen, die
Volkrente erhalten, immer weiter zurückgeht. So waren zum
Beispiel bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften im Jahre 1890
22 800 Unfälle, davon 8880 mit tödlichem Ausgang und es
wurden 2881 Volkrenten gewährt. Im Jahre 1898 sind es schon
38 500 Unfälle, solche mit tödlichem Ausgang 4040. Dagegen geben
die Fälle, in denen man Volkrenten bewilligt, in denselben Jahren
von 2381 auf 1800, dann auf 1507, auf 1877, 856, 780 und endlich
auf 595 zurück! (Oet! Oet! bei den Sozialdemokraten.) Berechnen
wir die Prozentzahlen, so ergibt sich eine Abnahme der Volkrenten
im Verhältnis zu der Zahl der Versicherten von 0,49 auf 0,10, also
eine Abnahme um 41%! Sollte man entgegenhalten, daß dieser
Erfolg der besseren ärztlichen Behandlung zuschreiben ist, so möchte
dies erstens bei allen Berufsgenossenschaften der Fall sein, was nicht
der Fall ist, und dann besonders bei den staatlichen Betrieben, denen
man doch nicht den Vorwurf machen können, daß ihre Ver-
lehten schlechter ärztlich behandelt werden. Aber gerade in diesen
bleibt die Zahl der Volkrenten mit kleinen Schwankungen konstant,
in den Berufsgenossenschaften nimmt sie beständig ab. Die
Kerze tragen freilich da den Haupttheil der Schuld, aber auf
diesen ruht wieder der Druck der Leistung der Berufsgenossenschaft.
Zu mir sind im letzten Jahre zwei Personen gekommen, denen man
die Volkrente allmählich verweigert hatte. Der eine war ein Zimmerer,
der bei einem Gerüstesturz einen Schädelbruch erlitten hatte und
zunächst die Volkrente erhalten hatte. Bald nachher war sie ihm
aber auf 75 pCt., dann auf 50 pCt. und schließlich auf 33 1/3 pCt.
verweigert worden. Der Physikus erkannte zwar an, daß der Mann
nicht gehen und nicht stehen konnte, aber er hielt ihn für leichte Be-
schäftigung für befähigt und empfahl ihm, sein Brot als Zigarren-
arbeiter zu suchen. Als ich die Akten durchlas, hätte ich, wenn die
Sache nicht zu traurig gewesen wäre, beinahe gelacht. Ich sagte
mir, der Mann hätte ja auch Medizin studiren können, als Arzt
würde er dann viel mehr verdienen können, als ein Zimmerer.
Gerade für die Zigarrenmacherei ist ein gutes Nervensystem nötig,
daß dem Unglücklichen ganz zerstört war. Die Zigarre muß mit
dem Gefühl geformt werden. Man braucht keine große Muskelkraft
dazu, aber desto mehr Nervenkraft. Ich sagte mir, und wenn
sich der Mann todt quält, er bringt keine Zigarre zu
staude. Der Arzt hatte sicherlich nur vom Zigarrenmacher
gehört, daß man nicht gehen und stehen braucht, sondern
dabei sitzen kann. Wenn ich in früheren Jahren über die
Berufsgenossenschaften sprach, dann polemisierte immer der Abg.
Mörike gegen mich und nahm sie in Schutz. Er hat dabei entschieden
zu sehr generalisirt und von seiner eigenen Berufsgenossenschaft auf
die anderen geschlossen. Ja, wenn alle Berufsgenossenschaften so
wären, wie die Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft, dann
wären diese Angriffe unbedeutend. In der Brauerei-Berufsgenos-
senschaft übersteigt die Zahl der bewilligten Volkrenten die Zahl
der tödlich verlaufenen Unfälle. Wie steht es aber mit anderen
Berufsgenossenschaften z. B. mit der südwestdeutschen Eisen-Berufs-
genossenschaft, der Freiherr v. Stumm so nahe steht? Seit 1880

druck, die Renten zu verkürzen, und damit wird die Arbeitsfreudig-
keit am meisten erhöht. (Sehr gut! links.)

Ich komme nun auf den Zentralverband deutscher Industrieller,
dessen ganze Existenz eigentlich nichts weiter ist als ein fortgesetzter
Verstoß gegen das preussische Vereinsgesetz. (Sehr gut! links.) In
seinen Mittheilungen kann man schon immer ein paar Wochen vor-
her die späteren Reden vom Regierungstisch lesen. (Weiter! links.)
Die Herren vom Zentralverband sind zum mindesten gute Gedanken-
leser der Regierungsdirektoren. Jetzt wird darin über die Mehr-
belastung der Industrie durch die Versicherungsgeheimhaltung gesehnet.
Wie ist denn diese Mehrbelastung entstanden? Glaubt man durch
Abkürzung der Karenzzeit? Die Mehrkosten machen für jeden Arbeiter
und jeden Arbeitstag 1/5 bis 1/6 Pfennig aus und darum soll die
ganze Industrie zu Grunde gehen. Wenn die Regierung das glaubt,
muß sie sehr leichtgläubig sein, schon daß sie sich den Anschein giebt,
als glaubte sie es, ist traurig genug. (Sehr richtig, links.) Aber wenn
es der Zentralverband deutscher Industrieller sagt, dann darf kein
Regierungsmann wider den heiligen Geist des Kapitalismus
sündigen. (Sehr gut, links.) Da Abgeordneter Freiherr
von Stumm im vorigen Jahre auch die Belastung
der Industrie hier ins Feld geführt hat, habe ich
mir einmal die Produktionsverhältnisse etwas näher an-
gesehen. Zum Beispiel in der Hufeisen-Produktion ist der Werth
des Produktes, das der einzelne Arbeiter geschaffen, in den letzten
zehn Jahren um 48,6 pCt. gestiegen. Sind denn aber auch die
Löhne in diesem Verhältnis gestiegen? (Abg. v. Stumm: Ja!)
So? Dann sind die Löhne gestiegen. Nach den den Berufs-
genossenschaften eingereichten Lohnlisten habe der Lohn für den
einzelnen Arbeiter im Jahre 1886 788 M. betragen und ist im
Jahre 1896 auf 881 M., also nur um 93 M. gestiegen.
Entweder der Lohn hat mit dem Steigen des Produktions-
werthes nicht Schritt gehalten oder die Löhne sind ge-
fallen. (Sehr richtig! links.) Die Ursachen für die ungenügenden
Renten liegen in den Heilanstalten der Berufsgenossenschaften, in den
sogenannten Rentenquetschen. Dort werden solche Erfolge erzielt,
wie bei der südwestdeutschen Eisen-Berufsgenossenschaft. Die Arbeiter
wären besser daran, wenn sie in obigen Fällen die sogenannten
Wohltaten des Versicherungsgesetzes nicht hätten und im Privat-
prosewege gegen den Unternehmer klagenbar werden könnten. Wie
steht es denn mit den angeblichen Wohltaten? Bei den
gewöhnlichen Berufsgenossenschaften kommen noch nicht drei
Pfennig zu Lasten der Unternehmer auf den Arbeiter
pro Tag, bei den landwirtschaftlichen noch nicht 1/2 Pf. Dafür
müssen sich die Arbeiter bei jeder passenden und unpassenden
Gelegenheit die ihnen erwiesenen „Wohltaten“ vorwerfen lassen.
Wäre nicht ein Vetter, der täglich 1/2 Pf. erhält und so oft sich die
Wohltaten vorwerfen lassen muß, dem „Wohltäter“ den 1/2 Pf.
vor die Nase werfen? (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Eine
Reform der Versicherungsgeetze ist dringend notwendig. Schon seit
Jahren ist sie von der Regierung anerkannt worden. Trotz der
Prosperität der Industrie kann sie die Regierung aber gegen die
Industriellen nicht durchsetzen. Vielleicht tritt jetzt eine Krise ein
und da werden die Arbeiter bis zum Sonntag Himmelfahrt auf die
Reform warten können. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Direktor im Reichsamt des Innern Wöedike: Der Abg. Mollen-
buh hat das deutsche Unternehmertum beleidigt, indem er sagte,
die Arbeitgeber wollten sehr hohe Profite machen und beschneiden
deshalb die Renten. Ich muß diese Unterstellung entschieden zurück-
weisen. Die Zahl der Unfälle hat unzweifelhaft zugenommen. Auf
1000 Versicherte kommen jetzt 6 Verlehte, während im Jahre 1889
nur 2,80 Verlehte kamen. Es sind jetzt eben alle kleinen Unfälle mit
dabei. Die Zahl der schweren Unfälle ist aber in erfreulicher Weise in
Abnahme begriffen, ebenso hat die Zahl der dauernd erwerbsunfähigen
stetig abgenommen. (Singer: Das hat ja Mollenbuh eben ausgeführt.)
Die Unfallversicherung hat in Verbindung mit der Unfallverhütung
zur Verminderung der Unfälle beigetragen. Die Behauptung
Mollenbuh's, daß die Berufsgenossenschaften die Rente herabzudrücken
suchen, hätte nur dann einen Schein von Berechtigung, wenn die
Entscheidung der Berufsgenossenschaften nicht aufsehbar wäre. Das
Reichs-Versicherungsam ist aber nicht für die Arbeiter eingetreten.
Und wenn der Abg. Mollenbuh es verfaßt hat, daß, was
durch die Versicherungs-Gesetzgebung für die Arbeiter erreicht
ist, als Bagatelle hinzustellen, so täuscht er sich ganz ge-
waltig. Das beweisen die Millionen, die jährlich für diesen
Zweck ausgegeben werden.

Abg. Frhr. v. Stumm (L.): Wenn man so weit gehen wollte,
keine Schwärze anzulegen, die den Sozialdemokraten unangenehm
sind, so dürfte man überhaupt keine patriotischen Schriften mehr
auflegen. Und so lange nicht alle nachgewiesenen sozialen
demokratischen sind, so lange ist das Verlangen des Abg. Mollenbuh
unberechtigt. Was die Vorwürfe anlangt, die Herr Mollenbuh gegen
mich persönlich geschleudert, so begreife ich nicht, wie man mir, der ich
seit 1869 todesähnliche Summen für Wittwen- und Waisen-Versorgung
ausgegeben, so lapidäre Summen überhaupt entgegenhalten kann. So
etwas prahlt einfach an mir ab. Ich erinnere daran, daß ich in der
Kommission zur Unfallversicherung 25 Anträge gestellt habe,
die fast alle die Rechte und Benefizien der Arbeiter
vermehrten sollten, und von denen der größte Theil
auch angenommen wurde. Ich gebe zu, daß die Berufsgenos-
schaften nicht Richter in eigener Sache werden dürfen, daß sie im
Speziellen über ihre eigene Belastung nicht entscheiden sollen.
Doch muß es ihnen überlassen bleiben, zu erklären,
unter welchen Bedingungen sie überhaupt weiter funktionieren
können. Und die Meinung geht dahin, daß, wenn ihnen
jene sechs Bestimmungen nicht abgenommen werden, sie
nicht in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen, und daß man
dann am besten thäte, ihnen alles abzunehmen. — Die Verschän-
kung der Karenzzeit habe ich nicht aus finanziellen Bedenken ver-
worfen, sondern weil dadurch für die Krankenkassen der Haupt-
anreiz fortfiel, die Kranken so schnell als möglich gesund zu machen.
Ein weiterer Grund für meine Ablehnung der Novelle ist die Renten-
herabsetzung durch die Schiedsgerichte. Wenn die Berufsgenos-
schaft die Rente festsetzt, dann muß sie auch nachher entscheiden
können, ob der Zustand, auf Grund dessen die Rente festgesetzt ist,
noch fort dauert. Der Kommissionsbeschluß schädigt die Arbeiter
direkt. Für alle Rentenherabsetzungen unter 25 pCt. sind die
Schiedsgerichte als einzige Instanz festgesetzt, während der
Arbeiter jetzt drei Instanzen hat. Dagegen habe ich mich
und ebenso meine Berufsgenossenschaft auf das entschiedenste
erklärt. Eine Uebertragung der Alters- und Invalidenversicherung
auf die Berufsgenossenschaften halte ich nicht für angängig.

Abg. Singer (Soz.): Ich bedauere, daß der Vertreter des
Staatssekretärs auf die Hülle'schen Schriften nicht eingegangen ist.
Ich mehr bedauere ich allerdings, daß der Staatssekretär die
Gepflogenheit seines Amtsvorgängers beibehalten hat, den
Präsidenten des Reichs-Versicherungsamtes zu den Reichstags-
Verhandlungen nicht zuzulassen. Nun zu den Hülle'schen Schriften!
Der Herr Staatssekretär sagte, er hätte sie nicht gelesen; er müsse
sich da auf seine Angestellten verlassen. Er trage also eigentlich
die Verantwortung. Wir wissen das sehr gut. Wir wissen,
daß er es nur auf Anrathen seines preussischen Kollegen gethan hat,
und daß dieser wiederum nur einem direkten Wunsch des Kaisers
folge geleistet hat, der in den Hülle'schen Schriften ein
wirksames Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie erblickt.
Wir haben es hier mit einem Akt des persönlichen Regi-
ments zu thun, der als solcher der Kritik der politi-
schen Parteien unterliegt. Das muß hervorgehoben werden,
weil wir hier in die Lage kommen, diese durch den Kaiser direkt zur
Verbreitung empfohlenen Schriften auf ihren Inhalt zu prüfen.
Und wenn wir nun dem wahren Sachverhalt entsprechend erklären,
daß jene aus kaiserlichen Wunsch angelegten Schriften nur Lügen,
Verleumdungen und Beschimpfungen unserer Partei enthalten, so dürfen
wir hier unter dem Schutze der Immunität dies wohl frei aussprechen; wir
halten es aber für möglich, daß eine solche Meinungsäußerung im
Laufe unter dem Gesichtspunkt des dolus eventualis als Majestäts-
beleidigung verurteilt wird. Es ist daher gut, daß diejenigen Herren,
welche sich mit diesen Machwerken beschäftigen, sich auch dessen
bewußt sind, aus welchem Grunde sie in hunderttausenden von Exem-
plaren verbreitet werden, daß der Kaiser selbst sie für den Kampf gegen

die Sozialdemokratie bestimmt hat. Nun, die weiteren Ereignisse, namentlich die Wahlen, werden zeigen, ob sie diesen Zweck erfüllen werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Hige (Zentr.): Meine politischen Freunde stehen dem Einbringen der Novelle zum Unfallversicherungs-Gesetz sympathisch gegenüber. Was die Hülle'schen Schriften anlangt, so kenne ich sie nicht, kann also die Aufregung des Herrn Vorredners auch nicht theilen. Doch glaube ich auch, daß das Reichs-Versicherungsamt in diesem Punkte sehr vorsichtig sein muß; es darf nicht einmal der Ansicht erweckt werden, als ob man die Hilflosigkeit der Kranken dazu benutzen wollte, um ihnen gewisse Anschauungen aufzudrängen.

Abg. Dr. Hammacher (natl.): Die Sozialdemokraten schildern jeden Arbeitgeber als ein wildes Thier, als einen blutdürstigen Tyrannen (Oh! oh! bei den Sozialdem.). Deshalb ist keine Verständigung mit ihnen über die Rolle des Unternehmertums möglich. Die deutschen Unternehmer sind die humansten der Welt. (Beifall bei den Nationalist.) Die Zurückziehung der vorjährigen Novelle ist durchaus nicht auf Wunsch des Unternehmertums erfolgt. Weder bestritt die Richtigkeit der vom Abg. Mollenbuhr mitgetheilten Statistik. Mollenbuhr behauptet, daß infolge der Profitwuth der Unternehmer, infolge ihrer Ehrlosigkeit den Arbeitern die Renten vorenthalten würden. Das geht gerade aus den Zahlen der Rückfrage hervor. (Beifall bei den Nationalist.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Abg. Singer ist wieder auf die Hülle'schen Schriften zu sprechen gekommen und hat dabei Kombinationen vorgetragen, wie sie schon in den Zeitungen gestanden haben. Ich glaube, meine Herren, wir machen in der Politik die besten Geschäfte, wenn wir unsere Stellung zu einander staatsrechtlich genau abgrenzen. Für den Erlass, der die Hülle'schen Schriften betrifft, ist der Reichskanzler, resp. ich, sein Stellvertreter, verantwortlich. Ich bitte also, alle Angriffe nur gegen mich zu richten. Ich bin bereit, die materielle und formelle Verantwortung im vollen Umfange zu übernehmen. Ueber die Sache selber mich zu äußern, habe ich keinen Anlaß. Ich habe dies bereits bei der ersten Verathung gethan. (Beifall rechts.)

Abg. Mollenbuhr (Soz.): Der Abg. Dr. Hammacher war ja außerordentlich enttäuscht über unsere Vorwürfe gegen die Berufsvereinigungen der Unternehmer. Seine Behauptungen über die geringe Zahl an Rentenverbräuchen schweben aber ganz in der Luft. Bei der jetzigen Organisation der Schiedsgerichte wird es für den Verletzten immer schwieriger, mit seinen Klagen durchzudringen. Die Berufsvereinigungen sind bei den Verhandlungen immer, der verletzte Arbeiter selten vertreten, weil er die Reisekosten nicht erlegt bekommt, wenn der Spruch gegen ihn ausfällt. Herrn Direktor Wödlitz erwidere ich, daß die schweren Unfälle nicht abgenommen, sondern zugenommen haben. Trotzdem aber sind die Vollrenten von 2331 auf 505 herabgegangen. Wollte man diesen Rückgang der besseren ärztlichen Behandlung zuschreiben, so müßte doch der Rückgang überall gleich sein. Das ist aber nicht der Fall. Bei der Brauerei-Berufsvereinigungen sind sich die Zahlen der Vollrenten ziemlich gleich geblieben. Derselbe Erscheinung ist bei den Staatsbetrieben, bei den Eisenbahnen, bei den kaiserlichen Werften zu beobachten, und Sie werden doch nicht behaupten wollen, daß dort die Arbeiter schlechtere ärztliche Behandlung genießen als anderswo. Zwischen der Zahl der Verwundeten und der Zahl der Schwerverletzten, die Vollrente erhalten müssen, ist stets ein gewisser innerer Zusammenhang. Wenn die Zahl der Vollrenten trotzdem zurückgegangen ist, so liegt das an einzelnen Berufsvereinigungen. Es giebt ja jetzt schon Berufsvereinigungen, die gar keine Vollrenten mehr bezahlen, in dem Vertheide, ihre Mitglieder vor zu hohen Beiträgen zu schützen, sie werden darin von gewissenlosen Ärzten oft unterhütet. Zur Verurteilung an die Schiedsgerichte und das Reichs-Versicherungsamt entschließt sich der Arbeiter nur schwer. Nur wenn er jemanden hat, der ihm Eingaben macht, thut er es. Dem Abg. v. Stumm erwidere ich auf seinen Einwand, daß die Lohnlisten nicht genau seien, daß ich das auch weiß. Aber die Lohnlisten von 1886 werden nach denselben Grundfahnen aufgestellt sein, wie die von 1895 und somit läßt sich schon ein allgemeiner Schluß an ihnen ziehen. (Sehr richtig, links.) Die Bezirke der Schiedsgerichte sind zu groß. Würde es möglich sein, daß die Verletzten immer persönlich zur Verhandlung kämen, die Rentendruckerei würde nicht so groß sein. Das Rückrecht darf aber nicht noch mehr zu gunsten der Arbeitgeber geändert werden. Abg. Hammacher sprach von dem Wohlwollen der deutschen Arbeitgeber. Ich habe auch in anderen Ländern Arbeitgeber kennen gelernt, aber niemals ist mir eine solche Hofheit und Brutalität im Kampfe gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter vorgekommen, wie beim deutschen Arbeitgeber. Ist es doch vorgekommen, daß deutsche Arbeitgeber tausende von Arbeitern kurz vor Weihnachten aus Lohn und Brot setzten, weil die Arbeiter Mitglieder des Tabakarbeiter-Vereins waren. Der deutsche Arbeitgeber spricht aus den Mittheilungen des Zentralverbandes deutscher Industrieller. Diese Herren setzen in dem Arbeiter den Untergebenen, das willenlose Werkzeug. Diese Herren widersetzen sich auch der Reform des Gesetzes, die wir für dringend nöthig halten, damit die armen Krüppel nicht um ihre Renten kommen.

Abg. Fischbeck (fr. Sp.): Die Kritik des Abg. Mollenbuhr an den Berufsvereinigungen kann nicht unwidersprochen bleiben. Ich habe tägliche Erfahrungen in dieser Beziehung und sage, es ist unrecht, in solcher Weise gegen die Herren, die ein Ehrenamt bekleiden, vorzugehen. Es ist doch bezeichnend, daß die Berufsvereinigungen im besten Einvernehmen mit dem Reichs-Versicherungsamt leben, einer Verhörde, die doch das Interesse der Arbeiter unzweifelhaft wahrnimmt. Das andererseits bei den Berufsvereinigungen das Bestreben existirt, sparsam zu wirtschaften, ist nur natürlich; die Berufsvereinigungen müssen eine vermittelnde Stellung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern einnehmen. Wir kennen die Reformbedürftigkeit, wir bitten aber die Sozialdemokraten, in ihrer Kritik etwas mehr Maß zu halten. Wir bebauern, daß die jetzt geplante Reform nicht zu fruchtbar gekommen ist. Auf die Zustimmung des Zentralverbandes brauchen wir nicht zu warten. Und ich fürchte, wenn wir sie erhalten, dürfte uns die Novelle möglicherweise nicht mehr gefallen.

Was die Hülle'schen Schriften anlangt, so muß ich durchaus dagegen protestiren, daß das Reichs-Versicherungsamt die Berufsvereinigungen zur Befämpfung der gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie benutzt. Wo ist es erlaubt, daß eine Verhörde, die zur Wahrung des Rechtes aller da ist, sich in den Kampf der Parteien mischt? Auf keinen Fall dürfen wir einer solchen unerhörten Praxis unsere Zustimmung geben. (Lebhafte Beifall, links.)

Abg. Bebel (Soz.): Am 15. Dezember v. J. habe ich in meiner Statrede davon gesprochen, daß in einer Sitzung des Zentralverbandes deutscher Industrieller 10 Regierungsdirektoren anwesend gewesen seien. Darauf erwiderte am 17. Dezember der Staatssekretär Graf Posadowsky, daß meine Behauptung nicht zutreffend sei; früher hätte wohl eine Versammlung des Verbandes stattgefunden, an der Regierungsdirektoren teilgenommen; aber in der von mir gemeinten Sitzung sei das nicht der Fall gewesen. Ich gab das damals zu; mittlerweile aber hat sich auf Grund des Protokolls jenes Verbandstages herausgestellt, daß meine Angabe durchaus begründet war. In jener Versammlung, die am 8. bis 4. Februar stattfand, waren 10 Delegirte der Regierung anwesend. Es ist auffallend, daß in der Präsenzliste zuerst die Direktoren, dann die Delegirten der preussischen Regierung und nach ihnen die Mitglieder des Verbandes aufgeführt werden, sobald bei ihnen nicht Orientirten sehr wohl der Gedanke entgehen kann, daß jene Delegirten selbst dem Zentralverbande angehören. Ich kann die Liste der 10 Delegirten hier verlesen. (Redner thut dies; an der Spitze der Liste steht Herr v. Bötticher, und so geht es fort bis zu Direktor Posmann.) Bei einer derartigen Rücksichtnahme den Herren vom Zentralverband gegenüber kann es nicht Wunder nehmen, daß jene Herren sich als die maßgebende Gewalt im Deutschen Reich ansehen. Und wenn Sie erst wüßten, wie die Delegirten sich dort geäußert, so werden Sie dies erst recht selbstverständlich finden. Das einleitende Wort sprach dort der Direktor im Reichs-Versicherungsamt, Herr Wödlitz; er sagte dem Verband seinen „herzlichen Dank“ dafür, daß es ihm „vergnügt ist, hier zu

weilen.“ Es ist geradezu ein Genuss, an Ihrer Hand einmal die Thatsachen zu erkennen und zu recapituliren, die für unsere Stellungnahme entscheidend sind.“ Meine Herren, so etwas wird von Seiten der Regierung dem Reichstage noch nie gesagt worden. Dann sprach Graf Münster: „Ich muß Ihnen einige Worte des Dankes dafür sagen, daß Sie es mir gestattet haben, in Ihrer Mitte zu sprechen.“ Ja, wenn die Vertreter der Regierung zu dem Zentralverbande so sprechen, so braucht man sich wirklich nicht darüber zu wundern, daß die Novelle, wenn sie den Wünschen jener Herren nicht entspricht, dem Reichstage nicht mehr vorgelegt werden soll.

Ich will noch einige Worte über die Hülle'schen Schriften sagen. Wir wissen sehr wohl, daß dem Staatssekretär jedes Mittel im Kampf gegen die Sozialdemokratie recht ist, daß je gewaltthätiger man gegen uns vorgeht, man um so mehr das Wohlwollen des Staatssekretärs erringt. Wir müssen aber auf das entschiedenste dagegen protestiren, daß der Staatssekretär seine amtliche Stellung dazu mißbraucht, ich wiederhole das Wort: mißbraucht, einen Erlass zu veröffentlichen, daß bestimmte Schriften von einer ausgesprochenen Tendenz zu verbreiten sind. In eine Krankenanstalt gebürt keine Parteithätigkeit, keine religiöse Thätigkeit. Da gehört nur das hin, daß der Kranke mögliche Pflege, mögliche Ruhe hat, daß von ihm ferngehalten, was ihm Aufregung bereiten könnte. Wenn man solche Heft- und Schandschriften da vertheilt, wo keine einzige Druckschrift vorhanden ist, dann ist die selbstverständliche Folge, daß es zu Differenzen, zu Streitigkeiten und Janz kommt; kurz zu allem, was in einem direkten Gegensatz zu dem eigentlichen Zweck der Anstalt steht. Sie haben nicht das Recht, Herr Staatssekretär, unter Mißbrauch Ihrer autoritativen Stellung gegen eine bestimmte Partei gehen zu lassen. Heute ist es allein die Sozialdemokratie, gegen die man so vorgeht; kommt aber einmal ein Staatsmann vom Schlage Bismarck's ans Ruder, dann werden auch andere Parteien ebenso behandelt werden. Wir haben es ja bereits erlebt, daß auch die Vertreter anderer Parteien zu den Revolutionären geworfen sind. Es ist sehr gut, daß mein Freund Singer vor aller Welt hier festgestellt hat, was eigentlich die Quelle solcher Maßregeln zu suchen ist. Und es ist sehr wunderbar, daß Herr Hige von den Hülle'schen Schriften keine Kenntniß hatte, da sie doch in Millionen von Exemplaren in das Land gehen.

Ich lege weiter Verwahrung gegen die Behauptung des Abg. Dr. Hammacher ein, daß wir jeden Unternehmer als ein wildes Thier betrachten. Wo hat Hammacher diese Ansicht her, womit will er sie beweisen? In diesem Hause sind sicher nicht solche Anschuldigungen von uns gefallen; am allerwenigsten von Mollenbuhr. Mollenbuhr hat im Gegentheil die Berufsvereinigungen, deren Vorsitzender der Abg. Köhler ist, die Brauerei-Berufsvereinigungen, und ebenso die Berufsvereinigungen der Staatsbetriebe lobend erwähnt und durchaus nicht mit den anderen in denselben Topf geworfen. Es giebt keine Partei im ganzen Hause, die so bereitwillig als wir es anerkennt, wenn ein Beamter mit seinen Untergebenen, ein Unternehmer mit seinen Arbeitern menschlich, human und gerecht verfährt. (Oh! Oh! rechts.) Das es so selten vorkommt, liegt doch nicht an uns. (Rechts.) An der Hand der offiziellen Statistik hat Mollenbuhr nachgewiesen, daß obwohl die Zahl der Unfälle zugenommen hat, doch die Zahl der schweren Unfälle, wo auf Erwerbsunfähigkeit erkannt werden mußte, abgenommen hat. Wenn ein Mann, der sich wie Mollenbuhr so eingehend mit diesen Dingen beschäftigt, diese Zahlen liest, muß er doch zu seinen Schlüssen gegen das Verbot der Berufsvereinigungen kommen. Daß die Verurteilungen nicht erheblich zugenommen haben, beweist nichts. Da müßte man erst wissen, worauf sich die Verurteilungen erstrecken, auf schwere oder leichte Unfälle. Mollenbuhr hat bereits auf die Schwierigkeit der Verurteilung für die Arbeiter hingewiesen. Wir haben 70 sozialdemokratische Zeitungsdebatten, 60 Debatten von Gewerkschaften, Arbeiterssekretariate u. s. w. Wenn sie nicht wären, würde die Zahl der Verurteilungen noch viel kleiner sein. Denn die Mehrzahl der Arbeiter ist wegen mangelnder Kenntniß nicht in der Lage, Berufungsschriften abzufassen. Die Kritik, die Mollenbuhr an den Berufsvereinigungen geübt hat, war durchaus berechtigt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Salisch (L.): Wenn ich auf die Hülle'schen Schriften zu sprechen komme, so ist es klar, daß ich den Bebel'schen Standpunkt nicht theile. Ich kenne zwar die Schriften nicht (große Heiterkeit), aber da die Sozialdemokraten sie angreifen, müssen sie vorzüglich sein. Die Behörden müssen dafür sorgen, daß die Religion erhalten, die Vaterlandsliebe gepflegt und die Ehrfurcht vor unserm König und Herrn nicht in der Weise verletzt wird, wie es der Abg. Singer hier unter dem Schutze der Immunität gethan hat. (Bravo! rechts.) Es giebt gottlob noch manches Krankenhaus, wo keine Sozialdemokraten sind. Absolut harmlose Schriften sind nur mathematische, alle übrigen Schriften haben immer einen bestimmten Parteizweck. In meiner Gegend giebt es gottlob keine Sozialdemokraten. Demwegen sind die Arbeiter doch nicht so verlassen, wie Herr Bebel es hinstellt. Wenn sie Eingaben zu machen haben, wenden sie sich an uns und selbst wenn sie einem Schreiber dafür 50 Pfennig zu zahlen haben, kommt es ihnen nicht so theuer, als den sozialdemokratischen Arbeitern die Hilfe ihrer Führer. (Bravo! rechts.)

Abg. Singer (Soz.): Herr v. Salisch kennt die Hülle'schen Schriften zwar nicht, aber er vertheilt sie. Das ist sehr charakteristisch und steht auf demselben Niveau, wie seine Schlussfolgerung. Erkläre er doch einmal, weshalb bei dieser unerer Verantwortung die Zahl der Sozialdemokraten von Jahr zu Jahr steigt. Ich habe keine Neigung, mich mit Herrn v. Salisch einzulassen. Wenn er meint, daß es in seiner Provinz keine Sozialdemokraten giebt, so wird er nicht mehr lange darauf zu warten brauchen; die Wahlen stehen ja schon vor der Thür. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Verhältnisse in Ostelbien sind der beste Kulturboden für den sozialdemokratischen Basilis. Dem Staatssekretär ist meine Mittheilung offenbar nicht richtig weitergegeben worden. Ich habe gar nicht von einem Erlass gesprochen, sondern nur gesagt, daß der Staatssekretär durch seinen preussischen Kollegen, den Minister des Innern veranlaßt worden ist, seine nachgeordneten Aemter mit der Anweisung zu versehen, die Hülle'schen Schriften zu verbreiten, und daß diese Mittheilung des preussischen Ministers des Innern auf direkten Wunsch des Kaisers erfolgt ist. Diese Darstellung hat der Staatssekretär nicht bestritten, ich darf also wohl annehmen, daß sie richtig ist. Ich habe dann weiter die Hülle'schen Schriften als einen Akt des persönlichen Regiments bezeichnet.

Präsident v. Buol: Diese Ausführungen gehören nicht hierher.

Abg. Singer: Ich bitte um Verzeihung; wir debattiren hier über das Reichs-Versicherungsamt; es handelt sich um eine Amtshandlung seines Präsidenten.

Präsident v. Buol: Ja, aber Ausführungen über die Richtigkeit dieses oder jenes Regierungssystems gehören nicht hierher.

Abg. Singer (fortfahrend): Ich halte alles aufrecht, was ich gesagt habe. Der Staatssekretär that gut daran, sich nicht von irgend einer Seite kommandiren zu lassen! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Wenn sich Herr Singer in verfassungsmäßigen Grenzen halten will, darf er nur den Reichskanzler angreifen, niemanden anders. Wenn man hier fortgesetzt alle anderen Personen angreift, so liegen darin die Keime zu schweren Konflikten. (Beifall! Na! Heiterkeit.) Herr Bebel hat mir Amtsmißbrauch vorgeworfen, weil ich die Hülle'schen Schriften empfohlen hätte. Ich habe sie nur in geeigneten Fällen empfohlen. Ich bin weit entfernt, die Verantwortung für alle Hülle'schen Schriften zu übernehmen. Es ist mir aber gesagt worden, daß einzelne Hülle'sche Schriften rein religiösen und patriotischen Inhalts sind, ohne Angriffe auf andere Parteien zu enthalten. Daß die Schriften geeignet sein sollen, Kranke anderer Gesinnung aufzuregen, halte ich für eine arge Uebertreibung. Ich glaube, niemand von den sozialdemokratischen Herren würde auf diesen Gedanken gekommen sein, wenn es sich um Verbreitung von Schriften handelte, die dem sozialdemokratischen Standpunkt nahe stehen. (Sehr richtig! rechts.)

Was die Entsendung der Kommissare zum Zentralverband deutscher Industrieller anlangt, so sind keine Regierungskommissare dort gewesen, nachdem die Novelle in der Kommission fertig gestellt war. Herr Bebel stellt es so dar, als habe sich die Regierung durch den Zentralverband beeinflussen lassen, die Novelle jetzt nicht wieder einzubringen. Die Regierung ist zu diesem Entschluß aber völlig unabhängig vom Zentralverband gekommen. Herr Bebel hat einem meiner Räte es zum Vorwurf gemacht, daß er dort gesagt hat, es sei ihm ein wahrer Genuss gewesen, der Versammlung beizuwohnen, so gut werde der Reichstag nie behandelt. Wenn ich hier an Schluß einer fünfjährigen Debatte, die sich angeschlossen an die Unrecht erfolgte Veröffentlichung eines geheimen Erlasses, von mir gesagt hätte, diese Debatte wäre mir ein wahrer Genuss gewesen, so hätte mir das Herr Bebel selber nicht geglaubt. (Große Heiterkeit.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.): Ich muß den Herren von der Sozialdemokratie meinen Dank ausdrücken für die Reklame, die sie den Hülle'schen Schriften gemacht haben! Die Hülle'schen Schriften hatten bisher nur einen Fehler, daß sie zu wenig bekannt waren; diesem Mangel ist nun auch abgeholfen worden.

Abg. Bebel (Soz.): Daß es dem Staatssekretär keinen Genuss bereitet, hier fünf Tage lang auf der Anklagebank zu sitzen, glaube ich ihm gern. (Heiterkeit.) Ich habe die Neuerung des Kommissars nur deshalb erwähnt, um das Verhältnis zwischen der Regierung und dem Zentralverband zu kennzeichnen. Meine Bemerkung über den Amtsmißbrauch des Herrn Staatssekretärs muß ich aufrecht erhalten.

Präsident v. Buol: Ich hoffe, Herr Bebel, Sie gebrauchen das Wort Amtsmißbrauch nur in objektivem Sinne. (Heiterkeit.)

Abg. Bebel (fortfahrend): Selbstverständlich. (Heiterkeit.) Die Krankenhäuser sind ein neutraler Boden und politische Agitation gehört dort nicht hin. Stellen Sie sich doch mal den Fall vor, es würden nicht sozialdemokratische Schriften, das wage ich gar nicht anzudenken, aber freisinnige Schriften den Berufsvereinigungen von einem Beamten empfohlen. Welches Geschrei würde sich auf der Rechte erheben und auch bei der Regierung. Der Beamte würde nicht 24 Stunden mehr im Amte bleiben. Ich selbst würde es in der Ordnung finden, wenn einem Parteigenossen von mir, der dort sozialdemokratische Agitation treiben wollte, dies verboten würde. Etwas anderes ist es aber, wenn er privatim den „Vorwärts“ liest. Das muß ihm ebenso gestattet sein, wie einem Christen oder Juden religiöse Schriften seiner Religionsgenossenschaft zu lesen. Mit der Verbreitung der Hülle'schen Schriften von Amts wegen wird aber Agitation getrieben und deshalb hatte ich recht, von einem Amtsmißbrauch zu sprechen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Diskussion wird geschlossen, das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel Physikalisch-technische Reichsanstalt beantragt Abg. Schmidt: Ebersfeld (fr. Sp.) folgende Resolution:

Zu Erwägung

1. daß ein auf wissenschaftlichen Methoden beruhendes Materialprüfungsverfahren zur Förderung der exakten Naturforschung beiträgt und für die technischen Wissenschaften unentbehrlich geworden ist,
2. daß die Ausbildung der wissenschaftlichen Ergebnisse des Materialprüfungsverfahrens nach der praktisch-technischen Seite hin für die gesamte Gewerbsthätigkeit, einschließlich der Forst- und Landwirthschaft, sowie für die Aufgaben des Staates auf dem Gebiete der öffentlichen Arbeiten, des Handels und der Marine sich als unentbehrlich und im höchsten Maße nützlich erwiesen hat, — den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage wegen Herstellung geeigneter Einrichtungen für das Materialprüfungsverfahren durch das Reich, eine Vorlage zu machen.

Abg. Schmidt: Ebersfeld (fr. Sp.): begründet den Antrag mit den bisher bestehenden sehr mangelhaften Einrichtungen auf diesem Gebiete. Die Physikalisch-technische Reichsanstalt könne allen Anforderungen lange nicht mehr genügen.

Staatssekretär Graf Posadowsky erkennt das sachliche Bedürfnis in dieser Frage ohne weiteres an. In der Zeit der Dampfmaschinen mit erhöhtem Druck ist die Prüfung des Materials für die Hochleistungen notwendig. Das Bedürfnis ist auch für die gemeinsame Industrie vorhanden. Ich habe mich deshalb schon mit dem preussischen Kultusminister wegen geeigneter Kräfte in Verbindung gesetzt. Ich hoffe, dem hohen Hause schon im nächsten Etat ein fertiges Projekt vorlegen zu können.

Abg. Gump (Rp.) unterläßt den Antrag Schmidt nur bedingt, die Materialprüfung sei notwendig, man brauche dazu aber keine Reichsanstalt, sondern könne es den Einzelstaaten überlassen.

Abg. Dr. Baasche (natl.) bittet um Annahme des Antrages Schmidt, ebenso

Abg. Benoit (fr. Sp.)

Das Kapitel wird bewilligt und der Antrag Schmidt angenommen.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr (1. Etat des Reichstages, 2. Rest des Etats des Innern, 3. Justizetat).

Schluß 5 1/2 Uhr.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Hamburg, 20. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Das hiesige Schöffengericht verurtheilte den Berliner Studenten der Philosophie Gruschwitz zu 100 M. Geldstrafe, weil er im „Hamburger General-Anzeiger“ behauptet hatte, daß kurzgeheuer Polizeibeamte aus einer der Spionage verdächtigen und observirten Schüler der französischen Kriegsschule St. Cyr mit Fingern gehen hätten. Der verantwortliche Redakteur Brechtens vom „General-Anzeiger“ für Hamburg-Altona erhielt 200 M. Geldstrafe. Die Verhandlung saß unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Kopenhagen, 20. Januar. (W. Z. B.) Der dänische Zoologe Edward Vog, Theilnehmer an der früheren Grönland-Expedition Nyder's beabsichtigt an der Nordpol-Expedition mit der „Fran“ unter der Leitung des Kapitäns Sverdrup theilzunehmen, welche im kommenden Sommer stattfindet.

Magenfurt, 20. Januar. (W. Z. B.) Der Landtag nahm den Antrag auf sofortige Aushebung der Sprachverordnungen an.

Paris, 20. Januar. (W. Z. B.) Wie aus Turin gemeldet wird, ist an der dortigen Nikolaiskirche ein Verstoß eingedrungen, auf welchem sich fünf Arbeiter befanden. Einer derselben blieb sofort todt, die übrigen wurden lebensgefährlich verletzt.

Paris, 20. Januar. (W. Z. B.) Die Kommission der Deputirtenkammer, welche den Antrag auf Strafverfolgung gegen Verneis und Görault-Richard wegen der Verfälle vom letzten Sonnabend zu prüfen hatte, hat sich einmüthig gegen die Verfolgung der Benannten ausgesprochen.

London, 20. Januar. (W. Z. B.) In den Gruben von Drumpellier bei Coalbridge in Schottland fand gestern Abend eine Explosion schlagender Wetter statt, bei der 4 Grubenarbeiter getödtet wurden.

Rom, 20. Januar. (W. Z. B.) Deputirtenkammer. Gegen Ende der Sitzung erklärte Costa (Socialist) gleichzeitig im Namen seiner Freunde, als der Einberufer der für morgen in Rom beabsichtigten Versammlung zu gunsten der Abschaffung der Getreidezölle, die Versammlung solle eine auf durchaus gesetzmäßigen Boden stehende sein. (Anruhe.) Er erwartete von dem Minister des Innern die Zusicherung, daß diese Versammlung stattfinden könne (Lärm), anderenfalls sei es nicht ausgeschlossen, daß andere Kundgebungen stattfinden würden. (Große Anruhe.) Der Ministerpräsident di Rudini erklärte, die Verantwortung für die Maßnahmen der Regierung treffe ihn und er nehme dieselbe voll auf sich. Die Antwort, welche Costa erwartete, möge er sich von dem Präsidenten von Rom holen, da aber Costa fast habe drohen wollen, so versichere er vor der Kammer und dem Laube, daß die Ordnung mit aller Strenge aufrecht erhalten werden würde. (Lebhafte Zustimmung.) Costa erwiderte, er habe Drohungen nicht beabsichtigt.

Abgeordnetenhaus.

10. Sitzung vom 29. Januar 1898, 11 Uhr. Am Ministerische: Freiherr von Hammerstein und Kommissarien.

Die Spezialberatung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung wird fortgesetzt.

Abg. Ehlers (fr. Vg.): Ich bitte, dem Minister sein Gehalt zu bewilligen (Beifall); will ihn aber nicht loben, da ihm das kaum angenehm sein würde. Lob von dieser Seite würde die Herzen drüben mißtrauisch machen und damit dem Herrn Minister schaden. Die übrige Rede war eine lang aufgesponnene Polemik gegen den Abg. Gamp.

Abg. Pleß (Z.): Die Regelung des Wahlrechts ist dringend nötig.

Abg. Ring (L.): Das Verhalten des Hauses gegenüber Herrn Gothein erklärt sich daraus, daß er sich öfter über landwirtschaftliche Dinge nicht völlig unterrichtet zeigt. (Sehr richtig!) Dem Minister danken wir für seine Erklärung; sie wird freudig wiederholt im Lande finden. Rechner geht dann auf die Zollverhältnisse ein, um nachzuweisen, daß wir bei künftigen Handelsverträgen sehr vorsichtig sein müssen, und daß wir uns vor Schädigungen hüten müssen, wie sie uns durch die differentielle Behandlung des Ackerbaus von Amerika zugefügt sind. Wir haben leider nicht mit Erhöhung der Fleischzölle geantwortet, wie Frankreich das gethan hat. Erwünscht wäre jedenfalls eine statistische Mittheilung über die Schladungen und Vieherkrankungen in den Quarantäne-Anstalten. Die im vorigen Jahre in Aussicht gestellten Abhilfsmaßregeln in bezug auf die Ueberwachung der Quarantäne-Anstalten sind leider nicht ausgeführt. Bei der Besondereinstellung sollte man endlich die Möglichkeit ins Auge fassen, die Spiritusbekämpfung in größerem Maße als Konkurrenz gegen die Petroleumbeleuchtung einzuführen. (Bravo!) Das ist gegenwärtig eine nationale Frage.

Minister Herr v. Hammerstein theilt mit, daß von der preussischen Regierung an den Bundesrath der Antrag gerichtet ist: 1. die auf Tuberkulin reagirenden Kinder von der Einfuhr zurückzuweisen; 2. die nicht reagirenden Kinder sofort abschlagen zu lassen; 3. auf dem Landwege nur die Einfuhr nicht mehr als vier Jahre alter Kinder zuzulassen. (Bravo!) Endlich ist Vorsorge getroffen, daß an eine Oeffnung der holländischen Grenze nicht zu denken ist. (Beifall.)

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Conrad erörtert die Zusammenfassung der Marktkommissionen für Viehmärkte, wobei die Theilnahme auch von Landwirthen in Aussicht genommen ist.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Müller legt dar, daß für die Regelung der Viehpreisnotierungen Einrichtungen in Aussicht genommen sind.

Abg. Ricker (fr. Vg.): Alles was zur Abwendung und Unterdrückung der Seuchengefahr nötig ist, findet unsere volle Billigung, nur darf darunter kein Bruch bestehender Verträge verübt werden. Mit den Erklärungen des Herrn Ministers sei nicht viel anzufangen. Wohin sollen denn die Dinge treiben? Sehen wir das abschreckende Beispiel nicht in Italien? Haben wir denn nicht in der Korrespondenz über die Wahl des Grafen Tönhoff gelost, welches die Gründe der Handelsverträge sind? Handelspolitik läßt sich nicht von der übrigen Politik trennen. (Widerspruch rechts.) Veranlassung der Minister doch eine Enquete der Landwirtschaft, bei der die Leute kontraktlich vernommen werden. Die Domänenverwaltung erlegt uns solche Enquete nicht.

Nach einer Debatte über Abordnung schildert

Abg. Szynala (Zentr.) die Arbeiternoth auf dem Lande; wenn der Minister die Benutzung fremdländischer Arbeiter erschwert, so werde er zum Lohndrücker der Landwirtschaft. Alles dränge nach der Stadt. Seit der Erhöhung der Lohnverhältnisse ist es das Ideal jeder Bauerntochter, Lehrerin zu werden (Beifall), oder doch wenigstens Briefträgerin. (Große Beifall!) Wenn das so fortgeht, werden die Bauern noch Sozialdemokraten, nicht aus Ueberzeugung, sondern aus Unlust an landwirtschaftlichen Gewerbe. Selbsthilfe und Selbsthilfe — ja, man hilft ja so lange es geht, auch dem Nachbar, aber man kann dies eben schließlich nicht auf die Dauer thun, das Heud ist mir näher als — als — nein, der Leib ist mir näher als das Heud. (Beifall.)

Abg. Sieg (nall.) preist die Befestigung des Terminhandels.

Abg. Gamp (fr.) wendet sich gegen Gothein.

Abg. Dietz (L.) tritt für strenge Grenzsperrung gegen Holland ein.

Abg. Dumann (Z.) wendet sich ebenfalls gegen Gothein's Ausführungen.

Abg. Wopelius (fr.) verliest eine Erklärung namens seiner Fraktion. Die freikonservative Partei begrüßt mit Genugthuung die Erklärung des Herrn Ministers für Landwirtschaft; sie ist der Meinung, daß die Reichsregierung durch die Einsetzung eines wirtschaftlichen Ausschusses den Willen eines Ausgleiches zwischen den Interessen der Landwirtschaft, Industrie und Handel dokumentirt hat, sie ist der Meinung, daß zu diesem Ausgleich eine bessere Berücksichtigung der Interessen der Landwirtschaft gehöre und ist der Meinung, daß dies geschehen kann, auch ohne die Interessen der Industrie zu schädigen. (Beifall.)

Abg. Gothein (fr. Vg.) bestritt dem Abg. Wopelius das Recht, im Namen der gesammten Industrie zu sprechen. Er habe auch Fühlung mit industriellen Kreisen und wisse, daß man dort vielfach anders denke. Wopelius wendet sich ausführlich gegen die wider ihn erhobenen Angriffe.

Abg. v. Pleß (L.) will den Minister für jetzt nicht zu weiteren Erklärungen drängen; seine Ausführungen waren ja hoffnungserweckend. Befürchten müssen die Landwirthe an einer Aenderung der Zollpolitik gegen Amerika und an der Aufhebung der zollfreien Transithlager.

Abg. Dr. Fredeberg (nall.) glaubt, wenn er auch nicht besonders dazu erwünscht, doch nach der Stimmung seiner Freunde erklären zu können, daß sie mit den gestrigen programmatischen Erklärungen des Ministers einverstanden sind, da die Landwirtschaft allerdings härterer Berücksichtigung bedürfe.

Fortsetzung der Beratung Montag 11 Uhr. Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Der Bundesrath hat in seiner am 26. d. M. abgehaltenen Plenarsitzung den Entwurf von Gesetzen wegen Aenderung der Konkurrenzordnung und des zugehörigen Einfuhrzollgesetzes, — dem Gesetzentwurf wegen Ergänzung der Gesetze über Postdampfschiffverbindungen mit überseeischen Ländern, — der Vorlage betr. die Ergebnisse der Volkszählung von 1895, — dem Entwurf eines Regulativs, betreffend die Organisation des Reichsraths für das Auswanderungswesen — sowie der Vorlage betreffend die Ausnahme der Anlagen zur Herstellung von Gussablagern mittels Angeschrotmühlen in das Verzeichniß der genehmigungspflichtigen gewerblichen Anlagen, die Zustimmung ertheilt. Die Berechnung der nach dem Reichshaushalts-Etat für 1898 zur Deckung der Gesamtausgabe des ordentlichen Etats aufzubringenden Kontributionsbeiträge wurde genehmigt. Die Vorlage, betreffend den Entwurf zu Bestimmungen über die Wiederholung der statistischen Aufnahme des Heilpersonals, wurde dem Ausschusse für Handel und Verkehr überwiesen. Außerdem wurde über die Resolution des Reichstages zu dem Entwurf eines Gesetzes wegen Neuregelung der Wahlen zum Landesausschusse von Elsaß-Lothringen und über verschiedene Eingaben Beschluß gefaßt.

Heute hielten die vereinigten Ausschüsse des Bundesraths für Zoll- und Steuerwesen, für Handel und Verkehr und für Justizwesen eine Sitzung.

Dem Reichstage ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderungen der Konkurrenzordnung, zugegangen.

Dem Hause der Abgeordneten ist ein Bericht über die Bauausführungen und Beschaffungen der Eisenbahn-Verwaltung während des Zeitraumes vom 1. Oktober 1896 bis dahin 1897 zugegangen.

Das Zentrum hat im Hause der Abgeordneten den Antrag auf Annahme des Entwurfs eines Gesetzes zur Aenderung einiger Bestimmungen des Kommunal-Abgabengesetzes vom 14. Juli 1898 (Gesetz-Samm. S. 152) eingebracht.

Den Beschäftigten nachweis für das Baugewerbe verlangt ein von den Konservativen und dem Zentrum unterstützter im Abgeordnetenhaus gestellter Antrag Beifall.

Wahlbewegung.

In Rienenburg wurde von unseren Parteigenossen Richard Wiehle aus Hannover, Vorsitzender des Bauerverbandes, als Reichstagskandidat aufgestellt.

Im Rieker Wahlkreis sind nunmehr die Nationalliberalen auch mit einer eigenen Kandidatur herausgerückt und haben sie sich hierzu Herrn Landesversicherungsrath Hansen erkoren. Die Freisinnigen sind untröstlich, sie gaben sich bisher immer noch der Illusion hin, daß die nationalliberalen Brüder ihrem Kandidaten, dem Prof. Hänel die Unterstützung angedeihen lassen würden. Diese Illusion ist nun zu nichts geworden und außerdem haben die Konservativen, Antisemiten und National-Sozialen eigene Kandidaten nominirt, so daß die Aussichten des Kandidaten der Freisinnigen Vereinigung immer geringer werden. Uebrigens wird der ganze bürgerliche Schwamm unserem Genossen Begien den Sieg nicht freitig machen können.

Partei-Nachrichten.

Der sozialdemokratische Verein in Kiel hat im verfloffenen Jahre die Zahl seiner Mitglieder von 411 auf 577 wachsen sehen. Die Einnahme des Vereins betrug 1578,47 M. gegen 1400,82 M. im vorhergehenden Jahre. Dem Vertrauensmann sind von der Einnahme 1150 M. zur Agitation überwiesen worden, gegen 950 M. im Jahre 1896. Obenan in der Mitgliederliste stehen die Tischler mit 103, dann folgen die Zimmerer mit 58, die Maurer mit 57 und Schneider und Schuhmacher mit 52 Mitgliedern.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Redakteur Stenzel von „Hamburger Echo“ tritt am 31. Januar aus der Habsburgerwache in Hamburg die achtmonatige Gefängnisstrafe an, die ihm wegen Verleumdung des Königs der Belgier auferlegt ist. Unter den vielen Prozessen der neueren deutschen Geschichte, die dem Volksempfinden zum Verleiten, ist der Prozess gegen Stenzel einer von denen, die das meiste Aufsehen erregt haben. Fast die gesammte Presse hat den Prozess mißbilligt. Wenn morgen unser erprobter Parteigenosse den schweren Weg zum Kerker antritt, wo er von den Seinen getrennt acht lange Monate verleben muß, so wird ihn das Bewußtsein trösten, daß er der Sympathien der gesammten Arbeiterklasse und auch jener bürgerlichen Kreise gewis ist, die sich noch einem Funken freirechtlichen Gefühls bewahrt haben.

— Das Schöffengericht in Quedlinburg verurtheilte den Parteigenossen Trantwein wegen Verleumdung der Vaupolizei zu 15 M. Geldstrafe.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Lokalorganisirte Handels-Hilfsarbeiter Verein. Dienstag, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Reutuhallen, Roudanbantenstr. 20, eine große öffentliche Versammlung statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem: Stellungnahme zum nächsten Berufskongress und zur Organisationsform. Alles Nähere siehe „Handels-Hilfsarbeiter“. Der Vertrauensmann.

Die Gewerbegerichts-Wahlen in Schöneberg haben mit einem vollen Siege der Gewerkschaften geendet. Ihre Kandidaten wurden mit 897 Stimmen gewählt.

Deutsches Reich.

Die Hamburger Parkeitsbodenleger befinden sich in Lohn-differenzen mit den Arbeitgebern. Es wird deshalb gebeten, den Zugang fernzuhalten.

Achtung, Schuhmacher! Die Sperrung über die Schuhfabrik von Hooftfeld u. Schaffhuber in Otterfen dauert unverändert fort.

Achtung, Tabakarbeiter! Bei der Firma Teschmacher u. Co. in Bremen sind Lohn-differenzen ausgebrochen.

In der Zigarrenfabrik von Wollermann u. Krause sind sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen in den Ausstand getreten.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Dortmund siegte die Liste unserer Gewerkschaften mit 104 Stimmen gegen die der Gegner.

In der Fahrradlaternen-Fabrik von Julius Arnold in Dresden sind Lohn-differenzen ausgebrochen. Es wird gebeten, den Zugang fernzuhalten.

Die Schlosser, Dreher und Aempeper der Firma Bromme und Viele in Oera haben die Arbeit eingestellt, weil ihnen fortgesetzt von dem Buchhalter der Firma eine unwürdige Behandlung zu Theil wurde. Vor kurzem hatte ein Meister der Firma aus dem gleichen Grunde gekündigt, worauf die Arbeiter, da die Entlassung des Buchhalters abgelehnt wurde, die Fabrik verließen und die Wiedereinstellung des Meisters verlangten.

Ausland.

Auf der königlichen Marinewerft in Portsmouth ist eine Bewegung gegen das dort herrschende System der Stückarbeit im Werke. Die Arbeiter behaupten, daß sie angesichts der niedrigen Stücklöhne genöthigt seien, Pfluscharbeit zu machen, um es nur zu einem leidlichen Wochenlohn zu bringen. Vorigen Sonntag abend hielten sie eine Protestversammlung ab, in der sie eine Untersuchung ihrer Beschwerden durch Unparteiische verlangten. Daraufhin hat die Admiralität die Entlassung der vier Hauptsprecher an jener Versammlung verfügt. Da alle vier Gewerkschaftler sind, darunter der Vorsitzende des Gewerkschaftsraths von Portsmouth, ist nicht zu erwarten, daß sich die Arbeiterwelt bei dieser summarischen Entlassung beruhigen wird, selbst wenn sich herausstellen sollte, daß die von ihnen erhobenen Beschwerden nicht durchgängig gerechtfertigt waren.

Der

Schuhmacher-Ausstand vor dem Einigungsamt.

Die Verhandlungen begannen am Sonnabend, vormittags 10 Uhr unter Vorsitz des Assessors v. Schulz. Nachdem sich beide Parteien über die bekannte Ursache des Ausstandes ausgelassen hatten, veränderte Weber als Vertreter der Arbeiter die Forderung derselben zu § 1 der Fabrikordnung. Er beanstandet hauptsächlich den Passus, welcher die Einstellung eines Arbeiters von der Weibringung eines Arbeitsnachweises abhängig macht. In der Fassung, welche in den Verhandlungen der Fabrikanten mit einer Kommission der Arbeiter festgestellt worden ist, habe statt des Wortes „Arbeitsnachweisein“ das Wort „Entlassungsschein“ gestanden. Als dann die Fabrikordnung ausgehängt wurde, sei sowohl diese, wie auch einige andere Aenderungen darin enthalten gewesen. Wenn der Verband der Fabrikanten auf der Weibringung des Arbeitsnachweises bestände, dann müßten die Arbeiter auf der Forderung bestehen, daß ihnen bezüglich der Kontrolle und

Leitung des Arbeitsnachweises ein Mitbestimmungsrecht zugesprochen werde. Das sei insofern eine gerechtfertigte Forderung, als der Arbeitsnachweis des Verbandes der Fabrikanten sich weniger mit Arbeitsvermittlung als mit der Maßregelung mißliebiger Arbeiter beschäftige. Die Arbeiter suchen sich meist selber durch Anfrage in den Fabriken Beschäftigung; nachdem sie solche gefunden, müßten sie, um eingestellt zu werden, den Schein vom Arbeitsnachweis holen. Dieser Schein werde aber jedem verweigert, der nach Angabe irgend eines Fabrikanten als mißliebiger bezeichnet werde. Der Arbeiter sei also auf solche Weise aus den Verbandsfabriken dauernd ausgeschlossen, ohne daß ihm die Möglichkeit gegeben sei, sich gegenüber unbegründeten Maßregelungen zu rechtfertigen. Aus diesen Gründen müßten die Arbeiter einen Antheil an der Leitung des Arbeitsnachweises fordern. Schliweg als Vertreter der Fabrikanten bemerkt dazu, es würde ihm leicht sein, die Behauptungen Weber's bezüglich des Arbeitsnachweises zu widerlegen, er wolle aber auf diesen Punkt nicht eingehen, da er kein Mandat habe, über den Arbeitsnachweis hier zu verhandeln. Die Arbeitsordnung sei nur erlassen worden, um einheitliche Bedingungen für alle Verbandsfabriken herzustellen. Als Angriff gegen die Arbeiter oder deren Organisation solle die Arbeitsordnung nicht benutzt werden. Wenn hier über die Einrichtung des Arbeitsnachweises verhandelt werden solle, dann würden sich die Vertreter der Fabrikanten entfernen. Sie beständen auch unbedingt darauf, daß die Annahme der Arbeiter nur durch den Arbeitsnachweis zu erfolgen habe, und würden diese Maßregeln durchführen, ganz gleichgiltig, ob es in der Fabrikordnung steht oder nicht.

Ein Arbeitervertreter legt ein Schreiben vor, in dem der Arbeiterausschuß einer Fabrik bekundet, daß ein Arbeiter, nachdem er sechs Wochen zur Zufriedenheit des betreffenden Fabrikanten beschäftigt war, auf Verlangen des Vorstandes vom Verband der Schuh- und Schäftefabrikanten entlassen wurde, weil er ohne Inanspruchnahme des Arbeitsnachweises eingestellt worden war. Nach längerem Für und Wider hinsichtlich des Arbeitsnachweises fragt Weisiger Weigert: Herr Weber, Sie hören also, daß ohne Vermittlung des Arbeitsnachweises niemand eingestellt wird. Da hat es doch für Sie keine praktische Bedeutung, ob das Wort „Arbeitsnachweisein“ in der Fabrikordnung steht oder nicht. Weisiger Timm: Ich richte dagegen an Herrn Schliweg die Frage: Wenn Sie einen dauernden Frieden wollen, wäre es dann nicht besser, Sie würden die Befassung Ihres Arbeitsnachweises so ändern, daß auch die Arbeiter damit zufrieden sein können? Schliweg: Dazu haben wir keinen Auftrag. Timm: Das Einigungsamt betrachtet es nicht nur als seine Aufgabe, die Thatsachen festzustellen, sondern einen dauernden Frieden zwischen den Parteien herzustellen. Zu diesem Zweck scheint es doch notwendig, daß die Herren Fabrikanten Zugeständnisse betreffs des Arbeitsnachweises machen. Schliweg: Wenn ich persönlich auch dazu bereit wäre, so kann ich doch ohne Zustimmung meiner Auftraggeber keine Erklärung nach dieser Richtung abgeben. Arbeiter-Vertreter Weber: Da die Einstellung von der Weibringung des Arbeitsnachweises abhängig gemacht wird, können wir von Zugeständnissen hinsichtlich des Arbeitsnachweises nicht absehen. Vorl. v. Schulz erklärt, daß in den von den Arbeitern zu den Alten gegebenen Forderungen von einem Verlangen nach Beibringung derselben am Arbeitsnachweis keine Rede sei. Es genüge wohl, wenn seitens der Fabrikanten die Erklärung abgegeben werde, daß sie bereit sind, über diesen Punkt später mit den Arbeitern in Unterhandlung zu treten. Schliweg erklärt sich damit einverstanden. Zum § 2 der Fabrikordnung, der Beginn und Ende der Arbeitszeit festsetzt, wünschten die Arbeiter, daß die Dauer der Arbeitszeit als eine neunstündige bezeichnet werden soll. Fabrikanten-Vertreter Schliweg bemerkt dazu: Der Verband habe zwar die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit in allen Verbandsfabriken beschlossen, es gäbe aber noch einzelne Mitglieder, in deren Fabriken eine längere Arbeitszeit herrsche; diesen solle durch die Fabrikordnung keine Beschränkung auferlegt werden. Sache der Arbeiter sei es, die Durchführung der neunstündigen Arbeitszeit zu fordern. Wenn es aus diesem Anlaß zu einem Streit käme, dann würde der betreffende Fabrikant vom Verbandsverband nicht unterstützt. Fabrikantenvertreter Fritze h e i m ist der Meinung, daß der Neunstundentag nur die Minimalgrenze sei, worüber hinauszugehen jeder Fabrikant das Recht habe. Schliweg befähigt dagegen seine vorige Auslassung über diesen Punkt. An die folgenden Punkte der Fabrikordnung knüpfen sich keine längeren Erörterungen. Zu einer eingehenden Ansprache kommt es dagegen bei dem Passus, daß innerhalb der Fabrik jede Ansammlung, sowie die Vornahme von Sammlungen verboten ist. Die Arbeiter wollen dieses Verbot nur auf die wirkliche Arbeitszeit beschränkt wissen, und das Recht haben, während der Pausen zu eventuellen Besprechungen von Beschwerden und dergleichen sich zusammenzufinden, auch während dieser Zeit Beiträge zu gewerkschaftlichen Zwecken zu sammeln. Sie sehen in diesem Verbot eine Beschränkung ihrer Vereinigungsfreiheit. Die Fabrikanten erklären dagegen, daß sie keineswegs mit dieser Bestimmung einen Schlag gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter zu führen beabsichtigen. Dieses erkennen sie vielmehr ausdrücklich an. Auf der fraglichen Bestimmung müßten sie aber im Interesse der Wahrung ihres Hausrechts unbedingt bestehen. Nach einer weiteren Ansprache über die sonstigen von den Arbeitern beanstandeten Punkte tritt um 1 Uhr eine einstündige Pause ein.

Nach mehrstündigen Beratungen legt das Einigungsamt den Parteien folgende Vergleichsvorschläge vor:

Nachdem die Bevollmächtigten der Arbeitgeber es abgelehnt haben, heute bereits über den Arbeitsnachweis zu verhandeln, erklärt das Einigungsamt es für wünschenswerth, daß die Parteien in Wälde über die streitigen Punkte des Arbeitsnachweises in Verhandlung treten. Unter dieser Voransetzung schließen die Parteien folgenden Vergleich: 1. Die Arbeitnehmer sind damit einverstanden, daß beim Antritt der Arbeitsnachweisein deponirt wird. 2. Nachdem die Arbeitgeber erklärt haben, daß die neunstündige Arbeitszeit in den meisten Werksbetrieben besteht, und der Verband für allgemeine Einführung derselben ist, sind die Arbeiter mit dem die Arbeitszeit regelnden Passus der Fabrikordnung einverstanden.

Die Vorschläge bezüglich der übrigen Punkte sind von geringerer Bedeutung. Dann folgt der Schlusssatz, welcher bestimmt, daß Maßregelungen aus Anlaß des Streiks nicht stattfinden dürfen.

Arbeiter-Vertreter Weber bedauert, daß insofern eines Versehens die Forderung bezüglich des Arbeitsnachweises von den Arbeitern nicht ausdrücklich aufgestellt ist. Er beantragt daher Verhandlung und eine neue Sitzung, in welcher der Arbeitsnachweis zum Gegenstand der Verhandlung gemacht werden soll. Der Vorsitzende von Schulz bedeutet ihm jedoch, daß in dieser Sache keine Vertagung eintreten könne, es handle sich jetzt nur um die Fabrikordnung, und wenn bezüglich des Arbeitsnachweises eine Einigung zwischen den Parteien nicht erzielt werde, könne das Einigungsamt wegen dieses Punktes aufs neue angerufen werden. Fabrikanten-Vertreter Schliweg bemerkt, ihm seien keine streitigen Punkte des Arbeitsnachweises bekannt, der Streik sei nur wegen der Fabrikordnung ausgebrochen. Weisiger Weigert bedeutet ihm, daß in dieser Verhandlung allerdings ein streitiger Punkt aufgetaucht sei, nämlich der Arbeitsnachweisein-Schein, mit dessen Weibringung unter den jetzigen Verhältnissen des Arbeitsnachweises die Arbeiter nicht einverstanden sind. Weisiger Timm ersucht die Vertreter der Fabrikanten, der Abmachung gemäß in Wälde eine Verständigung wegen des Arbeitsnachweises mit den Arbeitern anzubahnen. Die Vertreter der Parteien erklären sich, vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Mandatgeber, mit den Vergleichsvorschlägen einverstanden. Sollten dieselben nicht angenommen werden, dann fällt das Einigungsamt am Dienstag, vormittags 10 Uhr, einen Schiedsspruch.

Kommunales.

In Fortsetzung der Verrechnungen des Stadt-Haushalts-Etats für das Verwaltungsjahr 1898/99 hat das Magistrats-Kollegium mehrere Einzellets in Verrechnung gezogen und erledigt. Der Etat der Taubstummenschule erfordert einen Zuschuß von 56 150 M., da nur eine Einnahme von 813 M. verzeichnet ist, während die Ausgaben die Summe von 56 493 M. betragen. — Die Blinden-Anstalt in Verbindung mit dem Betriebe der Beschäftigungs-Anstalt ist in Einnahme auf 70 288 M. und in Ausgabe auf 102 413 M. festgestellt und erfordert demnach einen Zuschuß von 32 125 M. — Der Etat der Realschulen schließt ab in Einnahme mit 415 812 M., in Ausgabe mit 1 019 540 M., so daß ein Zuschuß von 604 228 M. erforderlich ist. — Der Etat der Gymnasien, der Realgymnasien und Ober-Realschulen ist mit einer Mehrausgabe von 1 684 819 M. eingeseht, denn die Einnahmen sind auf 1 413 050 M. festgestellt, während die Ausgaben die Summe von 3 097 869 M. ergeben. — Bei dem Etat der höheren Mädchenschulen beträgt die Einnahme 520 700 M., die Ausgabe 682 959 M., der Zuschuß 162 259 M. — Die Gemeindefschulen erfordern einen Zuschuß von 12 862 410 M., denn der Etat derselben erweist eine Einnahme von 96 200 M. auf, erfordert aber eine Ausgabe von 12 458 610 M. — Die städtische Straßenbeleuchtung erfordert im ganzen 408 608 M. In diesen Summen sind enthalten 100 000 M. zur Aufstellung von Laternen, 152 967 zur elektrischen Beleuchtung und ev. 70 000 M. für Petroleumbeleuchtung. — Der Etat der Straßenreinigung und Beseitigung ist in Einnahme auf 187 920 M. und in Ausgabe mit 2 589 218 M. eingestellt und erfordert somit einen Zuschuß von 2 401 298 M. Der Etat der Park- und Gartenverwaltung schließt ab in Einnahme mit 15 295 M., in Ausgabe mit 762 035 M., der Zuschuß beträgt mithin 746 740 M.

Tokales.

An die Vorstände der Gewerkschaften, Wahlvereine etc. richten wir die Bitte, auf

Donnerstag, den 10. Februar,

keine Versammlungen einberufen zu wollen, weil an diesem Tage seitens der Vertrauenspersonen in den sechs Berliner Wahlkreisen Versammlungen zur Aufstellung der sozialdemokratischen Reichstags-Kandidaten anberaumt werden.

Die Parteigenossen des zweiten Wahlkreises werden auf die am Dienstag, den 1. Februar bei Widels, Fasanstraße 52/53, stattfindende Versammlung des Wahlvereins aufmerksam gemacht, in der Reichstags-Abgeordneter Genosse Max Schippel über den Posadowsky'schen Erlass referieren wird.

Parteilosen! Immer näher rücken die Reichstagswahlen heran, daher ergeht der Ruf an alle, die für eine gedeihliche und freiheitliche Entwicklung der Arbeiterklasse Herz und Sinn haben, sich der politischen Organisation anzuschließen, angesichts der Wahlen ist dieses mehr als je dringlich. Zwar hat, nachdem durch den letzten Räder-Komp die Organisation der Partei aufgehoben wurde, dank dieser Maßregel, der neugegründete Wahlverein an Mitgliederzahl den früheren überholt; ihre Bedeutung schrumpft jedoch zusammen gegenüber der Tatsache, daß über zwanzigtausend sozialdemokratische Wähler in diesem Wahlkreise wohnen. Diese haben sämtlich die Pflicht, ihrer politischen Organisation beizutreten und durch fleißigen Versammlungsbesuch, wie durch konstante Erfüllung ihrer agitatorischen Obliegenheiten unsere Partei ihrem Ziele näher zu führen. Parteigenossen des Wahlkreises, schließt Euch Eurem Wahlverein an; nur in der Organisation liegt eine feste Stütze zum Angriff, wie zur Verteidigung! Werbt für den Verein und agitiert nach Kräften, daß er die Mitgliederzahl erreiche, die ihm gemäß der Bedeutung der Sozialdemokratie im 2. Wahlkreise gebührt. Die Zahlstellen des Vereins sind Carl Schenck, Gräselstr. 8, Paul Müller, Gräselstr. 31, Ferdinand Ewald, Schönleinstr. 6, Julius Naumann, Wäldchstr. 42, C. Lindemann, Moritzstr. 9, Haus Saff, Markgrafstr. 102, Fritz Zubeil, Lindenstr. 106, Karl Lüdke, Fossenerstr. 10, Franz Röhling, Welle-Milaniest. 74, Hermann Werner, Wilmstr. 59, Otto Antrid, Steinmetzstr. 60, Albert Haller, Paßstr. 16, Heinrich Schröder, Kreuzbergstr. 15. Ferner werden diejenigen Genossen, welche ihre Wohnung gewechselt oder dieselbe am 1. April verändern, gebeten, ihre neue Adresse anzugeben. Der Vorstand.

Achtung, Mitglieder der Freien Volksbühne! Montag den 31. Januar, abends 8 Uhr, findet für die Mitglieder der Freien Volksbühne ein Vortrags-Abend in Keller's großen Festsaal, Koppenstr. 29, statt. Herr Dr. Wilhelm Meyer, früher an der Urania, hält einen Projektions-Vortrag mit etwa 160 Bildern: „Die Reise nach Spitzbergen“. Entree 20 Pf. Einlaßkarten sind zu haben in den Zahlstellen: S. Gottfr. Schulz; O. Adolph Hoffmann, Blumenstr. 14; N. Wenzel, Zigarrenhandlung, Veteranienstr. 13; und W. Fr. Zubeil, Lindenstr. 106; in der nächsten Vorstellung am 30. im Leistungstheater bei den Ordnen, beim Kasirer, auch am Eingang des Saales. Die Besucher des Vortrages werden gebeten, sich nur in den Zwischenpausen mit Getränken zu versehen, um jede Störung zu vermeiden.

Die erste Vorstellung für die V. Abteilung, findet im Lessing-Theater statt. Zur Aufführung gelangt „Bartel Turaxer“.

III. Abteilung heute Nachmittag 2 1/2 Uhr dieselbe Vorstellung. Nachzügler anderer Abteilungen erhalten nur einen Sitzplatz.

In Februar gelangt zur Aufführung im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater: „Die lustigen Weiber von Windsor“, Lustspiel in fünf Akten von W. Shakespeare.

Der Vorstand. J. A. G. Winkler.

Die städtischen Markthallen haben im Betriebsjahre 1898/97, wie schon kurz erwähnt, ein günstiges finanzielles Ergebnis als 1895/96 gehabt. 1896/97 betragen die Einnahmen 2 636 774,43 M., die Ausgaben 2 486 644,67 M. (einschließlich Verzinsung, Amortisation und Abschreibungen), so daß ein Ueberschuß von 150 129,76 M. blieb. 1895/96 hatten die Einnahmen 2 666 283,18 M. (einschließlich 60 000 M., die aus 1894/95 übernommen waren), die Ausgaben 2 580 567,89 M. (einschließlich Verzinsung u. s. w.) betragen, so daß ein Ueberschuß von nur 85 715,29 M. geblieben war. Die Standgelder — der Haupt-Einnahmequellen, der seit einer Reihe von Jahren immer geringer geworden war — sind diesmal gestiegen. Sie betragen 1896/97 1 966 612,71 M., 1895/96 1 952 775,76 M., waren also 1896/97 um 13 836,95 M. höher. Das Plus ist besonders aus den beiden Zentral-Hallen eingekommen, infolge weiteren Anwachsens des Großmarktes, — zum Theil auch aus der Halle Lindenstraße, wo der Blumenmarkt sich stärker entwickelt hat, und aus den Hallen Eisenbahnstraße und Marheinekeplatz, in deren Umgebung die Bebauung fortgeschritten ist, also die Bevölkerung zugenommen hat. Dieses Plus wäre noch erheblich größer gewesen, — in den genannten fünf Hallen kamen an Standgeldern zusammen 44 088,59 M. mehr als im Vorjahre ein, — wenn nicht auf der anderen Seite die übrigen 10 Hallen einen weiteren Geschäftsrückgang und daher weitere Ausfälle an Standgeldern, von zusammen 30 189,64 M., gehabt hätten. Für sämmtliche Detail-Hallen waren die ersten Betriebsjahre die günstigsten. Der Rückgang war im allgemeinen am stärksten in den Hallen der äußeren Stadttheile, am allerstärksten bekanntlich in der Halle Grünhalders- und Wabstraße, die nächstens völlig geschlossen werden soll. Der neueste Bericht des Markthallen-Direktors führt den in den meisten Hallen immer noch fortwährenden Geschäftsrückgang wiederum darauf zurück, daß der Straßenhandel in der Nähe der Hallen eine so große Ausdehnung erlangt habe. Besonders

in der Krautstraße, dem Grünen Weg, der Invalidenstraße, der Kiderstraße, der Reinickendorferstraße hätten sich vollständige, von zahlreichen Händlern besuchte Straßenmärkte gebildet. Den größten Schaden von dieser Konkurrenz hätten die Verkäufer der Hallen Andreaskirche, Invalidenstraße und Wabding, in denen deshalb viele Stände verlassen worden seien. Der Bericht erwähnt auch die angeleglichen Befürchtungen der Bevölkerung durch diese offenen Märkte und die von bürgerlichen Vereinen an Magistrat und Polizei gerichteten Petitionen um Abhilfe. Von der Polizeiverordnung gegen den Straßenhandel — die demnach in Kraft treten soll — sei zu hoffen, daß sie den unhygienischen Zuständen ein Ende mache. Daß auch das Ueberhandnehmen des Straßenhandels wieder seine Gründe hat, — und zwar Gründe, die in gewissen Mängeln der Markthallen wurzeln, — das wird in dem Bericht mit Stillschweigen übergangen. Die Straßenhändler könnten den Standhabern und Ladenbesitzern nicht eine so bedeutende Konkurrenz machen, wie sie namentlich in der fortschreitenden Entvölkerung der Hallen ihren Ausdruck findet, wenn sie dem tausenden Publikum nicht Vortheile böten, die die festhaften Händler nicht bieten wollen oder nicht bieten können. Es ist zweifellos, daß nicht bloß die hohe Ladenmiete, sondern auch die Höhe des Markthallen-Standgeldes so viele Händler auf die Straße treibt. Ein früherer Bericht der Markthallen-Direktion weist selber darauf hin, daß viele Kleinhändler die Hallen verlassen haben und nun in der Nähe der Hallen Straßenhandel treiben. Gerade die kleinen Händler sind in den Hallen am übelsten daran. Das hohe Standgeld gestattet ihnen nicht, so billig zu verkaufen, wie es ihre Kundenschaft verlangt und leider auch verlangen muß. Die Waaren der Straßenhändler sind im großen und ganzen nicht schlechter als die in den Hallen feilgebotenen, aber sie sind in der Regel etwas billiger — was natürlich bei der geringen Kaufkraft der in betracht kommenden Bevölkerung selbst dann sofort den Ausschlag zu gunsten der Straßenhändler geben muß, wenn die Waare wirklich einmal minderwerthig sein sollte.

Das böse Gewissen. Von magistratsoffiziöser Seite gehen der bürgerlichen Presse allerhand Entschuldigungsnotizen zu, durch welche dem freihetlich angehauchten Philister begreiflich gemacht werden soll, daß der Magistrat das Denkmäl für die Märzgefallenen ablehnen mußte. So wurde nämlich die Mär vertrieben, daß auf dem Friedhofe im Friedrichshain nur vaterlandloses Geklingel begrabt sei, denn die meisten Berliner hätten schon in den fünfziger Jahren ihre im Kampfe gefallenen Angehörigen ausgegraben und auf anderen Friedhöfen beisetzen lassen. Gestern ist der Presse weiter mitgeteilt worden, daß der Magistrat sich verpflichtet gefühlt habe, den Frieden in allen Kreisen der Bevölkerung zu wahren, und daher hätte das Denkmäl abgelehnt werden müssen. Merkwürdig ist, daß der Magistrat nie an den Frieden in der Bevölkerung denkt, wenn ihm zugemuthet wird, gegen den Willen der Mehrheit für patriotische Anschuldigungen Hunderttausende dem Stadtfaßel zu entnehmen. Auch hat der Magistrat sich nicht um den Anwillen der Bevölkerung gekümmert, als er der Stadtverordneten-Versammlung mit dem wunderlichen Antrage kam, für die Kirche mit der weggewiesenen Kameels-inschrift 300 000 M. Steuerzuschüsse hinzugeben. Warum müht man sich noch, den bösen Eindruck, den der ablehnende Beschluß des Magistrats in der großen Mehrheit der Einwohnerschaft hervorgerufen hat, durch allerhand unzutreffende und das Andenken der Todten beleidigende Entschuldigungsgründe zu verwischen? Sei man nunmehr doch consequent und kenne sich, daß einzig die Wahrheit in der eigenen Gesinnung und die Furcht, bei den Regierenden anzustoßen, zu dem läßlichen Beschluß geführt hat.

Den geringsten Milchverbrauch von allen deutschen Städten weist Berlin auf. Nach einer auf Veranlassung des deutschen Landwirtschaftsverbandes in 300 größeren Orten veranstalteten Umfrage kommen hier bei rund 1 770 000 Einwohnern monatlich auf den Kopf der Bevölkerung nur 6,8 Liter Milch. Sodann folgt unmittelbar Frankfurt a. M. (228 000 E.) mit 7,0 Liter, Hamburg (625 000 E.) mit 7,5 Liter, Köln (320 000 E.) mit 7,6 Liter, Nürnberg (182 000 E.) mit 9,2 Liter, Ludwigshafen (39 000 E.) 10,0 Liter, Stuttgart (158 000 E.) 10,1 Liter, Straßburg (130 000 E.) 10,8 Liter, Mainz (77 000 E.) 11,5 Liter und Göttingen (25 000 E.) mit 14,5 Liter. Am größten dürfte der Milchkonsum in Eisen sein mit 26,2 Liter. Dort werden auf städtischen Weiden 2000 Kühe unterhalten.

Für die Ausgabe von Monatskarten in Berliner Stadt- und Ringbahn- sowie in Berliner Vorortverkehr tritt, wie die königliche Eisenbahndirektion bekannt macht, mit dem 1. Februar d. J. die Bestimmung in Kraft, daß von der üblichen Beschneidung der Ortspolizeibehörde oder des Gemeindevorstandes darüber, daß die Personen, für die Monatskarten beantragt werden, zu dem betreffenden Hausstande gehören, abgesehen werden kann, wenn die Familienverhältnisse des Inhabers der Stammliste dem Stationsvorstande oder dem Schalterbeamten genau bekannt sind.

In der aufsehenerregenden Schutzmantelfälschung, die sich am Abend des 28. Dezember in der Dreiecksstraße abgespielt hat, erfahren wir, daß der mit dem Säbel bearbeitete Hausdieselmann Zimmer erst am Freitag, also gerade nach Verlauf eines Monats aus dem Krankenhaus am Urban entlassen worden ist. Im Polizeibericht war die Säbelfälschung seiner Zeit fälschlich insofern als harmlos hingestellt worden, als berichtet wurde, daß Zimmer nur eine leichte Verletzung erhalten habe und bereits am Tage nach seiner Entlassung wieder aus dem Krankenhaus entlassen worden sei. Zimmer ist heute noch arbeitsunfähig. Die 10 Centimeter lange Wunde an der Stirn ist noch nicht angeheilt; der Verletzte fühlt sich von häufigen Schmerzen im Kopfe geplagt; auch kann er den linken Arm, der gleichfalls von Schutzmantelfälschung verletzt wurde, noch nicht wieder gebrauchen. Ueber den gerichtlichen Verlauf der Angelegenheit ist noch nichts Näheres bekannt geworden.

Die Kaskadette in der Markgrafenstr. 19, vor der am Freitag Morgen eine blutige Schlägerei sich abspielte, ist gestern Morgen durch den Gerichtsvollzieher angedrängt worden.

Zur Warnung für Radfahrer. Mit seinem Rinde verunglückt ist der Buchhalter Oskar Weintraub aus der Schillingstraße, welcher in einer hiesigen Schussfabrik angestellt war. Er benutzte die unfreiwillige Hilfe, zu der ihn der Zustand der Schutzwärmer verurtheilte, zu einer Radtour nach Wilhelmshagen und war leichtsinnig genug, sein einziges Kind, einen siebenjährigen Knaben, mit auf das Rad zu nehmen. Anstands ging die Fahrt gut von statten, doch etwa eine halbe Stunde hinter dem Steuerhause auf der Landstraße Chaussee glitt der Radfahrer aus und stürzte mit seinem Kinde so unglücklich, daß Beide mehrfache Arm- bezw. Schenkelbrüche erlitten. Oskar's blieben Vater und Sohn auf der Landstraße liegen, bis ein vorüberfahrender Arbeitswagen die Verunglückten aufnahm und nach Berlin zurückbrachte.

Sechs Fahrräder sind vor einigen Tagen dem Auktionator Hilbricht in der Holzmarktstr. 66 durch Einbrecher gestohlen worden. Der Polizei gelang es, das gestohlene Gut nach zwölf Stunden herbeizufahren; die Diebe hatten die Fahrräder nämlich bei einer ihnen bekannten Wittwe W. am Elisabeth-Platz untergebracht. In der Befragung, daß sie Diebstahlgeherbergerin könne, hatte die Frau der Polizei den Fall selber angezeigt. Obgleich Frau W. ebenfalls die Namen der mutmaßlichen Diebe, unter denen ein Arbeiter Rudolf Kaiser, genannt Franke, befindlich sein soll, der Verdächtige genannt hatte, ist es der Polizei bisher nicht gelungen, der Einbrecher habhaft zu werden. Dieser Mißerfolg soll folgendem Umstande zugeschrieben sein. Die Wittwe W. hatte der Polizei angezeigt, daß der eine Dieb mittags 1 Uhr wiederkomme und die Fahrräder abholen wolle. Auf der Wache gab man der Frau den Rath, den Mann nicht in die Wohnung zu lassen, der Beamte wolle ihn vielmehr auf der Treppe abfangen. Der nach der Wohnung gesandte Schutzmann erschien auch zur rechten Zeit, desgleichen der Dieb; letzterer merkte jedoch Bunte und entwichte in aller Eile, nachdem der Beamte ihn bereits nach dem Zweck seines Kommens gefragt hatte.

Unglücksfälle im Straßenverkehr. In der Schlesischen Straße wurde gestern Nachmittag der 20-jährige Schlosser Eugen Wiesner durch einen Wagen der elektrischen Straßenbahn ungerissen und gerieth zwischen den Schienenreiner und das Vorderrad. Er erlitt dabei eine erhebliche Quetschung am Kopfe und einen Armbruch und konnte nur dadurch aus seiner gefährlichen Lage befreit werden, daß der Wagen aus den Schienen gehoben wurde. Der Verletzte wurde nach Uebergabe eines Verbandes in das Krankenhaus am Urban übergeführt. Den Wagenfahrer trifft keine Schuld. — Der dreijährige Sohn des Schuhmachers Karl Böhrer lief vor dem Hause Dragonerstr. 30 gegen einen Geschäftswagen und gerieth unter die Räder, die ihn über den Unterleib hinwegzogen. Der anscheinend innerlich verletzte Knabe wurde in die Wohnung seiner Eltern gebracht. — In der Stralauerstraße stieß ein Postspackwagen mit einem Kohlenwagen zusammen, wobei ersterer umschlug und der Postillon vom Post gescheitert wurde. Er kam ohne jede Verletzung davon.

Feuerbericht. Freitag Abend 6 Uhr brannte Mantelstraße 5 die Strohpäckung des Gasmessers. Gegen 9 1/2 Uhr mußte Krausenstr. 3 ein Posten in Brand gerathener Holzwohle abgelöscht werden. Sonnabend Nachmittag 3 Uhr hatte Alexanderstraße 27 die Balkenlage Feuer gefangen, das aber durch die Wehr schnell beseitigt wurde. Kurz vorher war Königstr. 29 eine Partie Wäsche und Gerümpel in Brand gerathen, doch war der angerichtete Schaden nicht erheblich.

Die Berliner Vegetarier-Vereinigung beabsichtigt am Freitag, den 4. Februar, im Saale des Handwerkerhauses in der Sophienstraße einen Maskenball abzuhalten und sucht hierzu auch in Arbeiterkreisen Willens abzusehen. Das Lokal steht den Arbeitern zu Verfügung, nicht zur Verfügung. — Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß alle die Lokalliste betreffenden Angelegenheiten an Oskar Mahle, Berlin S. Prinzenstr. 8, zu richten sind und nicht direkt an die Redaktion des „Vorwärts“.

Die „Neue freie Volksbühne“ veranstaltet heute Sonntag, den 30. Januar, abends 7 Uhr, in Cohn's Festsaal, Beuthstr. 19/20, einen Modernen Lieder- und Dichter-Abend. Zum Vortrag gelangen Dichtungen der Berliner Dichter: Clara Biebig, Bruno Wille und Ludwig Jacobowski und zweier österreichischer Dichterinnen: Angelika v. Hörmann und Maria Stona — die von Claudius Merlen, Fel. Christl v. Pommer und José Sepanto vorgetragen werden. Von modernen Komponisten kommen Hans Pfitzner, Hans Hermann und Henning v. Cohn zu Wort, deren Lieder von Frau Lieban-Globig, Frau Else Roeth-Schoch und Herrn W. Heinemann gesungen werden. Die Herren Pfitzner und Hermann begleiten ihre Lieder selbst. — Der Eintrittspreis ist auf nur 40 Pf. festgesetzt; Karten sind in allen Zahlstellen des Vereins und auch an der Abendkasse zu haben.

Auktions-Schaubühne. Potsdamerstr. 120, im Saale der königlichen Hochschule für Musik. Herr Dr. Alfred Köppen wird heute Abend 8 Uhr den Vortrag „Eine Wanderung durch Pompeji“ wiederholen. Ein Spätergang durch seine Plätze und Straßen, in seine Häuser und öffentlichen Gebäude, wird in populärer Form die Kultur einer längst verlaufenen Zeit in Wort und Bild veranschaulichen.

Aus den Nachbarorten.

Den Parteigenossen und Genossinnen von Friedrichsberg zur Nachricht, daß Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Müller, Frankfurter Chaussee 86, eine öffentliche Volksversammlung für Männer und Frauen mit einem Vortrage des Reichstags-Abgeordneten Peus stattfindet. Das übrige wird am Mittwoch durch Inferrat bekannt gegeben. Um recht rege Theilnahme ersucht Die Vertrauensperson.

Bauhof. Heute, Sonntag, nachmittags 3 Uhr, findet bei Krüger, Kaiser Friedrichstr. 12, eine Volksversammlung statt, in der Genosse Pfannkuch über „Weltpolitik, ihre Kollisionspunkte und ihre Kostenträger“ sprechen wird. Dann folgt Diskussion und Bericht der Gemeindevertretung, sowie Aufstellung der Kandidaten. Nach der Versammlung gemüthliches Beisammensein mit Tanz.

135 Schönberger Gemeindebeamten, d. h. also die Hälfte des ganzen Personals, haben von dem Gemeindevorsteher Schmoel die — Kündigung erhalten. Und zwar sind damit nicht nur der größte Theil der Amts- und Gemeinbedienten, alle Nachtwächter und Schuldiener sowie eine große Anzahl von Buraubeamten, sondern auch die — gesammelte Mannschaft der Feuerwehr bedacht worden. Die rigorose Maßnahme, die durch nichts weiter begründet wird, als daß die Landgemeinde Schönberg am 1. April eine Stadtgemeinde wird, hat natürlich in der Schönberger Beamtenenschaft hochgradige Erregung hervorgerufen, und wird auch von der Bürgerchaft des Ortes, namentlich aber den Stadtverordneten aufs schärfste gemißbilligt. Denn die Beamten, von denen der größte Theil Familie besitzt, sind durch die ihnen völlig unerwartet gekommene Kündigung in die schlimmste Lage versetzt, weil sie nicht wissen, ob sie durch den zu wählenden Magistrat wieder zur Anstellung kommen, und da sie, falls dies nicht geschieht, ohne richtigen Grund stellenlos werden. Die Beamten wolle sich daher beschwerdeführend an den Landrath Stabenrauch wenden.

In der am 31. Dezember 1897 an der Aufschlags-Lehrschmiede zu Charlottenburg stattgehabten Prüfung haben elf Personen die Berechtigung zum Betriebe des Aufschlagswerkes erhalten. Der nächste Kursus an der Lehranstalt beginnt Montag, den 28. Februar. Meldungen zur Teilnahme sind an den Vorsteher, Oberforstwart a. D. Herrn Brandt zu Charlottenburg, Spreestraße 42, zu richten.

Ein schwerer Bannfall hat sich in dem Friedener Ortsteil von Schönberg zugetragen. Dort waren auf einem Ackerbau in der Fregelstraße zwei Monteurs damit beschäftigt, von einem Hängegerüst aus die Eisenbahnschienen für einen in Romerthou anzufrühenden Balken in die Handarbeit einzulassen, als plötzlich das Gerüst den Halt verlor und mit den beiden Arbeitern in die Tiefe stürzte. Hierbei wurde der eine Arbeiter, der seinen Wohnsitz in Steglitz hat, lebensgefährlich verletzt, so daß er auf Anordnung des zur Hilfe herbeigezogenen Arztes Dr. Samter mittels Gemeinde-Krankenwagens nach dem Elisabeth-Krankenhaus geschafft werden mußte, wo an seinem Auskommen zweifelt wird. Der zweite Arbeiter, ein Berliner, ist weniger schwer verletzt, liegt aber ebenfalls infolge einiger Brüche und Quetschungen schwer darnieder.

Der Patriotismus und die Arbeiter. Wie sehr bereits das patriotische Gefühl selbst unter den „königlichen“ Arbeitern gesunken ist und wie eifrig man bemüht ist, den letzten Funken noch wenigstens zu einer kleinen Flamme anzufachen, konnte man am Mittwoch so recht in den königlichen Werkstätten in Spandau wahrnehmen. Von den Meistergehilfen wurden die Arbeiter gefragt, wer von ihnen sich Donnerstag am Krügergang betheiligen wollte; nur verzweifelt wenige meldeten sich hierzu bereit, so daß sich einer der Träger, aus dessen Abtheilung sich zuerst niemand gemeldet hatte, zu dem bemerkenswerthen Ausdruck veranlaßt sah: „Willst du denn wirklich niemand am Krügergang betheiligen? Welch schlechtes Licht muß das auf uns werfen?“ Erst hierauf meldeten sich — zwei Mann. Auch die Betheiligten an den von den einzelnen Parteien veranstalteten Feiern war nur sehr schwach, obgleich sich die interessirten Stellen alle erdenkliche Mühe gaben, die Festnahme mit Werksstätten-Arbeitern zu füllen, und bedeutende Summen für Konsumwaren, welche den Arbeitern gratis eigens zu den Feiern verabfolgt werden, angewendet worden sind. Bereits am Mittwoch Nachmittag und selbstredend auch während des ganzen Geburtstages ruhte die Arbeit in allen Werksstätten; allerdings werden die Arbeiter nothgedrungenenweise für die unfreiwillige Feiern mit dem durchschnittlichen Tageslohn entschädigt. Die gegenwärtige Stimmung unter den Arbeitern der königlichen Werksstätten in Spandau läßt sich leicht erklären, wenn man unsere letzten Veröffentlichungen über deren Lage berücksichtigt; auf diesen und

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein

für Nitzdorf und Umgegend.
Mittwoch, den 2. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Kummer,
Berlinerstrasse.

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Der Bericht des Vorstandes. Referent Herr Dutsch. 2. Dis-
kussion. 3. Verschiedenes. Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.
J. A.: W. Jeeke.

Achtung! Plätterinnen! Achtung!

Dienstag, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11:
Große Mitglieder-Versammlung
des Vereins der Plätterinnen Berlins.
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes
und Fragelosen.
NB. Ferner machen wir allen Freunden und Gönnern des Vereins
bekannt, daß am 26. Februar 1898 unser Radtennis bei Hops, Brauerei
Friedrichshain, stattfindet und sind Bilets in der Versammlung und im
Arbeitsnachweis, Gollnowstr. 6, bei Teichner zu haben.
158/2
Der Vorstand.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Montag, den 31. Januar, abends 8 Uhr, in den „Cranien-Hallen“,
Cranienstr. 51:
Delegirten-Versammlung.

Es ist Pflicht einer jeden Werkstatt, zu dieser Versammlung einen Dele-
girten zu entsenden.
141/4
Der Vorstand.

Der Ausstoss unseres diesjährigen

Bock-Bieres

beginnt am

Dienstag, den 1. Februar.

**Aktien-Brauerei
Friedrichshain.**

Strickmaschinen
aus der Dresdener Strickmaschinen-
Fabrik sind die besten und ein leichter
Erwerbssache. Erhalten leicht und
gerätig. Arbeit w. nachgewiesen. Ver-
kauf zu Fabrikpreisen. Vager bei dem
Vertreter H. Bomburger, Kloster-
strasse 63, Berlin, Nachmittags.

Teilzahlung monatl. 10 R. und
gegen baar liefert
sichere Herren-Garderobe
Kompositum, Jadenstr. 37, I.
Offerte feinste Tafelbutter,
à Pfd. 1,10 Rf., alle Sorten Käse
zu den billigsten Preisen. 37262
W. Adrian,
Anwaltsstr. 35, Ecke Chauffee-
strasse 60, Ecke Ritterstr.

Berliner Bock-Brauerei
Actien-Gesellschaft
BERLIN SW., Tempelhoferberg.
60ste Bockbier-Saison 1898.
Eröffnet: Sonntag, den 30. Januar 1898.

Unser weltberühmtes Original-Bockbier
wird nur in Korkflaschen mit Kapseln 20 Flaschen für 3 Mark verkauft.
(In der Flasche zwei eingeblassene Böcke.)
Kleine Gebinde zu Privatfestlichkeiten.
Gefällige Bestellungen per Telephon VI 3019 oder Postkarte erbeten.
Die Direktion.

1898. 1898.

Richard Lanzky, Grüner Weg 11.
Frühstücks-, Mittags- u. Abendtisch. Grosses Vereinszimmer.

A. Schulz,
Möbel- und Polsterwaaren-Fabrik
gegründet 1878
Reichenberger Strasse 5,
zwischen Kottbuser Thor und Ritterstrasse. 41933*
Bürgerlicher Wohnungs-Einrichtungen
in Nussbaum u. Mahagoni v. 240, 300, 400, 500, 600, 800—10 000 M.
in nur anerkannt gediegener Ausführung. T. A. IV. No. 2395.

Meine Tischlerei (10 Arbeitäre,
vollständ. Werkzeug) will ich an einen
Nachfolger sofort verkaufen. 152b
W. Jahneke, Charlottenburg,
Santstr. 132, am Savigny-Bahnhof.

Ein großer Vorrat
Teppiche
vorjährige Muster,
in vorzüglichsten Qualitäten in
echt Zuzrus, Tournays,
Brüffel, Velours, Tapeten
und prima Kränze in
allen Größen 16312*
spottbillig
J. Adler
Teppichhaus,
Berlin C., Spandauerstr. 30.
Reich Preisliste gratis u.
Illustrirte franko.

Kinderwagen-
Bazar
Max Brinner,
Jerusalemstr. 42,
Dresdenerstr. 16.
Vorzügliche Auswahl
von Kinder-, Sport-
und Bienenwagen,
billig. Musterbuch
gratis u. franko. Teilzahl. gestattet.

Wübel
auf
Teilzahlung
J. Ostrowski Jr.
Grosche
Str. 1, I.

Betten, Steppd., Gard., Regulatoren,
Remont., Uhren, Reisetische,
Winter-, Paletots, Krüge, spottbillig
Pfaundlebe Reanderstr. 6.

Echt chinesische
Mandarinendünen
das Pfund Mk. 2.85
natürliche Dünen wie alle in-
ländischen, garantiert neu und
saubere, in Farbe ähnlich den
Erdbeeren, vorzüglich für
fräftig und haltbar; 3 Pfund
genügen zum großen Ober-
bett. Zuwend. Anerkennungs-
schreiben. Verpackung umsonst.
Verband gegen Nachn. von der
ersten Bettfedernfabrik
mit elektrischem Betriebe
Gustav Lustig,
Berlin S., Pringelstr. 48.
Man verlange Preisliste.

Nordhäuser
Rum 10/15*
II-4 Mark pro Liter.
Georg Borstorffs Nachflg.,
Pringelstr. 53, Ecke Dresdenerstr.
früher Michaelstr.

Masken
elegant und billig, verleiht
Ferdinand Henke,
Dennowstr. 1.
Achtung! Kein Laden.
Für eigene Fabrikation, 25 Cigarren
1 Mark. Garantie rein amerikanische
Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pf.
H. F. Dinslage, (40152)
Kottbuserstr. 4, Hof parterre.

Glaserei.
In einem Vorort von Berlin ist
eine gut gehende Glaserei, Haupt-
geschäft Einrahmungen von Bildern,
umhängeblicher billig veräußlich.
Offerten sub J. D. 447 an
Rudolf Mosse, Berlin SW.

Carl Schlos
Wienerstr. 22 Grünauerstr. 1
direkt am Sörlitzer Bahnhof.
Reste

aller Art:
Kleiderstoffe, Bettzeuge, Gar-
dinen, Ombentuche, Leinen etc.
nach der Inventur bedeutend
unter Preis.

Auktion
pro Monate November u. Dezember
1896 am 4. Febr., nachm. 2 Uhr. 54b
L. Regen, Gr. Frankfurterstr. 121.

Industrie-Erwerb.
Einfache lohnende Fabrikation
leicht verkäuflicher tägl. Ver-
brauchsartikel, auch mit geringen
Mitteln ohne Fachkenntnisse
möglich. **Zahlreiche Aner-
kennungen.** Kataloge gratis
durch den Verlag „Der Erwerb“,
Altona a/Elbe. 131/9*

Die besten und schönsten Stiefel und Schuhe für Mädchen, Knaben und Kinder.

Die besten und schönsten Stiefel und Schuhe für Mädchen, Knaben und Kinder.

Herrn und Damen

welche nicht soviel Geld für Stiefel ausgeben wollen, aber doch eine gediegene, gute Waare zu tragen wünschen, seien ganz besonders Stiller's billige, dauerhafte Schuhwaaren empfohlen, welche sich trotz des niedrigen Preises durch Haltbarkeit, vornehme Einfachheit und solide Eleganz auszeichnen. Diese Sorten sind aus bestem, kräftigstem Leder hergestellt und sind in jeder Weise prima Qualitäten. Der Preis ist nur deshalb ein niedriger, weil die äußere Ausstattung einfacher ist, dabei ist der Sitz der Waaren außerordentlich gut und bequem.
Es sei ausdrücklich bemerkt, daß nur gute Waaren gefertigt werden, minderwertige durchaus ausgeschlossen sind und volle Garantie auch für die billigsten und einfachsten Schuhwaaren geleistet wird. Ich offerire:

Für Herren:			Für Damen:		
5,50	7,00	8,00	5,00	6,00	7,00
dauerhafte Sorten Zug- Stiefel.	elegantere Sorten Zug- und Schnür- Stiefel.	verschiedene Sorten Zug-, Schnür- und Schaffstiefel.	dauerhafte Sorten Zug- Stiefel.	elegantere Sorten Zug- Stiefel.	verschiedene Sorten Zug-, Schnür- und Knopfstiefel.

Außer den oben angeführten Preislagen von billigen, dauerhaften Schuhwaaren unterhält die Schuhwaarenfirma Carl Stiller, Jerusalemstrasse 40, am Dönhoffplatz, eine unübertroffene reiche Auswahl in mittleren, feinen und ganz feinen Gewebe. Alle Fortschritte der modernen Schuhwaaren-Industrie findet man hier in vollkommenster Weise vertreten und steht die außerordentliche Reichhaltigkeit und Gediegenheit des im menschen Waarenlagers ganz einzig in seiner Art da.
Die Firma führt nämlich Schuhwaaren für Jedermann, für jeden Zweck und für jeden Beruf und die überaus sachgemäß getroffene Wahl der zu führenden Artikel läßt auf den ersten Blick erkennen, daß man es hier mit einem tüchtigen, erfahrenen Fachmanne zu thun hat, der die stetig wechselnden Bedürfnisse des konsumierenden Publikums genau kennt und es sich angelegen sein läßt, den steigenden Ansprüchen des Publikums mit wachsamem Aufmerksamkeits Rechnung zu tragen. Den soliden, bewährten Geschäftsprinzipien und der Rührigkeit verdankt die weit und breit bekannte Firma ihren heutigen Umfang des Geschäfts und wird nicht verfehlen, mit den Anforderungen der Jetztzeit gleichen Schritt zu halten, denn: „Dem ernstlich Vorwärtsstrebenden gehört der Erfolg.“

Schuhwaarenhaus Carl Stiller

Gegründet 1867. Jerusalemstrasse 40, am Dönhoffplatz. Gegründet 1867.

Die besten und schönsten Stiefel und Schuhe für Mädchen, Knaben und Kinder.

Die Schweiz im Jahre 1897.

Zürich, Anfang Januar.

Das in der Schweiz immer rege pulsende politische Leben stand auch im abgelaufenen Jahre nicht hinter früheren Jahren zurück. Der Beginn des Jahres 1897 fiel hinein in die Kämpfe um die Bundesbank und bei seinem Schluß stehen wir inmitten der Referendumsbewegung betreffend die Eisenbahnverstaatlichung. Die Vorlage über die Bundesbank und das Banknotenmonopol wurde am 28. Februar mit 255 984 gegen 105 764 Stimmen verworfen. Der Geldsack und der Föderalismus hatten in trauriger Eintracht einen Sieg über das allgemeine Volksinteresse errungen. Nicht wenig hatte zu diesem Siege das feierliche Versprechen der koalitierten Kantons- und Großkapitalisten beigetragen, daß sie im Falle der Verwerfung der Bundesbank den Bundesbehörden sofort ein anderes, annehmbareres Projekt zur Lösung der Banknotenfrage und zur Schaffung einer schweizerischen Zentralbank vorlegen werden. Nur die kindlichste politische Naivität konnte einem solchen Versprechen der geriebensten Großkapitalisten und Spekulanten Glauben schenken, allein es scheint in der That an solchen naiven Referendumshürgern in der Schweiz nicht zu fehlen. Es ist nun seit der Verwerfung der Bundesbank bald ein Jahr verstrichen, aber ein brauchbares Projekt ist von den Referenten noch nicht vorgeschlagen worden; was in jüngster Zeit der schweizerische Handels- und Industrieverein vorgeschlagen hat, ist nichts anderes als eine neue Altbank, welche die bestehenden Altbanken um eine neue vermehren würde. Den naiven Glauben an ein Versprechen der Börsenjobber gekeltet vor einigen Wochen im Nationalrat der alte unerschrockene Schaffhauser Abgeordnete Dr. Zoss, indem er sich zum Vergleich eines Wildes aus der allgriechischen Geschichte bediente. Im Alterthum, sagte er, sei einmal ein Mann zur Strangulation verurtheilt worden, habe aber die Gnade zu erwirken gewünscht, daß er den Baum, wo er aufgeföhrt würde, selber wählen dürfe, und darauf habe er den Baum überall gesucht, aber nirgends zu finden vermocht. So suchen auch die Privatbanken ihr Ende immer hinauszuschieben und wissen unterdessen ihre Lebendigkeit auszunutzen.

Im Oktober 1896 wurde in der Volksabstimmung das Gesetz über das Rechnungswesen der Eisenbahnen angenommen und bereits im März 1897 brachte der Bundesrat in den eidgenössischen Parlamenten einen Gesetzesentwurf betreffend die Eisenbahn-Verstaatlichung ein. Mit anerkannter Würde wurde die Vorlage parlamentarisch erledigt und in weitgehendem Maße den Forderungen der Föderalisten entsprochen, dagegen die Forderungen der Sozialisten und Demokraten abgelehnt. Die kompakte Majorität der brutalen Radikalen hatte wieder einmal im plumpen Tritten die nach Arbeiterfreundlichkeit aussehenden Postulate der Linken gestampft. Würde diese ebenso brutal und unverständig, so würde sie sich mit den großkapitalistischen und bundesfeindlichen Gegnern der Eisenbahn-Verstaatlichung verbünden und diese zu Falle bringen. Beim Jahreswechsel ist man noch im Ungewissen darüber, ob die Gegner die 80 000 Unterschriften für das Begehren auf Volksabstimmung bereits beisammen haben oder, wenn dies nicht der Fall, ob die Aussicht besteht, daß sie dieselben bis zum 14. Januar 1898 zusammenbringen werden. Allgemein nimmt man an, daß es zur Volksabstimmung kommen wird, welche sodann im Februar stattfinden muß, da schon am 26. Februar eine Linie der Nordostbahn gekündigt werden muß.

Neben der Eisenbahnverstaatlichung nahm auf dem Gebiete der eidgenössischen Politik noch die Kranken- und Unfallversicherung das meiste Interesse in Anspruch. Der Nationalrat hat die bundesrätlichen Gesetzesentwürfe sehr zu ungunsten der Arbeiter verschlechtert, d. h. der plutokratischen, unternehmerfreundlichen Charakter des Parlaments ist auch hier zu rücksichtslosem Durchbruch gelangt. Die dadurch sehr gereizte Arbeiterschaft setzt nun noch einige Hoffnung auf den Ständerath; ob er aber wesentliche Verbesserungen vornehmen wird, ist noch durchaus nicht sicher. Vor dem Sommer steht die parlamentarische Erledigung der beiden Versicherungsentwürfe nicht zu erwarten und wird daher auch das Inkrafttreten der Versicherungen nicht auf den 1. Januar 1899 erfolgen können. In sozialen Dingen marschirt nachgerade auch die Schweiz im Tempo der Schneepost.

Einen sozialpolitischen Anstrich hatte das ohne eine Volksabstimmung in Kraft getretene neue Besoldungsgesetz, da es namentlich für die unteren Beamten die Minimal- und Maximalansätze erhöhte. Die Besoldungserhöhungen sind auch rasch durchgeführt worden, aber nun kommen aus den Reihen der unteren Beamten bittere Klagen über Enttäuschungen, während die höheren Beamten zufriedener sein sollen. Sind die Klagen berechtigt, so würden sie auf neue Besoldungen aus dem Reich der unteren Beamten bittere Klagen über Enttäuschungen, während die höheren Beamten zufriedener sein sollen. Sind die Klagen berechtigt, so würden sie auf neue Besoldungen aus dem Reich der unteren Beamten bittere Klagen über Enttäuschungen, während die höheren Beamten zufriedener sein sollen.

Vor drei Jahren schloß das Jahr 1894 mit der Beendigung der geradezu auf die Zerstückelung des Bundes abgesehenen Kampagne, aus der Bundesstoffe alljährlich 2 Fr. per Einwohner zu Gunsten der kantonalen Staatskassen zu eskamotiren. Man bezichtigte diese Finanzkampagne zutreffend als einen Beutezug und nun stehen wir abermals vor einem solchen, der aber ein politischer Beutezug ist. Die Motion Hochstrasser auf Gleichstellung der Ausländer mit dem Vieh, das in der schweizerischen Politik auch nicht zählt und Regelung der Vertretung der Kantone im Nationalrat nur nach der schweizerischen Wohnbevölkerung, ist ein so brutaler Faustschlag gegen die Städte, gegen die Industrie und gegen die Sozialdemokratie, daß man die Aufregung darüber in weiten Kreisen sehr wohl begreift. Ein politischer Beutezug ist diese Motion insofern, als sie den dominierenden Einfluß der ländlichen Bevölkerung zu stärken und auf lange Zeit hinaus zu sichern, den Einfluß der Städte- und Industriegegenden dagegen zu schwächen geeignet ist. Es ist der Kampf des Landes gegen die Stadt, der Landwirtschaft gegen die Industrie. Nun, letztere, die Stadt- und Industriebevölkerung, wird die Antwort nicht schuldig bleiben. Die Presse droht bereits, die Abschaffung des Ständerathes zu fordern.

So schweres Unrecht die Motion Hochstrasser gegen die andere Seite verüben will, den Gang der Entwicklung der Dinge vermöchte sie, wenn durchgeführt, doch nicht aufzuhalten. Der politische und soziale Fortschritt ist bisher auch in der Schweiz in jedem Falle das Ergebnis von heftigen Kämpfen zwischen der alten und neuen Weltanschauung gewesen und nicht anders würde es in der Zukunft sein auch ohne die Motion Hochstrasser; diese kann nur eine Verschärfung und Verbilligung der Kämpfe zur Folge haben, woraus gerade neue Kräfte für den Fortschritt gewonnen werden können. Daß das Alte trotz aller Vorkämpfer abdröckelt, zeigt der überaus erfreuliche und siegreiche Vormarsch der schweizerischen Sozialdemokratie. Diesen die mehr als 10 000 Stimmen, welche Ende 1896 Creulich im dritten Wahlgang für den Nationalrat erhielt, im ganzen Lande Stämmen und Bevölkerung hervor, weil sie die ungeahnte Stärke der Züricher Sozialdemokratie offenbarten, so stieg das Erkaunen noch, als im März 1894 bei einer Ersatzwahl in die Züricher Regierung der sozialdemokratische Kandidat über 15 000 Stimmen erhielt und im zweiten Wahlgang durch die Beihilfe der Demokraten mit 35 000 Stimmen gegen den liberalen Geldkandidaten gewählt wurde. Genosse Ernst von Winterthur ist der erste sozialdemokratische Minister geworden. Gegen Ende des Jahres folgte Genf dem roten Zürich und wählte Genossen Diebald, den zweiten sozialdemokratischen Minister. Diese zwei Erfolge allein bezeugen den ersten

lichsten Vormarsch der sozialdemokratischen Partei, die in der demokratischen Schweiz so gut wie anderwärts die größten Hindernisse zu überwinden hat. Daneben haben unsere Genossen noch bei zahlreichen Gemeinde- und Kantonsräthen bemerkenswerthe Erfolge errungen. In der Stadt St. Gallen wurde der erste sozialdemokratische Arbeiter in den Kantonsrat gewählt; in Zürich wurden einige neue Sitze im Kantonsrat erobert, desgleichen in der Stadtvertretung und in anderen Behörden. Im Kanton Aargau, in Basel, in Bern, im Waadtland etc. machten die Sozialdemokraten bei Wahlen mehr oder weniger erhebliche Fortschritte, insbesondere gestalteten sich aber die Gemeinderäthe im Kanton Waadt zu einem wahren Siegeszuge der Sozialdemokratie. In Gemeinden, wo seit langen Zeiten die Konservativen allein und allmächtig schalteten und wählten, ist ihr Geldsack-Regiment zerschmettert worden und traten an ihre Stelle die Sozialisten und Radikalen. In der Kantonshauptstadt Basle an der Aare zogen 39 Sozialdemokraten in das Stadthaus ein, in der berühmten und reizenden Fremdenstadt Montreux 44 und alle anderen größeren Gemeinwesen schickten mehr oder weniger sozialdemokratische Vertreter in den Gemeinderath. In den sozialdemokratischen Ministerien in Zürich und Genf, zu dem sozialdemokratischen Stadtpfarrer in Zürich gestellten die Genossen in Bonnam den ersten sozialdemokratischen Bürgermeister. In Bern, der Residenzstadt der schweizerischen Eidgenossenschaft, sind die Sozialdemokraten auf dem besten Wege, das Stadthaus zu erobern. Jede neue Wahl bringt ihnen neuen Gewinn und den alten Parteien neue Verluste. Selbst gegnerische Blätter gestehen resignirt zu, daß es nur noch eine Frage der Zeit und zwar der nächsten Zeit sein werde, daß den Arbeitern der Bundesstadt das Gemeinderat zuzufallen werde.

Von der Stärkung der sozialdemokratischen Partei und von der bisherigen Zunahme ihres Einflusses in den und auf die Behörden hängt auch der Fortschritt der kantonalen und kommunalen Sozialpolitik ab. Im Jahre 1897 herrschte auf diesem Gebiete ziemlich Unschärfe und theilweiser Rückschritt. Ein solcher war z. B. die Aufhebung der kommunalen Arbeitslosen-Versicherung der Stadt St. Gallen. Diese Aufhebung war auch die Vorbotenklärung der an allen Schönen- und Sängerkreisen ausgeführten Devise des Schweizer-Volkes: „Einer für Alle, Alle für Einen“. — In der Stadt Zürich soll die Arbeitslosen-Versicherung trotz des St. Gallener Vorganges eingeführt werden, allein die kleinen Unternehmern machen dagegen derartige Opposition, daß die Ausführung des Projektes schwere Kämpfe kosten wird und seine Verwirklichung noch durchaus nicht sicher ist. Erwähnen wir noch das Aargauer Gesetz betreffend obligatorische Unfallversicherung, das in der Volksabstimmung angenommen wurde, und das Züricher Gesetz über denselben Gegenstand, das aber noch der Volksabstimmung unterliegt, so ist wohl das wichtigste von diesem Gebiete verzeichnet.

Die wirtschaftliche Prosperität dauerte im abgelaufenen Jahre in der Schweiz ebenso ungeschwächt fort, wie in Deutschland. Fast alle Industrien wie auch die Baugewerbe waren gut beschäftigt, insbesondere die Uhren-, Maschinen-, Sticker-, Seidenband-Industrie etc. Damit stimmt überein nicht bloß die verminderte Arbeitslosigkeit, sondern auch die Mehrerlöse von 11, Millionen (42 689 190 Fr. gegen 41 161 114 Fr.) an Zinsen in den ersten 11 Monaten und die weitere Verminderung der Auswanderer von 3172 auf 2393 in der gleichen Periode; ferner die Neugründung von Aktiengesellschaften, die Erhöhung des Aktienkapitals bestehender Gesellschaften, die Erweiterung von Fabrikanlagen, die höheren Dividenden etc. Trotz der guten Geschäftslage war nicht zu verneinen, daß in irgend einem Geschäftsbereich die Arbeiter Lohnverbesserungen, Arbeitszeitverkürzungen oder andere Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse bewirkt worden wären.

Dagegen stehen die bezüglichen Beschreibungen der organisierten Arbeiter in allen Fällen bei den Unternehmern auf den heftigsten Widerstand. Von den sozialen Kämpfen war der größte und von internationaler Bedeutung der zweitägige Streik der 6600 Angestellten der Nordostbahn, wodurch selbst die millionenreichen Aktionäre mirde gemacht und nachgiebig gestimmt wurden. Die Eisenbahner zeigten damit, was gute Organisation und Solidarität zu erringen vermögen. Größere Streiks waren ferner die der Textilarbeiterinnen in Burgdorf, der Buchdrucker und Manier in Luzern, der Buchbinder in Bern und der Metallarbeiter in Freiburg; daneben gab es noch eine Anzahl kleinerer Lohn- und Streikbewegungen. Leider ergielten die kämpfenden Arbeiter nicht immer den gewünschten Erfolg; ihre Niederlagen waren zahlreicher als ihre Siege. In allen Fällen waren die von außenwärts herangezogenen Streikbrecher die Ursache davon, daß die Arbeiter nicht siegten. Italien, Oesterreich und Deutschland theilten sich in die Ehre, den schweizerischen Ausbeutern die Streikbrecher zu liefern. Da außerdem die Unternehmerorganisationen immer weitere Fortschritte machen, so wird es für die schweizerischen Arbeiter immer schwieriger werden, Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse zu erkämpfen. Wohl scheinen die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter Fortschritte gemacht zu haben, allein die große Masse der Arbeiter steht denselben noch immer fern. Ein gut dirigiertes Gewerkschaftsblatt, dessen Herausgabe geplant ist, das keinerlei persönlichen Interessen dient, sondern in zweckmäßiger Weise die Fälle unbedachten Material aller Art verwerthet und die Arbeiter über den Interessengegensatz von Kapital und Arbeit aufklärt, müßte zur Förderung der Gewerkschaftsbewegung viel beitragen können. Die vorzüglichste Kraft des Genossen Brandt in St. Gallen giebt die Garantie, daß auch das projektirte neue Züricher sozialdemokratische Tagesblatt kein Zummelplatz für persönliche Liebhabereien, sondern ein tüchtiges Organ zur Förderung der Arbeiterinteressen werden wird.

So kann man mit den besten Hoffnungen das Jahr 1898 antreten und einen weiteren Aufschwung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Schweiz von ihm erwarten. Möchten nur auch die Zwistigkeiten und Heidenereien ein Ende nehmen und überall, in allen Kreisen der Partei Einheitslichkeit und Solidarität an ihre Stelle treten. Dann wird es für jeden und für alle eine Lust sein, weiter zu kämpfen und Fortschritte zu machen.

Verfassungen.

Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, abgehalten am 25. Januar 1898 bei Keller, Koppenstraße. Der Kassenbericht vom 4. Quartal 1897 stellt sich wie folgt:

Unterstützungskasse:	Einnahme 257,75 M.
	Ausgabe 75 —
	Bestand 182,75 M.
Stiftungsfest:	Einnahme 451 — M.
	Ausgabe 822 —
	Ueberschuss 129 — M.
Hauptkasse:	Einnahme 15 758,67 M.
	Ausgabe 18 809,66
	Bestand 1 949,11 M.
Sollkasse:	Einnahme 27 200,21 M.
	Ausgabe 4 652,77
	Bestand 22 547,44 M.

Dem Kassier Wiele wurde auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Nach dem Vorstandsbericht fanden im letzten Vierteljahr statt: 1 Generalversammlung, 3 Zentrum-Vertrauensmänner-Verfassungen und 12 Vorstandssitzungen, darunter eine mit der Gesamtkommission. Rechtschuh erhielten 8 Kollegen. Der Verband zählt hier am Orte jetzt 6452 Mitglieder. Die Kontrollkommission besteht aus 152 Mitgliedern; es fanden statt

72 geschäftliche und 182 allgemeine Sitzungen, wozu 592 Werkstellen geladen, erschienen sind 291 Werkstellen, wo 4282 Kollegen beschäftigt sind, 2531 Kollegen waren aber nur der Einladung gefolgt; die anderen hielten es nicht der Mühe werth, zu erscheinen. Die Branchen beteiligten sich wie folgt an den Einladungen:

Drechsler	50 Sitzungen mit 151 Werkstellen
Barackbodenleger	5 " " 3
Modell- und Fabrikarbeiter	8 " " 11
Maßarbeiter	23 " " 18
Kammacher	4 " " 18

Grund zu den Einladungen war, die Mißstände in den Werkstätten zu beseitigen, wie Lohnabzüge, Ueberstunden, Sonntagarbeit und Nichtbeteiligung an der Organisation.

Im verfloffenen Jahre hat die Kommission 241 geschäftliche und 669 Werkstättenbesichtigungen abgehalten, wozu 2437 Werkstätten geladen wurden, es erschienen 1303 Werkstätten, wo 17 948 Kollegen beschäftigt und 5464 organisiert sind. Einzelne Werkstätten mußten mehrere Mal geladen werden, weil sie ihr gegebenes Versprechen (keine Ueberstunden mehr zu machen) nicht hielten.

Auf dem Arbeitsnachweis liefen 603 Adressen ein, denen ein Angebot von 1015 eingetriebenen Arbeitslosen gegenüberstand. In 13 Fällen mußte der Arbeitsmittler bei ausbrechenden Differenzen bei den Meistern vermittelnd eingreifen. Zum 1. Bevollmächtigten wurde Kollege Block wiedergewählt, ferner zum Schriftführer Nissen, zum Kassier Wiele, als Erfahrmänner Wolf und Plasse und als Revisor Post. Ausgeschlossen aus dem Verband wurden 3 Mitglieder. Die Bibliothek schloß am Ende des Jahres 610 Bände. Die Handlungsweise der Revisorinstrumenten-Arbeiter wurde abfällig kritisiert. Mit dem Hinweis auf den zu Oftern stattfindenden Verbandstag, wozu in nächster Zeit Stellung genommen werden muß, erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands. Am 18. d. M. hielt die hiesige Verwaltungsstelle ihre ordentliche Generalversammlung ab. Nachdem einige geschäftliche Punkte erledigt, folgte zunächst der Rechenschaftsbericht der Zentralkasse für Berlin vom Jahre 1897. In diesem balanziren die Einnahmen und Ausgaben mit 21 831,61 Mark. Unter Einnahmen entfallen auf Eintrittsgelder und Beiträge 18 957 M. Herausgabte wurden an Unterstützung bei Streiks 435 M., Unterstützung bei Arbeitslosigkeit 12 862 M., Reiseunterstützung 988,50 M., Krankenunterstützung 1601 M., für Rechtschutz 58,88 M. Die Sollkasse hatte an Einnahmen 6089,53 M. Diefen stehen Ausgaben von 5619,44 M. gegenüber. Es wurden ausgeben: Per Unterstützung an Kollegen 815,64 M., an Gewerkschaften 480 M., Agitation 118 M., Versandt der Zeitung 522,20 M. Nachdem auf Antrag der Revisoren dem Kassier sowohl als auch dem Verwalter von Seiten der Versammlung Decharge erteilt und die Berichte des Vorstandes sowie der Kommissionen gegeben sind, erfolgt Neuwahl des Vorstandes und ergielten diese folgende Resultat: 1. Vorsitzender: Kollege Jabel, 2. Vorsitzender: Gallisch, 1. Schriftführer: Schaner, 2. Schriftführer: Dieberichsen, Kassier: Trautweiser, Revisor: Abel, Augensfeldt. Zum Verwalter wird Kollege Meyer wiedergewählt und treten an die Stelle zweier aus dem Amte scheidender Revisoren die Kollegen Welle und Stöcher. Nachdem dann noch Ersatzwahl zur Vergütungskommission und Wiederwahl der anderen Kommissionen stattgefunden, erfolgte Schluß.

Der Verband der in Buchbindereien etc. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielt am 24. Januar seine ordentliche Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung durch Erheben von den Plätzen das Andenken an den verstorbenen Kollegen Christian Heuerkauf. Hierauf giebt Bräunler den Geschäftsbericht vom vierten Quartal; nach diesem fanden fünf Mitgliederversammlungen, in denen vier Vorträge gehalten wurden, sowie eine ordentliche Generalversammlung statt. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in zehn Vorstandssitzungen. Im ganzen wurden im Jahre 1897 19 Mitgliederversammlungen, vier ordentliche, zwei außerordentliche Generalversammlungen, sowie 46 Vorstandssitzungen abgehalten. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des III. Quartals 1182 männl., 627 weibl. Mitglieder, am Schluß des IV. Quartals 1428 männl., 797 weibl. Mitglieder; gestrichen wurden 168 männl., 118 weibl. Mitglieder, mithin bleibt am Schluß des IV. Quartals ein Mitgliederbestand von zusammen 1837 Mitgliedern. Seyffarth giebt den Kassenbericht. Die Abrechnung für die Zentralkasse weist eine Einnahme von 6998,45 M., eine Ausgabe von 1880,11 M. auf; an den Zentralvorstand werden somit 4518,34 M. gefandt. Die Abrechnung für die Lokalkasse ergiebt eine Einnahme von 1511,93 M., eine Ausgabe von 1185,92 M. Der Bestand vom III. Quartal betrug 1546,64 M., mithin bleibt am Schluß des IV. Quartals ein Lokalkassenbestand von 1672,65 M. Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassier Decharge erteilt. Bergmann erstattet den Arbeitsnachweisbericht vom IV. Quartal wie folgt: Als arbeitslos meldeten sich 389 männliche und 311 weibliche Mitglieder; 38 bzw. 3 wurden außerdem vom III. Quartal als arbeitslos übernommen. Verlangt wurden 283 männliche und 331 weibliche Personen; eingestellt wurden 149 bzw. 176; anhilfsweise Beschäftigung fanden 378 Männer und 73 Frauen. P. Hoffmann giebt den Bericht der Bibliotheks-Kommission. Einer Einnahme von 40,25 M. steht eine Ausgabe von 37,30 M. gegenüber. Der Bücherbestand betrug am Schluß des 4. Quartals 539 Bände, und wurde in diesem Quartal insgesamt 1012 mal benutzt. Die Bibliotheks-Kommission wird gleichfalls entlassen. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergiebt folgenden Resultat: 1. Vorsitzender Bräunler, 2. Vorsitzender Priezel, 1. Kassier Seyffarth, 1. Schriftführer Sellmer, 2. Schriftführer Fel. Kettendach, als Revisor werden Kloppe, Baer, Pfeifer, Wegner, Fel. Mendow gewählt. Zu Hilfskassieren werden die Koll. M. Meier, J. Krause, H. Lecher, Schmitts, Nähr, Rindemann, Schmidt, Albert, Wiffing, Thomas, Glauert, Wegner, Gutmann und Fräulein Köppen gewählt. Die Bibliotheks-Kommission wird von P. Hoffmann, Sieder und Fräulein Mendow gebildet. Unter Verbandsangelegenheiten wird beschloffen, der Bibliotheks-Kommission 50 M. zwecks Erweiterung der Bibliothek zu überweisen.

Der allgemeine Arbeiter- und Arbeiterinnen-Verein hat, wie in der letzten General-Versammlung berichtet wurde, im vergangenen Jahre 10 Versammlungen und 17 Vorstandssitzungen abgehalten. Im 4. Quartal 1897 war infolge des Bestandes vom dritten Quartal eine Einnahme von 170,95 M. zu verzeichnen, der eine Ausgabe von 116,20 M. gegenübersteht. In den Vorstand wurden gewählt: Block, zum Vorsitzenden, Frau Keller und Fräulein Trade als Schriftführer, Krndt und Bodien als Kassier. In Revisoren wurden Watsch, Kasan und Enden, zur Rechtschuh-Kommission Ende, Segula, Krüger und Wilscher gewählt.

Arbeiter-Bildungsverein. Insehr. 10. v. s. Tr. Unterrichtskurse: in Rede-Übung (Neben den Russen der Rede, Wespung vollkommendlicher und anderer Grundfragen) Montag, Fr. Conrad Schmidt; in Nationalökonomie (die wirtschaftliche Entwicklung; Gewerbebetrieb und Handel; Marktweisen, Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis; die Aufgaben der Gewerkschaften) Mittwoch, Schriftführer Richard Gaisner; in Geschichte (Holl und Rom) Freitag, Fr. H. Gerthold. — Die Bibliothek ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf., Kursus (10 Abende) 1 M. pro Fach. Zehnnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Geogr. Schult., Admittationsfrage 40; Arnt, Wachtelstr. 42; Schuler, Wachtelstr. 47; Steiner, Wachtelstr. 78, u. in den Sonntag-Verfassungen. Vorsitzender: Paul Müller jr., 50, Wachtelstr. 122; Kassier: H. König, 5, Tiefenbachstr. 30.

Samariter-Kursus für Arbeiter und Arbeiterinnen. Montag, den 31. Januar, abends 8 Uhr, in Coen's Hofküchen, Wachtelstr. 30; Vortrag des Herrn Dr. Heideberg über: „Gefährdendes Krautpflanzende“. Nachher praktische Übungen.

Bildungsverein „Mehz Licht“. Die Bibliothek des Vereins ist den Mitgliedern an jedem Sonntag nach Schluß der Versammlung im Vereinslokal Altkandstraße, 37c, zugänglich und wird um rege Beteiligung derselben gebeten

*) Wegen des großen Stoffandranges leider verspätet. Red. d. „Vorw.“

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, den 30. Januar.
Freie Volksbühne (Vespertheater)
3. Abtheilung: Vespertheater.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Montag Abend 8 Uhr in Keller's
Festsäle: Vorstellung des Herrn
Dr. Meyer: Die Reise nach
Spitzbergen.

Cyberhaus, Her und Zimmermann.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Margarethe.

Schauspielhaus, Coriolan. Anfang
7 1/2 Uhr.

Montag: Der Burggraf.
Deutsches, Johannes. Anf. 7 1/2 Uhr.
Nachm. 2 1/2 Uhr: Das Rädchen
von Heilbrunn.

Leipzig, Im weißen Röhl. Anfang
7 1/2 Uhr.

Montag: Dieselbe Vorstellung.
Berliner, In Verhandlung. Anfang
7 1/2 Uhr.

Nachm. 2 1/2 Uhr: Romeo und Julia.
Montag: Der Förster von Kirch-
feld.

Reichens, Sein Trid. Anfang
7 1/2 Uhr.

Nachm. 3 Uhr: Doria.
Montag: Sein Trid.

Neues, Die Schildkröte. Anfang
7 1/2 Uhr.

Nachm. 3 Uhr: Trilby.
Montag: Die Schildkröte.

Circus, Preciosa. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Berlin, wie es
weint und lacht.

Montag: Am Altar.
Goethe, Berliner Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Montag 12 Uhr: Wallner.
Nachm. 3 Uhr: Die Journalisten.

Montag: Berliner Spezialitäten.
Schiller, Rorig's Parik. Anfang
8 Uhr.

Nachm. 3 Uhr: Adale und Liebe.
Montag: Der Tageswächter. Das
Versprechen hinterm Herd.

**Unter den Linden, Die Wälder der
Bermann.** Anfang 7 1/2 Uhr.

Nachm. 3 Uhr: Der Betrüger.
Montag: Die Wälder der Bermann.

Thalia, Kineten's Hochzeit. Anfang
7 1/2 Uhr.

Montag: Dieselbe Vorstellung.
Central, Die Jugendfalle. Anfang
7 1/2 Uhr.

Montag: Dieselbe Vorstellung.
Luisen, Trilby. Anfang 8 Uhr.

Nachm. 3 Uhr: Die Räuber.
Montag: Im weißen Röhl.

Montag: Im weißen Röhl.
Montag: Die Verführerin.

Nachm. 4 Uhr: Anecht Kuprecht.
Montag: Die Verführerin.

Urania, Taubenstraße 48-49.
Nachtspiel, Auscheidung u. 10 Uhr
vormittags ab. Abends 8 Uhr
Wissenschaft. Theater.

Invalidenstraße 57/62. Täglich
(außer Sonntag und Mittwoch)
abends 8 Uhr: Wissenschaftliche
Vorlesungen.

American, Spezialitäten. Anfang
7 1/2 Uhr.

Herkules, Spezialitäten. Anf. 7 1/2 Uhr.
Neu-Palast, Spezialitäten.
Vollgepanoptikum, Wiener
Tanz- und Operetten-Gesellschaft,
Reichshallen, Spezialitäten. An-
fang 7 1/2 Uhr.

Shiller-Theater
(Wallner-Theater).
Sonntag, nachm. 3 Uhr: 2. Vorstellung
im 2. Schiller-Jahres: Adale
und Liebe. — Abends 8 Uhr:
Koris-Vorh.

Montag, abends 8 Uhr: Der Jugend-
wächter. Das Versprechen
hinterm Herd.

Dienstag, abends 8 Uhr: Der
Jugendwächter. Das Ver-
sprechen hinterm Herd.

Ostend-Theater.
Gr. Braunschweigerstr. 132. Dir. G. Weh.
Sonntag Nachmittag, keine Preise:
Berlin, wie es weint u. lacht.
Ferdinand: Carl Weh.
Abends 7 1/2 Uhr:
Preciosa.

Schauspiel in 4 Akten von F. A. Wolff.
Musik von Carl Maria von Weber.
Im Tunnel vor und nach der Vor-
stellung: Frei-Konzert.
Montag: Am Altar. Dienstag,
zum 50. Male: Berlin, wie es
weint und lacht. Mittwoch: Pre-
ciosa. Donnerstag: Die Waise
aus Lowood. Freitag: Der Ver-
schwender. Sonnabend: Am Altar.
— In Vorbereitung: Unter der
Polarionne.

Central-Theater
Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Sonntag, den 30. Januar 1898:
Emil Thomas a. G.
Zum 9. Male:
Die Jugendfalle.
Barocke Feste mit Gesang und Tanz
mit Benutzung eines franz. Textes
von Jul. Freund und W. Rumpel.
Musik von Jul. Gindorf.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage:
Die Jugendfalle.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (Gilly-Passage)
Innenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Kabarett.
Neu! Die lustigen Heidelberger.
Aufsichtungs-Operette in einem Akt
von F. A. Wolff.
Musik von Franz von Suppé.
Vorher: Unser Johann. Lust-
spiel in 1 Akt nach dem Französischen
von Boce.
Aufstretten sammtlicher Kunst-
Spezialitäten.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.
Vorzugsplätze haben Vorrang.

**Ein neuer Bomben-
Erfolg**
der
Budapester
mit der Tragikomödie
Familie Kochsalz.
Morgen Montag: Letztes
Aufstretten von William Schiff.
Dienstag, den 1. Februar,
10 neue Attraktionen
und
Familie Kochsalz.

Kaufmann's Variété
Stadtbahn Alexanderplatz
Direktion:
Anton und Donat
Herrfeld.
**Ein neuer Bomben-
Erfolg**
der
Budapester
mit der Tragikomödie
Familie Kochsalz.
Morgen Montag: Letztes
Aufstretten von William Schiff.
Dienstag, den 1. Februar,
10 neue Attraktionen
und
Familie Kochsalz.

**Ein neuer Bomben-
Erfolg**
der
Budapester
mit der Tragikomödie
Familie Kochsalz.
Morgen Montag: Letztes
Aufstretten von William Schiff.
Dienstag, den 1. Februar,
10 neue Attraktionen
und
Familie Kochsalz.

**Ein neuer Bomben-
Erfolg**
der
Budapester
mit der Tragikomödie
Familie Kochsalz.
Morgen Montag: Letztes
Aufstretten von William Schiff.
Dienstag, den 1. Februar,
10 neue Attraktionen
und
Familie Kochsalz.

**Ein neuer Bomben-
Erfolg**
der
Budapester
mit der Tragikomödie
Familie Kochsalz.
Morgen Montag: Letztes
Aufstretten von William Schiff.
Dienstag, den 1. Februar,
10 neue Attraktionen
und
Familie Kochsalz.

**Ein neuer Bomben-
Erfolg**
der
Budapester
mit der Tragikomödie
Familie Kochsalz.
Morgen Montag: Letztes
Aufstretten von William Schiff.
Dienstag, den 1. Februar,
10 neue Attraktionen
und
Familie Kochsalz.

**Ein neuer Bomben-
Erfolg**
der
Budapester
mit der Tragikomödie
Familie Kochsalz.
Morgen Montag: Letztes
Aufstretten von William Schiff.
Dienstag, den 1. Februar,
10 neue Attraktionen
und
Familie Kochsalz.

**Ein neuer Bomben-
Erfolg**
der
Budapester
mit der Tragikomödie
Familie Kochsalz.
Morgen Montag: Letztes
Aufstretten von William Schiff.
Dienstag, den 1. Februar,
10 neue Attraktionen
und
Familie Kochsalz.

**Ein neuer Bomben-
Erfolg**
der
Budapester
mit der Tragikomödie
Familie Kochsalz.
Morgen Montag: Letztes
Aufstretten von William Schiff.
Dienstag, den 1. Februar,
10 neue Attraktionen
und
Familie Kochsalz.

**Ein neuer Bomben-
Erfolg**
der
Budapester
mit der Tragikomödie
Familie Kochsalz.
Morgen Montag: Letztes
Aufstretten von William Schiff.
Dienstag, den 1. Februar,
10 neue Attraktionen
und
Familie Kochsalz.

Luisen-Theater

34. Reichsbergerstraße 34.
Nachmittag 3 Uhr:
Soll's-Vorstellung. Regie J. Türk:
Die Räuber.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von
F. v. Schiller.
Abends 8 Uhr:
Trilby.

Schauspiel in 5 Akten nach dem gleich-
namigen Roman von G. du Maurier,
frei bearbeitet von Richard Marx.
Trilby v. Anna Müller-Winde.
Montag: Zum 1. Male: Im
vierten Stock (Kochsalz). Konfir-
dermal. Sonntagabender oder Ver-
pflicht.

Billets à 60 Pf. zu der Sonntag
Nachmittag-Vorstellung in den be-
sonnlichen Verkaufsstellen.

Volks-Theater
im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Strasse 97.
Novität! Novität!
Circusblut.

Operetten: Barocke von G. Fischer-
Ottmann. Musik von R. Baumgart.
Neu! Vorher: Neu!

Crefker.
Schwanz von Benno Jacobson.
Im vorderen Saale:
Tyroler Sänger Alois Ebner.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.
Wochentags 7 1/2 Uhr.

Olympia-Riesen-
Theater.
(Circus Ring) Karlstrasse.
Heute, Sonntag: 2 Vor-
stellungen. Nachmittag
4 Uhr. Abends 8 Uhr.
Kolossy Kiraly's
Konstantinopel.

Größtes, mächtigstes und
prächtigstes Schauspiel der
Gegenwart. 700 Auführ. in
London. 1000 Mitwirkende.
1. Bild: Das Maifest in Eng-
land. 2. Bild: Spanischer Stier-
kampf. 3. Bild: Wiener Jahr-
markt. 4. Bild: Ränberüberfall
in den rumelischen Bergen.
Das Schlachtfeld.

5. Bild: Der Sklavenmarkt.
6. Bild: Prunkpalast in Kon-
stantinopel. Attentat auf
den Sultan. Entführung
des Ränber-Hauptmanns.
Kolossaler Prachtaufzug.
Wasserschauspiel auf dem
Hauptplatz. Eine wirkliche
Flottille. Die Riesen-Balletts,
die Pracht der Kostüme und
Dekorationen überragen alles
bisher Dagewesene.
Wiederholung des Huldigungs-
aktes am Geburtstag des Kaisers.
Preise der Plätze von 50 Pf.,
1,-, 1.50, 2,-, 2.50, 3,-, 3.50,
4,- und 5.00 M.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Maehr's Theater
Oranien-Strasse 24.
Täglich:
**Theater u. Spezialitäten-
Vorstellung.**
Neu! vierte Dimension. Neu!
Schwanz.
Neu! Der liebe Eifel. Neu!
Hoffe.
Sensationell! Molly! Sensationell!
Die beste Circus-Operette
Wochentags 8 Uhr.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.
Preise der Plätze wie gewöhnlich.
Avis! Donnerstag, den 3. Februar:
Kineten-Benefit für Frau. Kara
Wittcher.

Victoria-Brauerei
Lützow-Strasse 111/112.
Morgen
sowie jeden Montag und Freitag:
Stettiner Sänger
(Weibel, Weiss,
Wittner, Seidel,
Krone, Köhl,
Schneider
und Schrader.)
Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf.
Dienstag: Böhmisches Brauhaus.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (Gilly-Passage)
Innenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Kabarett.
Neu! Die lustigen Heidelberger.
Aufsichtungs-Operette in einem Akt
von F. A. Wolff.
Musik von Franz von Suppé.
Vorher: Unser Johann. Lust-
spiel in 1 Akt nach dem Französischen
von Boce.
Aufstretten sammtlicher Kunst-
Spezialitäten.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.
Vorzugsplätze haben Vorrang.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (Gilly-Passage)
Innenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Kabarett.
Neu! Die lustigen Heidelberger.
Aufsichtungs-Operette in einem Akt
von F. A. Wolff.
Musik von Franz von Suppé.
Vorher: Unser Johann. Lust-
spiel in 1 Akt nach dem Französischen
von Boce.
Aufstretten sammtlicher Kunst-
Spezialitäten.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.
Vorzugsplätze haben Vorrang.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (Gilly-Passage)
Innenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Kabarett.
Neu! Die lustigen Heidelberger.
Aufsichtungs-Operette in einem Akt
von F. A. Wolff.
Musik von Franz von Suppé.
Vorher: Unser Johann. Lust-
spiel in 1 Akt nach dem Französischen
von Boce.
Aufstretten sammtlicher Kunst-
Spezialitäten.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.
Vorzugsplätze haben Vorrang.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (Gilly-Passage)
Innenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Kabarett.
Neu! Die lustigen Heidelberger.
Aufsichtungs-Operette in einem Akt
von F. A. Wolff.
Musik von Franz von Suppé.
Vorher: Unser Johann. Lust-
spiel in 1 Akt nach dem Französischen
von Boce.
Aufstretten sammtlicher Kunst-
Spezialitäten.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.
Vorzugsplätze haben Vorrang.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (Gilly-Passage)
Innenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Kabarett.
Neu! Die lustigen Heidelberger.
Aufsichtungs-Operette in einem Akt
von F. A. Wolff.
Musik von Franz von Suppé.
Vorher: Unser Johann. Lust-
spiel in 1 Akt nach dem Französischen
von Boce.
Aufstretten sammtlicher Kunst-
Spezialitäten.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.
Vorzugsplätze haben Vorrang.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (Gilly-Passage)
Innenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Kabarett.
Neu! Die lustigen Heidelberger.
Aufsichtungs-Operette in einem Akt
von F. A. Wolff.
Musik von Franz von Suppé.
Vorher: Unser Johann. Lust-
spiel in 1 Akt nach dem Französischen
von Boce.
Aufstretten sammtlicher Kunst-
Spezialitäten.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.
Vorzugsplätze haben Vorrang.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (Gilly-Passage)
Innenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Kabarett.
Neu! Die lustigen Heidelberger.
Aufsichtungs-Operette in einem Akt
von F. A. Wolff.
Musik von Franz von Suppé.
Vorher: Unser Johann. Lust-
spiel in 1 Akt nach dem Französischen
von Boce.
Aufstretten sammtlicher Kunst-
Spezialitäten.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.
Vorzugsplätze haben Vorrang.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (Gilly-Passage)
Innenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Kabarett.
Neu! Die lustigen Heidelberger.
Aufsichtungs-Operette in einem Akt
von F. A. Wolff.
Musik von Franz von Suppé.
Vorher: Unser Johann. Lust-
spiel in 1 Akt nach dem Französischen
von Boce.
Aufstretten sammtlicher Kunst-
Spezialitäten.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.
Vorzugsplätze haben Vorrang.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (Gilly-Passage)
Innenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Kabarett.
Neu! Die lustigen Heidelberger.
Aufsichtungs-Operette in einem Akt
von F. A. Wolff.
Musik von Franz von Suppé.
Vorher: Unser Johann. Lust-
spiel in 1 Akt nach dem Französischen
von Boce.
Aufstretten sammtlicher Kunst-
Spezialitäten.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.
Vorzugsplätze haben Vorrang.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (Gilly-Passage)
Innenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Kabarett.
Neu! Die lustigen Heidelberger.
Aufsichtungs-Operette in einem Akt
von F. A. Wolff.
Musik von Franz von Suppé.
Vorher: Unser Johann. Lust-
spiel in 1 Akt nach dem Französischen
von Boce.
Aufstretten sammtlicher Kunst-
Spezialitäten.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.
Vorzugsplätze haben Vorrang.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (Gilly-Passage)
Innenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Kabarett.
Neu! Die lustigen Heidelberger.
Aufsichtungs-Operette in einem Akt
von F. A. Wolff.
Musik von Franz von Suppé.
Vorher: Unser Johann. Lust-
spiel in 1 Akt nach dem Französischen
von Boce.
Aufstretten sammtlicher Kunst-
Spezialitäten.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.
Vorzugsplätze haben Vorrang.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (Gilly-Passage)
Innenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Kabarett.
Neu! Die lustigen Heidelberger.
Aufsichtungs-Operette in einem Akt
von F. A. Wolff.
Musik von Franz von Suppé.
Vorher: Unser Johann. Lust-
spiel in 1 Akt nach dem Französischen
von Boce.
Aufstretten sammtlicher Kunst-
Spezialitäten.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.
Vorzugsplätze haben Vorrang.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (Gilly-Passage)
Innenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Kabarett.
Neu! Die lustigen Heidelberger.
Aufsichtungs-Operette in einem Akt
von F. A. Wolff.
Musik von Franz von Suppé.
Vorher: Unser Johann. Lust-
spiel in 1 Akt nach dem Französischen
von Boce.
Aufstretten sammtlicher Kunst-
Spezialitäten.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.
Vorzugsplätze haben Vorrang.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (Gilly-Passage)
Innenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Kabarett.
Neu! Die lustigen Heidelberger.
Aufsichtungs-Operette in einem Akt
von F. A. Wolff.
Musik von Franz von Suppé.
Vorher: Unser Johann. Lust-
spiel in 1 Akt nach dem Französischen
von Boce.
Aufstretten sammtlicher Kunst-
Spezialitäten.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.
Vorzugsplätze haben Vorrang.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (Gilly-Passage)
Innenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Kabarett.
Neu! Die lustigen Heidelberger.
Aufsichtungs-Operette in einem Akt
von F. A. Wolff.
Musik von Franz von Suppé.
Vorher: Unser Johann. Lust-
spiel in 1 Akt nach dem Französischen
von Boce.
Aufstretten sammtlicher Kunst-
Spezialitäten.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.
Vorzugsplätze haben Vorrang.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (Gilly-Passage)
Innenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Kabarett.
Neu! Die lustigen Heidelberger.
Aufsichtungs-Operette in einem Akt
von F. A. Wolff.
Musik von Franz von Suppé.
Vorher: Unser Johann. Lust-
spiel in 1 Akt nach dem Französischen
von Boce.
Aufstretten sammtlicher Kunst-
Spezialitäten.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.
Vorzugsplätze haben Vorrang.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (Gilly-Passage)
Innenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Kabarett.
Neu! Die lustigen Heidelberger.
Aufsichtungs-Operette in einem Akt
von F. A. Wolff.
Musik von Franz von Suppé.
Vorher: Unser Johann. Lust-
spiel in 1 Akt nach dem Französischen
von Boce.
Aufstretten sammtlicher Kunst-
Spezialitäten.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.
Vorzugsplätze haben Vorrang.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (Gilly-Passage)
Innenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Kabarett.
Neu! Die lustigen Heidelberger.
Aufsichtungs-Operette in einem Akt
von F. A. Wolff.
Musik von Franz von Suppé.
Vorher: Unser Johann. Lust-
spiel in 1 Akt nach dem Französischen
von Boce.
Aufstretten sammtlicher Kunst-
Spezialitäten.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.
Vorzugsplätze haben Vorrang.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (Gilly-Passage)
Innenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Kabarett.
Neu! Die lustigen Heidelberger.
Aufsichtungs-Operette in einem Akt
von F. A. Wolff.
Musik von Franz von Suppé.
Vorher: Unser Johann. Lust-
spiel in 1 Akt nach dem Französischen
von Boce.
Aufstretten sammtlicher Kunst-
Spezialitäten.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.
Vorzugsplätze haben Vorrang.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (Gilly-Passage)
Innenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Kabarett.
Neu! Die lustigen Heidelberger.
Aufsichtungs-Operette in einem Akt
von F. A. Wolff.
Musik von Franz von Suppé.
Vorher: Unser Johann. Lust-
spiel in 1 Akt nach dem Französischen
von Boce.
Aufstretten sammtlicher Kunst-
Spezialitäten.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.
Vorzugsplätze haben Vorrang.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (Gilly-Passage)
Innenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Kabarett.
Neu! Die lustigen Heidelberger.
Aufsichtungs-Operette in einem Akt
von F. A. Wolff.
Musik von Franz von Suppé.
Vorher: Unser Johann. Lust-
spiel in 1 Akt nach dem Französischen
von Boce.
Aufstretten sammtlicher Kunst-
Spezialitäten.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.
Vorzugsplätze haben Vorrang.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (Gilly-Passage)
Innenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Kabarett.
Neu! Die lustigen Heidelberger.
Aufsichtungs-Operette in einem Akt
von F. A. Wolff.
Musik von Franz von Suppé.
Vorher: Unser Johann. Lust-
spiel in 1 Akt nach dem Französischen
von Boce.
Aufstretten sammtlicher Kunst-
Spezialitäten.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.
Vorzugsplätze haben Vorrang.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (Gilly-Passage)
Innenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Kabarett.
Neu! Die lustigen Heidelberger.
Aufsichtungs-Operette in einem Akt
von F. A. Wolff.
Musik von Franz von Suppé.
Vorher: Unser Johann. Lust-
spiel in 1 Akt nach dem Französischen
von Boce.
Aufstretten sammtlicher Kunst-
Spezialitäten.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.
Vorzugsplätze haben Vorrang.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (Gilly-Passage)
Innenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Kabarett.
Neu! Die lustigen Heidelberger.
Aufsichtungs-Operette in einem Akt
von F. A. Wolff.
Musik von Franz von Suppé.
Vorher: Unser Johann. Lust-
spiel in 1 Akt nach dem Französischen
von Boce.
Aufstretten sammtlicher Kunst-
Spezialitäten.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.
Vorzugsplätze haben Vorrang.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (Gilly-Passage)
Innenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Kabarett.
Neu! Die lustigen Heidelberger.
Aufsichtungs-Operette in einem Akt
von F. A. Wolff.
Musik von Franz von Suppé.
Vorher: Unser Johann. Lust-
spiel in 1 Akt nach dem Französischen
von Boce.
Aufstretten sammtlicher Kunst-
Spezialitäten.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.
Vorzugsplätze haben Vorrang.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (Gilly-Passage)
Innenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Kabarett.
Neu! Die lustigen Heidelberger.
Aufsichtungs-Operette in einem Akt
von F. A. Wolff.
Musik von Franz von Suppé.
Vorher: Unser Johann. Lust-
spiel in 1 Akt nach dem Französischen
von Boce.
Aufstretten sammtlicher Kunst-
Spezialitäten.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.
Vorzugsplätze haben Vorrang.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (Gilly-Passage)
Innenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Kabarett.
Neu! Die lustigen Heidelberger.
Aufsichtungs-Operette in einem Akt
von F. A. Wolff.
Musik von Franz von Suppé.
Vorher: Unser Johann. Lust-
spiel in 1 Akt nach dem Französischen
von Boce.
Aufstretten sammtlicher Kunst-
Spezialitäten.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.
Vorzugsplätze haben Vorrang.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (Gilly-Passage)
Innenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Kabarett.
Neu! Die lustigen Heidelberger.
Aufsichtungs-Operette in einem Akt
von F. A. Wolff.
Musik von Franz von Suppé.
Vorher: Unser Johann. Lust-
spiel in 1 Akt nach dem Französischen
von Boce.
Aufstretten sammtlicher Kunst-
Spezialitäten.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.
Vorzugsplätze haben Vorrang.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (Gilly-Passage)
Innenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Kabarett.
Neu! Die lustigen Heidelberger.
Aufsichtungs-Operette in einem Akt
von F. A. Wolff.
Musik von Franz von Suppé.
Vorher: Unser Johann. Lust-
spiel in 1 Akt nach dem Französischen
von Boce.
Aufstretten sammtlicher Kunst-
Spezialitäten.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.
Vorzugsplätze haben Vorrang.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (Gilly-Passage)
Innenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Kabarett.
Neu! Die lustigen Heidelberger.
Aufsichtungs-Operette in einem Akt
von F. A. Wolff.
Musik von Franz von Suppé.
Vorher: Unser Johann. Lust-
spiel in 1 Akt nach dem Französischen
von Boce.
Aufstretten sammtlicher Kunst-
Spezialitäten.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.

Achtung! Frauen und Mädchen Berlins! Achtung!
 Dienstag, den 1. Februar, abends 8 Uhr, im Saale der Brauerei Friedrichshain (fr. Lips):
Grosse Protest-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Vortrag der Genossin Frau Klara Zetkin-Stuttgart über: Flottenverlage, Kolonialabenteuer und die Interessen der Frauen des Volkes. 2. Diskussion.
 Um zahlreichen Besuch, besonders des Frauen, ersucht
 Die Vertrauensperson.
 20255 Die Gönner der Marinevorlage sind zu dieser Versammlung hiermit eingeladen.

Zimmerer!

Dienstag, den 1. Februar, abends 8 Uhr, in Cohn's Festsaal, Benthstr. 20:
Öffentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Wie gedenken die Berliner Zimmerer in diesem Jahre den Kampf gegen diejenigen Nutznießer zu führen, welche nach nicht den Stundenlohn von 60 Pf. zahlen, und welche Wirkung hat der Beschluß der Zahlstelle des Verbandes auf unsere Lohnbewegung?
 2. Verschiedenes.
 Die Lohnkommission. H. K.: Theodor Fischer.

Achtung! Maurer! Achtung!
 Mittwoch, den 2. Februar 1898, abends 8 Uhr, in dem Lokal von Keller, Koppenstraße Nr. 29:
Große öffentliche Versammlung der Maurer Berlins und Umg.

Tages-Ordnung:
 Bericht der Lohnkommission über ihre Tätigkeit in der Zeit vom 2. August 1897 bis 1. Januar 1898 inkl. Abrechnung des Kassens, und Bericht der Lohnkommission.
 Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht es jedem Maurer zur Pflicht, an dieser Versammlung teilzunehmen. Die Abrechnung liegt gedruckt vor und wird unentgeltlich an die Kollegen verschickt.
 Die Lohnkommission.

Achtung! Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Nordost)
 Mittwoch, den 2. Februar, abends 8 Uhr, im „Deutschen Wirtschaftshaus“ (Kleiner, oberer Saal), Bergstraße 137:
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Statutenberatung und Wählung zum Verbandstag. 2. Wahl eines Wahlkomitees und Kuffierung eines Delegierten. 3. Verhandlungsgegenstände und Verschiedenes.
 Die Mitglieder werden ersucht, zu dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen.
 Die Lokalverwaltung.
 Zugleich wird den Werkstätten-Vertrauensmännern bekannt gegeben, daß die nächste Vertrauensmänner-Versammlung am 22. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Hoffmann, Prinzendamm und Festungsstraße-Ecke, stattfindet.

Deutscher Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Berlin)
 Branche Parkothadenlager,
 Montag, den 31. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Jubell, Lindenstr. 106:
Sitzung der Werkstatt-Kontrollkommission mit den Vertrauensleuten.
 Tages-Ordnung: Der Vorstand bei der Firma G. A. Müller. Die Kollegen der Firma G. A. Müller sind dringend eingeladen.
 77/3

Bildungsverein „Mehr Licht!“

Sonntag, den 30. Januar, abends 7 Uhr, Alexanderstraße 27c:
Versammlung.
 Tages-Ordnung: Vortrag des Herrn Dr. Volkel über: „Sind unsere vier Evangelien eine Geschichtsquelle?“ Diskussion.
 Nachdem: Geistliches Beisammensein und Tanz. - Gäste willkommen. - Entree 10 Pf. - Garderobe 10 Pf.
 190/4

Achtung! Töpfer! Achtung!
 Dienstag, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c (großer Saal):
Große öffentliche Versammlung der Töpfer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:
 1. Die Tarifvorlage, eventuell wie wollen wir dieselbe zur Geltung bringen? 2. Sonstige gewerkschaftliche Angelegenheiten.
 193/2
 Zahlreiches Erscheinen notwendig. Der Vertrauensmann.

Achtung! Schuhmacher! Achtung!

Sonntag, den 30. Januar, vorm. 11 Uhr, im Lokal Königsdamm, Große Frankfurterstraße 117:
Öffentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht über die Verhandlung des Einigungsamtes. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 171/6
 Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
 Die Agitations-Kommission.

Achtung! Schuhmacher! Achtung!

Montag, den 31. Januar 1898, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:
Kombinierte Mitglieder-Versammlung sämtlicher Zahlstellen Berlins.
 Tages-Ordnung: 1. Abrechnung des Vergütungs-Komitees. 2. Abrechnung der Agitations-Kommission der Provinz Brandenburg und Neuwahl derselben. 3. Statutenberatung zur General-Versammlung. Um zahlreichen Besuch bitten
 100/8 Die Vorstände.

Arbeiter-Sängerbund Berlins u. Umgegend.
 Montag, den 7. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Königstädtischen Kasino“, Alexander- u. Holzmarktstr.-Ecke:
Uebungs-Stunde
 des Sonder-Chors zum 18. März.
 Laut Beschluß des Ausschusses hat jeder Berliner Verein ein Quartett zu stellen. - Noten zu folgenden Liedern sind mitzubringen: „Commerzmannenwende“, „Der Menschheit Erwachen“, „Frühlingsruf“ und „Festgesang“. - Die Mitglieder der Vereine haben pünktlich anzutreten. Bundes-Mitgliedskarte legitimiert.
 16/8

Achtung! 1. Wahlkreis Achtung!
 Mittwoch, den 2. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in der Tonhalle, Friedrichstr. 112
Große öffentliche sozialdemokratische Volks-Versammlung für Männer und Frauen.
 Tages-Ordnung: Vortrag des Reichstags-Abgeordneten August Bebel. 2. Diskussion.
 208/1 Die Vertrauenspersonen.

Achtung! 2. Wahlkreis. Achtung!
 Sonntag, 30. Januar, abends 6 1/2 Uhr, bei Jubell, Lindenstr. 106:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 Vortrag des Herrn Dr. Ratkowski über: „Stoffwechsel und Ernährung“. Nach dem Vortrage: Gemüthliches Beisammensein und Tanz.
 210/6 Die Vertrauensperson.

Achtung! 4. Wahlkreis (Osten). Achtung!
 Sonntag, den 30. Januar, abends 6 1/2 Uhr, in Keller's Festsaal, Koppenstraße Nr. 29.
Öffentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag der Genossin Anna Mesch über: „Die Gleichberechtigung der Geschlechter“. 2. Diskussion. - Nach dem Vortrag gemüthliches Beisammensein.
 215/1 Die Vertrauensperson.

VI. Wahlkreis.
 Am Sonntag, den 30. Januar 1898, abends 6 Uhr, im „Kösliner Hof“, Köslinerstraße 8:
Große öffentl. Volksversammlung

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag der Genossin E. Ihrer über: „Kinderarbeit und Kindererziehung“. 2. Diskussion und Verschiedenes. - Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein
 219/4 Der Vertrauensmann.
 Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein mit Tanz.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Dienstag, den 1. Februar, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Nickel, Hasenhalde No. 52-53:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Der Volksabwählungs-Gesetz. Referent Reichstags-Abgeordneter Herr Max Schappel. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
 Gäste haben Zutritt.
 208/3 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Versammlung
 Dienstag, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Fischer, Benschstraße 9:
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Scheffer. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
 Zahlreiches Erscheinen erwartet
 244/5 Der Vorstand.

Achtung! Bildhauer aller Branchen. Achtung!
 Dienstag, den 8. Februar, präzise 8 1/2 Uhr abends, im Englischen Garten (grosser Saal):
Öffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Die Acta Stamm-Pasadowsky und die deutschen Gewerkschaften. Referent: Reichstags-Abgeordneter Emanuel Wurm. 2. Diskussion. 3. Bericht und Neuwahl des Vertrauensmannes und des Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission. 4. Verschiedenes.
 Die Wichtigkeit der Tages-Ordnung legt allen Kollegen die Verpflichtung auf, zu erscheinen.
 Der Vertrauensmann: G. Winkler.

Verband der Graveure u. Ciseleure Deutschlands (Filiäle Berlin).
 Dienstag, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Cranienhallen, Craniestraße 51:
Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag (Technisches über Wale, speziell über die Luft). Referent: Dr. Wollheim. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.
 Zahlreiches Besuch erwartet
 Die Ortsverwaltung.
 Ufer 2: Versammlung mit Damen.

Metallarbeiter!

Montag, 31. Januar, abends 8 Uhr, im großen Saale der Tonhalle, Friedrichstr. 112:
Große öffentliche Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Die gegenwärtige Lage der Metallindustrie, die Streit-Versicherungsgesellschaft „Industria“ und der Streikverbot des Grafen Pasadowsky. 2. Der Zustand der englischen Maschinenbauer und unsere weiteren Maßnahmen. 3. Wahl von Revisoren. 4. Vereinswahl von zwei Delegierten zur Gewerkschaftskommission.
 Zahlreiches Erscheinen ist unbedingt nötig.
 115/4
 Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.
 Otto Kaetler, N. Anhalterstr. 44.

Künstl. Zähne 1,50 M.
 Blumen 1 M. Zahnstücken frei. Zahngesundheitliche Klinik, Dronowstr. 43, 1. Etage
 Craniestraße. Spr. 8-10 und 1-3 Uhr.
Möbel und Volkswaaren Franz Tutzauer,
 Tischlermeister, Berlin SW., Blücherstr. 14.

Wedding-Park
 Müllerstraße Nr. 178.
 Empfehle meinen Saal mit Bühne, 500 Personen fassend, zu Versammlungen, Hochzeiten und and. Festlichkeiten. - Jeden Sonntag: Konzert u. Ball. - Donnerstag: Tanzunterricht. 7 Reichthümer. Wilh. Traub.

Krieger's Festsäle
 Döberitzstr. 68 (40101)
 empfehle meinen Saal für Privatgesellschaften, Kränzchen, Vereinen und zu Versammlungen. - Jeden Sonntag, Dienstag u. Donnerstag: Gr. Ball.

Treptow.
 Nonnenberg's Parkschlösschen
 Parkstrasse, Ecke Köpnicke Landstr. Halle für elektrische Bahn von Siemens u. Halske.
Jeden Sonntag: Grosser Ball
 mit Leitung d. Tanzlehrers Fr. Schulz. Entree 15 Pf. dafür Garderobe frei. Kaffeetische Sommer u. Winter.
 Empfehle den Genossen mein
Weiß- u. Bairisch-Bierlokal.
 Schönes Vereinszimmer für 60 Personen fassend, noch einige Tage frei.
 40120/2

Ed. Renter,
 Zwinnmünderstraße 45.
Cösliner Hof,
 Köslinerstraße 8 (Wedding).
 Saal mit Bühne für 1000 Personen. Im Februar sind noch Sonntage an Vereine zu vergeben.
 61/7

Mundt's Saal,
 Ind. Ernst Gründer.
 Köpenickerstraße 100.
 Fernsprecher Amt VII 39.
 Täglich: Grosser Ball.
 Entree Herren 50 Pf. Damen 25 Pf. Garderobe

M. Mörchel,
 Jüdenstr. 35. 40219
 Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal.
 Gr. Vereinszimmer für 20-50 Pers. Frühstücks, Mittags, Abendtisch.

Moabiter Klubhaus,
 Bunsenstr. 9.
 Empfehle meinen großen Saal, Vereinszimmer für 20-50 Personen, Restauration. Mittags u. Abendtisch. Jeden Sonntag: Grosser Ball.
 40071/2 Carl Fischer.

Stabiliment Feldschlösschen.
 Inhaber Fritz Nagel
 Müller-Str. Nr. 142.
 Jeden Mittwoch und Sonntag: Konzert, Theater u. Spezialität. Vorstellung. Nach der Vorstellung: Ball. Mittwochs gelten Passé-partouts.

Johannisthal!
Park-Restaurant!
 Jeden Sonntag: Gr. Ball: Tanzorchester für Herren 60 Pf. Damen frei. Die Kaffeetische ist auch im Winter geöffnet. Reine schon jetzt Befehlungen für Sommervergnügen an.
 Achtungsdank Fritz Rau, früher: Berlin, Hallesche Str. 124.

Wo spielen Sie?
 Bismarck, Höhe. Oranienstr. 191. Hof part. Freitag u. Samstag 50 Pf. von 12 h. 4 Uhr. Abends 30 Pf. an u. 1/2 h. 12 Uhr.

Feuerstein's Festsäle
 Alte Jakobstrasse 75.
 Joh. Martin Herzberg.
 Grosse und kleine Säle zu Versammlungen, unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. kulantesten Bedingungen

Möbel
 verleben gewesene und neue, stannend billig, Theilzahlung gestattet. Beamtet ohne Anzahlung. 4055/2
Neue Königstr. 59
 u. Gneisenaustr. 15.

Auf Theilzahlung!
 Schlegel-Regulat. 14 T. gez. 18 Pf. Silber. Herren-Diamant-Uhr 15. Uhrmacher
 Charlottenstraße Nr. 15.
 Rein Abzahlungs-Schwandel.

Möbel Theilzahlung.
 Neue
 J. Kellermann, Jakobstr. 26.

Großer öffentlicher Vortrag
 für Damen und Herren im Heilverein Kube in Moabit (Berlin NW.) Ahrends'sche Brauerei, Thurmstraße Nr. 26, Ecke Stromstraße.
Montag, den 31. Januar 1898,
 abends 8 1/2 Uhr spricht
Fräulein M. Kube, Naturheilkundige
 über
Rheumatismus und Gicht.
 Fort mit der Schulmedizin bei der Behandlung dieser Krankheiten!
 Um zahlreichen Besuch wird gebeten.
 Der Vorstand.
 Geschäftshalle des Heilvereins Kube; Berlinerstr. 125, III.

Nach Beendigung der Inventur, der gelinden Witterung wegen, Herren- und Knaben-Garderobe 15-25 pCt.

billiger wie bisher.

Kolossale Preisermäßigungen

bei **Schuhwaaren, Cigarren, Weinen, Rum, Cognac, Likören, Damenkleidern, Stoffen, Gardinen, Herren- u. Knaben-Hüten u. Schirmen.**

Raphaëli

Berlin.

Fabrik-Versand und I. Kaufhaus:

C. An der Spandauer Brücke No. 2.

II. Kaufhaus:

W. Potsdamerstrasse 106a.

III. Kaufhaus:

O. Grüner Weg 31.

IV. Kaufhaus:

SW. Jerusalemstr. 50/51.

Personlich zu sprechen von Morgens 9 Uhr bis Abends 10 Uhr mit Ausnahme der Mittagszeit (12-1) im Hauptgeschäft An der Spandauer Brücke 2.

Homöopath. Arzt Dr. Hoesch, Linienstr. 149, 8-1-5-7, Sonntags 8-10, f. Brust-, Unterleibs-, Frauen-, Kinder-, Haut-, Nervenkrankheiten
Poliklinik Liesenstr. 17, 2-3 Uhr. 4037L*

Kur-Bade-Anstalt und Massage für Rheuma-, Gicht- und Nervenranke veraltete Leiden
von **H. Mania**, Brunnenstrasse No. 16. (40272*)
Loh-, Dampf- und Heissluft-Kasten-Bäder, Kohlensäure und andere medizinische, sowie Wannenbäder, Lieferant u. Masseur sämtlicher Ortskranken- u. Freier Hilfskassen. Die Filiale nur für Massage ist Thurmstr. 46 (4-5 1/2 Uhr.)
Langjähriger, nicht in einigen Tagen ausgebildeter Anstalts-Masseur.
NB. Bitte meine Anstalt nicht mit der Brunnenstr. 2 zu verwechseln

Bade-Anstalt Dunckerstr. 14
Lohtannin- und Dampfkasten-Bäder.
(Damentage: Dienstag und Freitag.)
Wannen-, sowie sämtliche medizinischen Bäder.
Lieferant sämtlicher Krankenkassen Berlins u. Umgeg., vom Wirtschaftsverband des Berliner Lehrer-Vereins und Post-Spar- und Vorschuss-Vereins.

Wir machen die ergebene Mitteilung, daß der **Ausstoß** unseres **Gambrinus-Bock-Bieres** am 28. Januar cr. erfolgt.
Brauerei Gambrinus
Aktien-Gesellschaft
Charlottenburg-Berlin.
Fernsprecher Amt Ch. Nr. 27.

Eleg. Masken-Auzüge für Damen und Herren
vermietet äußerst billig
Carl Hanke (Kulicke), Buchhändler, Oranienstr. 157, II.

Vereinsbrauerei-Ausschank Rixdorf
Grosse Säle.
Mittwoch und Sonntag:
Gr. Frei-Konzert.
Oeconomie: Martin Berndt
Borgügliche Biere, Bierspavillon, Schießstand, Regelbahnen u. sonstige diverse Belustigungen.
Eisenbahn.
40169*) Pferdebahn vom Moritzplatz für 10 Pf. bis zur Brauerei.

Betten
Holzbettstellen mit Federboden von M. 24.- an.
Betten, Stand v. M. 10 an.
Kinderwagen v. M. 10 an.
Lieferant:
Kinderwagen u. Schlafmöbel-Bazar „Baby“
Zuvalidenstr. Nr. 160.
Amt 3, 6381.
Filialen: Alexanderstr. 44, Oranienstr. 70, Reinholdsdorferstr. 2 D. E., Charlottenburg; Wilmsdorferstr. 22. 40052*)
Auf Wunsch Theilzahlung.

Mit dem Ausstoss unseres rühmlichst bekannten
Kloster-Bockbieres
haben wir begonnen und empfehlen dasselbe in hochfeiner Qualität zum Preise von
24 Mark pro Hektoliter.
Bestellungen erbitet
Action-Brauerei-Gesellschaft Moabit,
Strom-Strasse 11/16. Fernsprecher: Amt II No. 127.

Künstl. Zähne, vorzüglich, unter Garantie, sehr schmerzlos ein- und ausnehmbar, schmerzlos Zahnziehen, Zahnschmerz beseitigt unfehlbar sofort. Reparaturen, Theilzahlung. **Goldstein**, Oranienstr. 123.

Münzel's
ältestes bestrenommiertes
Loh-Tannin-Bad
Ersparnis für Schwelkranke im Hause.

Wegen Erhaltung, Wicht und Rheumatismus.
Loh-Tannin-, Heisstrockenluft- und Dampfkastenbäder mit Verpackung, Massage. (40042*)
Ritter-Bad, Bad Frankfurt,
18 Ritterstr. 18 (Ecke Prinzenstr.) 136 Gr. Frankfurterstr. 136.
Bäderlieferung für sämtliche Krankenkassen Berlins und Umgeg.

Warenhaus J. Becker & Co.
Wrangelstrasse 20, Ecke Pücklerstrasse.
Wegen vorgerückter Saison stellen wir von **Montag, den 31. Januar bis Montag, den 7. Februar** **Woll-Pelzwaaren und Tricotagen**, sowie einen grossen Posten angesammelter **Kleiderstoff-Reste** zu Blusen und Kleidern ausreichend **bedeutend unter Preis** zum Verkauf.

COHN'S Festsäle, Beuthstrasse 19-22.
Im April und Mai sind noch einige Sonnabende und Sonntage unter sehr kulantem Bedingungen zu vergeben; ausserdem empfehle meine renovirten Festsäle zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art.

Böhmisches Branhaus Landsberger Allee 11/13.
Unser **Bockbier-Ausstoss** beginnt am **Sonnabend, den 29. Januar cr.**
Ebenso empfehlen wir unser **Helles und dunkles Tafelbier, Gambrinus-Bräu, nach Münchener Art, Nepomuk-Bräu, Pilsener** in **Fässern und Flaschen, ohne Pfand.**
Telephon - Amt VII 5088 für Bestellungen in Fässern. do. „ 1670 „ in Flaschen.

Metzner's Korbwaaren-Fabrik.
Berlin, Andreadstr. 23, vis-à-vis dem Andreadplatz.
II. Geschäft: Brunnenstr. 95, vis-à-vis dem Hundsdorfer Markt.
III. Geschäft: Reussstr. 67 (Moabit).
IV. Geschäft: Leipzigerstr. (Spittel-Kolonaden).
Kinderwagen, grösstes Lager Berlins. Kinderbücher gratis.
1000 Mark
40349*)
Ich habe ich jedem, der mir in Berlin ein grösseres Kinderwagen-Lager als das meinige nachweist.

Dr. Thompson's Seifenpulver
ist das beste 7/1*
und im Gebrauch billigste und bequemste **Waschmittel der Welt.**

Uhren-, Goldwaaren-Versand.
Baar-Verkau u. Theilzahlung. Beheha. brief. 2. Bogdt. Knauffstr. 92.
Fordert nur **Lippentriller**
in allen Ausschanklokalen Berlins.

N., Pankstr. 82, neu renovirt. Gäd. f. Krankenkr. B. Schneider. (41147*)

Dr. Simmel Moritzplatz, 1. Haus v. Hisinger. Spezialarzt f. Haut u. Gharntleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.
Jähne v. Mt. 2 an eventuell Theilzahl.
Frau Olga Jacobson 61/19* Zuvalidenstr. 145.
Bruch bandagen aller Art, Leibbinden, Spritzen, Zuspenforten aller Gröszen, Unterlagestoffe, Verbandstoffe, sowie alle Artikel zur Krankenpflege empfiehlt 40308*)
J. Ch. Pollmann, Bandagist, Berlin C., 30. Linienstr. 30.
Eigene Werkstatt.
25jähr. prakt. Erfahrungen. Vorkant sämtl. Ortd. u. Hilfs-Krankentoffen.

Enorme zurückgekehrte **Teppiche!!**
Portièren!!
Gardinen!!
Steppdecken!!
erschänlich billig.
Teppich-Haus
Emil Lesèvre, Berlin S
Oranienstr. 158.
Prachtkatalog mit buntsfarbigen Teppich-Illustrationen, sowie circa 200 Gardinen- und Portièren-Abbildungen in künstlerischer Ausföhrung auf Wunsch gratis und franko! 40242*)
Grösstes Teppichhaus Berlins.

Wo?
kauft man am besten und billigsten **Steppdecken.**
Nur direkt in der Fabrik
B. Strohmandel, Berlin C., 72, Wall-Strasse 72,
wo auch alle Decken aufgearbeitet werden. 39942*)
Zurichvolle-Anderverkauf.
Nicht in Reparatur und Reststoffe zu Fabrikpr. Holzmarktstr. 60, S. I. 127.

Gustav Scharnow
besteht **Uhrmacher** besteht seit 1860. Berlin S. seit 1860.
Oranienstr. 152,
am Moritzplatz.
Grosses Lager aller Arten Uhren, vorzügliche Fabrikate, 5jähr. Garantie. Auerkannt billige Bezugsquelle. 40382*)

Die Société Anonyme des Bouteilles à Courcelles-Motte (Belgien), welche in ein bis zwei Monaten drei Becken (drei Brennöfen) in Betrieb setzen wird, sucht **Bläser, Ausheber und Mundstückmacher.**
Sie offerirt für jede Kolonne von 3 Arbeitern (1 Bläser, 1 Mundstückmacher und 1 Ausheber)
8 Francs 15 Cts. für 100 Flaschen von 70-75 Centilliter
8 50 „ „ 1 Liter Inhalt.
Zur näheren Orientirung bemerkt die Gesellschaft noch, dass deutsche Arbeiter, die bereits in Belgien arbeiten, täglich 850 bis 900 Flaschen von 70-75 Centilliter und 800 bis 850 Flaschen von 1 Liter Inhalt (pro Tag u. 3 Arbeiter) liefern, was für diese drei Arbeiter einen Lohn von 26,75 Francs bis 30 Francs ungefähr täglich ausmacht.
Diese 3 Arbeiter können sich ihre Arbeit nach Belieben einrichten.
Vorhanden sind noch 40 Plätze, jeder zu 3 Arbeiter.
Offerten sind zu richten an **Monsieur le Directeur de la Société des Bouteilles de Courcelles à Courcelles-Motte** (près Charleroi, Belgique).

Warenhaus A. Wertheim

Aussergewöhnliches Angebot

nur für morgen Montag den 31. Januar.

Küchen-Handtücher weiss mit Fransen 65 | grau mit Hoblsaum 70 Pf.

Tischläufer Grösse ca. 35/135 cm 90 Pf.

Tablette-Decken mit Hoblsaum, Grösse ca. 30/40 cm 25 Pf.

Rein-
leinen,
vorge-
zeichnet

Ungarwein

medizinischen,
beste Qualität,
4 Literflasche Mk. 2.10,
6 Literflasche Mk. 3.25.

Fruchtweine

Johannißbeer-Wein,
weiss und roth,
Geidelbeer- u. Stachelbeer-Wein,
4 Flasche (1/2 Liter) 75 Pf.

Cognac

— deutscher —
4 Literflasche Mk. 2.10, 2.50, 3.—,
Cognac fine Champagne,
1/2 Literfl. & Mk. 3.50, 4.50, 5.50.

Rum

anerkannt gut
4 Literflasche Mk. 1.10, 1.60, 2.10
bei Entnahme von 5 Flaschen
4 Flasche 10 Pf. billiger.

Stonsdorfer

Stör, & Str. 1.20, 5 Str. 5.50.
Scht. alt. Nordhaus. & 2 L. — 5 Str. 4.50
Pomeranzen, Ingber, Wachholder,
Getreide-Rümel, & Liter Mk. 1.—

Eugen Neumann & Co., Berlin SW. 68.

Detail-Verkaufsstellen: Belle-Alliance-Platz 6a, Amt IV, 3679. — Neue Friedrichstr. 81. — Oranienstr. 190. — Genthinerstr. 29. — Grüner Weg 56. — Kommandantenstr. 67. — Wilsnackerstr. 25. — Charlottenburg: Kaiser-Friedrichstr. 48. — Potsdam: Bäderstrasse 7. — Vom 1. Oktober ab auch Schöneberg: Danzigerstr. 129.

Eine Zuckerin-Tablette

zu 2 Pfennig

ist so süß, dass der Süswerth von

1 Pfd. Zucker nur 12 Pfennig

kostet. 1 Liter Kaffee zu versüssen kostet nur 1 Pfennig. (10/13)

Es werden auch minderwerthige Tabletten angeboten; man verlange ausdrücklich „Zuckerin“-Tabletten, deren Echtheit an der gesetzlich geschützten geriefelten Form zu erkennen ist.

— Erhältlich in Colonialwaaren-Handlungen. —

J. Baer,

Berlin N., (40339)

nur Gesundbrunnen

26, Badstraße 26,

Ecke Prinzen-Allee,

empfehlen, wie bekannt, in reellster Aus-

führung und allerbilligsten Preisen

Herren- u. Knaben-

Garderobe,

— Arbeitssachen. —

Anfertigung nach Maass.

Kinderwagen, Puppenwagen,

Sport-, Kasten u. Leiterwagen.

Verstellbare Kinderstühle.

Kindermöbel u. Puppenmöbel.

Allergrößtes Lager Deutschlands in Reise-Kinder-

wagen. Für Wiederverkäufer beste und

billigste Bezugsquelle.

B. Teschke (1 eigene Geschäfte)

Hauptgeschäft: Rosenthalerstrasse 40, I. (am Dadeschen Markt, nahe Bahnhof Börse).

Echtes AUER-Licht

Deutsche Reichspatente No. 39 162, 41 945, 44 016, 74 745, 43 199. [4188L]

Der Preis der Glühkörper beträgt jetzt

1 Mark

Brenner mit Glühkörper und Cylinder 5 Mark.

Juwel-Brenner,

ein kleinerer Apparat, besonders geeignet für kleinere Räume,
Treppen, Corridore, Küchen, Kronleuchter;

die billigste Beleuchtung, die existirt.

Preis des Brenners mit Glühkörper und Cylinder

3 Mark 50 Pf.

Einzelne Juwel-Glühkörper 75 Pfennig.

Deutsche Gasglühlicht Aktiengesellschaft

BERLIN C. Molkenmarkt 5.

Verkaufsstellen in allen Stadttheilen.

Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:
Verkauf frisch gef. schw. veerf. und jun. Fleisches.

Rindfleisch pro Pfd. von 30 Pf an,

Schweinefleisch 40 Pf. [4041L]

Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof

Roh-Tabak

en gros. en détail.

Zeum & Ellrich

Rheinbergerstr. 67, nahe Brunnenstr.

Zusammenfassen, Klagen, Eingaben

Patzger, Steinhilberstr. 65.

Dr. Lehmich,

Spezialarzt f. Haut u. Genital-,

Beinergeschwüre und Lupus.

An der Stadtbahn 24,

(am Bahnhof Alexanderplatz.)

Sprechst. 9-12 und 3-6.

Freitag feine. 40818*

Poliklinik: Montag, Donnerstag, 9-10 1/2

Ausverkauf in Roh-Tabak.

Wegen Aufgabe meiner Berliner

Titulare Kaiserstrasse 30

offere zu ausnahmsweise billigen

Preisen, verzollt und unverzollt, in

Ballen und ausgenommen:

Sunatra . . . 100-400 Pf.

Havana . . . 300-400 "

Java . . . 80-140 "

Borneo . . . 150-250 "

Brazil . . . 85-150 "

Carmen . . . 90-125 "

Soedra . . . 90-120 "

sowie alle Sorten deutsche Tabake zu

billigsten Preisen. 2802b*

Tredde. Ernst Förster.

Roh-Tabak.

Größte Auswahl. — Billigste Preise

P. E. Platt & Söhne,

Brunnenstr. 197 (am Rosenhäger

Thor), (40298*)

ab 1. April 1898 Brunnenstr. 16, Hofstr.

Rohtabak

Größte Auswahl! Billigste Preise!

Unter Brand! Höchste Qualität!

Zämmtliche

Fabrikations-Attenhien.

(Neue Formen, sehr gr. Ausw. & 1.40 Mk.) Man verlange Preis-Verzeichniss. 40312*

Heinrich Brand,

Nr. 185, Brunnenstr. Nr. 185

Roh-Tabak

billigste Preise 40302*

Max Jacoby

Strelitzerstrasse Nr. 52.